

2011

Ausgegeben zu Bonn am 28. Januar 2011

Nr. 2

Tag	Inhalt	Seite
24. 1.2011	Gesetz zur Vereinbarung vom 20. April 2010 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung von Quebec über Soziale Sicherheit FNA: neu: 826-2-59 GESTA: XG003	18
21. 1.2011	Verordnung über die Errichtung nebeneinanderliegender Grenzabfertigungsstellen an den Grenzübergängen Bad Säckingen/Stein, Bietingen/Thayngen, Büßlingen/Hofen, Erzingen/Trasadingen, Gailingen-West/Dörflingen, Grenzachernhorn/Riehen-Grenzacherstrasse, Günzgen/Wasterkingen, Jestetten/Neuhausen am Rheinfeld, Konstanz-Kreuzlinger Tor/Kreuzlingen, Konstanz-Autobahn/Kreuzlingen, Konstanz-Emmishofer Tor/Kreuzlingen-Emmishofen, Laufenburg (D)/Laufenburg (CH), Randegg/Dörflingen, Rheinfelden-Autobahn (D)/Rheinfelden-Autobahn (CH), Weil am Rhein-Friedlingen/Basel-Hiltalingerstrasse, Rötteln/Kaiserstuhl, Weil am Rhein/Basel-Autobahn und über die Grenzabfertigung in Reisezügen während der Fahrt auf den Strecken Bahnhof Basel SBB – Lörrach, Freiburg im Breisgau – Basel, Weil am Rhein – Basel und Singen (Hohentwiel) – Schaffhausen	40
7.12.2010	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Protokolls von 1998 zu dem Übereinkommen von 1979 über weiträumige grenzüberschreitende Luftverunreinigung betreffend persistente organische Schadstoffe	64
7.12.2010	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über Feuchtgebiete, insbesondere als Lebensraum für Wasser- und Watvögel, von internationaler Bedeutung	64
7.12.2010	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Fakultativprotokolls zum Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe	65
8.12.2010	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens zur Errichtung eines Europäischen Laboratoriums für Molekularbiologie	65
14.12.2010	Bekanntmachung zu dem Europäischen Auslieferungsübereinkommen	66
14.12.2010	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Internationalen Freibord-Übereinkommens von 1966	67
21.12.2010	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Protokolls von 1978 zum Übereinkommen über den Beförderungsvertrag im internationalen Straßengüterverkehr (CMR)	68
6. 1.2011	Bekanntmachung des deutsch-mosambikanischen Abkommens über Finanzielle Zusammenarbeit	68
14. 1.2011	Bekanntmachung des deutsch-moldauischen Durchführungsprotokolls vom 21. September 2010 zum Abkommen vom 10. Oktober 2007 zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Republik Moldau über die Rückübernahme von Personen mit unbefugtem Aufenthalt	70
18. 1.2011	Bekanntmachung der Vereinbarung zwischen dem Bundesministerium der Verteidigung der Bundesrepublik Deutschland und der Kommission der Wirtschaftsgemeinschaft Westafrikanischer Staaten über die Entsendung eines militärischen Beraters der Bundesrepublik Deutschland an die Kommission der Wirtschaftsgemeinschaft Westafrikanischer Staaten	73
19. 1.2011	Bekanntmachung der Neufassung des Anhangs zu dem Übereinkommen vom 16. November 1989 gegen Doping/der Anlage I zu dem Internationalen Übereinkommen vom 19. Oktober 2005 gegen Doping im Sport	78

**Gesetz
zur Vereinbarung vom 20. April 2010
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung von Quebec
über Soziale Sicherheit**

Vom 24. Januar 2011

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Folgenden in Quebec am 20. April 2010 unterzeichneten zwischenstaatlichen Übereinkünften wird zugestimmt:

1. der Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung von Quebec über Soziale Sicherheit,
2. der Vereinbarung zur Durchführung der Vereinbarung vom 20. April 2010 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung von Quebec über Soziale Sicherheit (Durchführungsvereinbarung).

Die Vereinbarungen werden nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

Die Bundesregierung wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates Vereinbarungen zur Durchführung der Vereinbarung sowie Änderungen der in Artikel 1 Nummer 2 genannten Durchführungsvereinbarung in Kraft zu setzen. Im Übrigen wird die Bundesregierung ermächtigt, die zur Durchführung der Vereinbarung erforderlichen innerstaatlichen Regelungen zu treffen. Dabei können zur Anwendung und Durchführung der Vereinbarung insbesondere über folgende Gegenstände Regelungen getroffen werden:

1. Aufklärungs-, Anzeige- und Mitteilungspflichten sowie das Bereitstellen von Beweismitteln zwischen den mit der Durchführung der Vereinbarung befassten Stellen sowie zwischen diesen und den betroffenen Personen,
2. das Ausstellen, die Vorlage und Übermittlung von Bescheinigungen sowie die Verwendung von Vordrucken,
3. die Zuständigkeit der Versicherungsträger oder anderer in der Vereinbarung genannter Stellen und Behörden.

Artikel 3

(1) Dieses Gesetz tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem die Vereinbarung nach ihrem Artikel 29 Absatz 1 und die Durchführungsvereinbarung nach ihrem Artikel 12 in Kraft treten, ist im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt. Es ist im Bundesgesetzblatt zu verkünden.

Berlin, den 24. Januar 2011

Der Bundespräsident
Christian Wulff

Die Bundeskanzlerin
Dr. Angela Merkel

Die Bundesministerin
für Arbeit und Soziales
Ursula von der Leyen

Der Bundesminister des Auswärtigen
Guido Westerwelle

Vereinbarung
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung von Quebec
über Soziale Sicherheit

Entente
en matière de sécurité sociale
entre le gouvernement de la République fédérale d'Allemagne
et le gouvernement du Québec

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und
die Regierung von Quebec –

in dem Wunsch, ihre Beziehungen zu festigen, und entschlossen, die Koordination ihrer Rechtsvorschriften im Bereich der Sozialen Sicherheit auszubauen –

haben Folgendes vereinbart:

Teil I
Allgemeine Bestimmungen

Artikel 1
Begriffsbestimmungen

(1) In dieser Vereinbarung bedeuten die Ausdrücke:

1. „Hoheitsgebiet“
 - a) in Bezug auf die Bundesrepublik Deutschland deren Hoheitsgebiet,
 - b) in Bezug auf Quebec das Hoheitsgebiet von Quebec;
2. „Staatsangehöriger“
 - a) in Bezug auf die Bundesrepublik Deutschland einen Deutschen im Sinne des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland,
 - b) in Bezug auf Quebec einen kanadischen Staatsangehörigen, der den Rechtsvorschriften von Quebec unterliegt oder unterlegen hat;

Le gouvernement de la République fédérale d'Allemagne
et
le gouvernement du Québec –

Désireux de renforcer leurs relations et résolu à étendre la coordination de leurs législations en matière de sécurité sociale –

sont convenus des dispositions suivantes:

Titre premier
Dispositions générales

Article 1^{er}
Définitions

(1) Dans la présente Entente, les expressions suivantes signifient:

1. «territoire»:
 - a) relativement à la République fédérale d'Allemagne, son territoire;
 - b) relativement au Québec, le territoire du Québec;
2. «ressortissant»:
 - a) relativement à la République fédérale d'Allemagne, un Allemand au sens de la Loi fondamentale de la République fédérale d'Allemagne;
 - b) relativement au Québec, un citoyen canadien qui est soumis ou a été soumis à la législation du Québec;

3. „Rechtsvorschriften“

- a) in Bezug auf die Bundesrepublik Deutschland
die Gesetze, Verordnungen und sonstigen allgemein rechtsetzenden Akte, die sich auf die in Artikel 2 Absatz 1 Nummer 1 bezeichneten Zweige der sozialen Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland beziehen,
- b) in Bezug auf Quebec
die Gesetze und die Verordnungen, die sich auf die in Artikel 2 Absatz 1 Nummer 2 bezeichneten Zweige der sozialen Sicherheit von Quebec beziehen;

4. „zuständige Behörde“

- a) in Bezug auf die Bundesrepublik Deutschland
das Bundesministerium für Arbeit und Soziales,
- b) in Bezug auf Quebec
der Minister, dem die Anwendung der Rechtsvorschriften von Quebec obliegt;

5. „Träger“

- a) in Bezug auf die Bundesrepublik Deutschland
die Einrichtung oder die Behörde, der die Anwendung der Rechtsvorschriften der Bundesrepublik Deutschland obliegt,
- b) in Bezug auf Quebec
das Ministerium oder die Einrichtung, dem bzw. der die Anwendung der Rechtsvorschriften von Quebec obliegt;

6. „zuständiger Träger“

- a) in Bezug auf die Bundesrepublik Deutschland
den Träger, dem im Einzelfall die Anwendung der Rechtsvorschriften der Bundesrepublik Deutschland obliegt,
- b) in Bezug auf Quebec
das Ministerium oder die Einrichtung, dem bzw. der im Einzelfall die Anwendung der Rechtsvorschriften von Quebec obliegt;

7. „Versicherungszeiten“

- a) in Bezug auf die Bundesrepublik Deutschland
Beitragszeiten, die nach den Rechtsvorschriften der Bundesrepublik Deutschland als Versicherungszeiten bestimmt oder anerkannt sind, sowie ähnliche Zeiten, soweit sie in diesen Rechtsvorschriften als den Versicherungszeiten gleichwertig anerkannt sind,
- b) in Bezug auf Quebec
jedes Jahr, für das nach den für das Rentensystem von Quebec (Régime de rentes du Québec) geltenden Rechtsvorschriften von Quebec Beiträge entrichtet worden sind oder eine Invalidenrente gezahlt worden ist, oder jedes sonstige als gleichwertig anerkannte Jahr;

8. „Geldleistung“

eine Rente oder eine andere Geldleistung einschließlich aller Erhöhungen.

(2) Ausdrücke, deren Bedeutung in Absatz 1 nicht bestimmt ist, haben die Bedeutung, die sie nach den anzuwendenden Rechtsvorschriften haben.

Artikel 2**Sachlicher Geltungsbereich**

(1) Soweit nichts anderes bestimmt ist, bezieht sich diese Vereinbarung

- 1. in Bezug auf die Bundesrepublik Deutschland
auf die Rechtsvorschriften über die

3. «législation»:

- a) relativement à la République fédérale d'Allemagne,
les lois, règlements et autres actes législatifs concernant les branches de sécurité sociale de la République fédérale d'Allemagne visées au numéro 1 du paragraphe 1 de l'article 2;
- b) relativement au Québec,
les lois et règlements concernant les branches de sécurité sociale du Québec visées au numéro 2 du paragraphe 1 de l'article 2;

4. «autorité compétente»:

- a) relativement à la République fédérale d'Allemagne,
le ministère fédéral du Travail et des Affaires sociales;
- b) relativement au Québec,
le ministre chargé de l'application de la législation du Québec;

5. «institution»:

- a) relativement à la République fédérale d'Allemagne,
l'organisme ou l'autorité chargé de l'application de la législation de la République fédérale d'Allemagne;
- b) relativement au Québec,
le ministère ou l'organisme chargé de l'application de la législation du Québec;

6. «institution compétente»:

- a) relativement à la République fédérale d'Allemagne,
l'institution chargée dans chaque cas particulier de l'application de la législation de la République fédérale d'Allemagne;
- b) relativement au Québec,
le ministère ou l'organisme chargé dans chaque cas particulier de l'application de la législation du Québec;

7. «périodes d'assurance»:

- a) relativement à la République fédérale d'Allemagne,
les périodes de cotisation déterminées ou reconnues comme une période d'assurance en vertu de la législation de la République fédérale d'Allemagne ainsi que les périodes similaires dans la mesure où elles sont reconnues comme équivalentes aux périodes d'assurance en vertu de cette législation;
- b) relativement au Québec,
toute année à l'égard de laquelle des cotisations ont été payées ou une rente d'invalidité a été versée en vertu de la législation relative au Régime de rentes du Québec ou toute autre année considérée comme équivalente;

8. «prestation en espèces»:

une pension ou une autre prestation en espèces, y compris toute majoration.

(2) Tout terme non défini au paragraphe 1 a le sens qui lui est donné dans la législation applicable.

Article 2**Champ d'application matériel**

(1) Sauf disposition contraire, la présente Entente s'applique:

- 1. relativement à la République fédérale d'Allemagne,
à la législation concernant:

- a) Rentenversicherung,
 - b) hüttenknappschaftliche Zusatzversicherung,
 - c) Alterssicherung der Landwirte,
 - d) Unfallversicherung;
2. in Bezug auf Quebec
- auf die Rechtsvorschriften über die
- a) Rentenversicherung von Quebec (Régime de rentes du Québec),
 - b) Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten.

(2) Soweit nichts anderes bestimmt ist, umfassen die Rechtsvorschriften im Sinne dieser Vereinbarung nicht die Bestimmungen, die sich für eine der Vertragsparteien aus Übereinkünften mit einem dritten Staat oder aus überstaatlichem Recht ergeben oder zu deren Ausführung dienen.

(3) Diese Vereinbarung gilt, vorbehaltlich der Nummer 1 Buchstabe e des Schlussprotokolls zur Vereinbarung, auch für Gesetze, Verordnungen und sonstige allgemein rechtsetzende Akte, soweit sie die Rechtsvorschriften der Vertragsparteien ändern, ergänzen oder ersetzen.

Artikel 3

Persönlicher Geltungsbereich

Soweit nichts anderes bestimmt ist, gilt diese Vereinbarung für

1. Staatsangehörige einer Vertragspartei,
2. Flüchtlinge im Sinne des Artikels 1 des Abkommens vom 28. Juli 1951 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und des Protokolls vom 31. Januar 1967 zu dem genannten Abkommen,
3. Staatenlose im Sinne des Artikels 1 des Übereinkommens vom 28. September 1954 über die Rechtsstellung der Staatenlosen,
4. andere Personen hinsichtlich der Rechte, die sie von einer unter den Nummern 1 bis 3 genannten Person ableiten,
5. Staatsangehörige eines anderen Staates als dem einer Vertragspartei, soweit sie nicht zu den unter Nummer 4 genannten Personen gehören.

Artikel 4

Gleichbehandlung

(1) Soweit diese Vereinbarung nichts anderes bestimmt, stehen die in Artikel 3 Nummern 1 bis 4 bezeichneten Personen, die sich gewöhnlich im Hoheitsgebiet der einen oder anderen Vertragspartei aufhalten, bei Anwendung der Rechtsvorschriften einer Vertragspartei deren Staatsangehörigen gleich.

(2) Leistungen nach den Rechtsvorschriften der einen Vertragspartei werden den Staatsangehörigen der anderen Vertragspartei, die sich außerhalb der Hoheitsgebiete der Vertragsparteien aufhalten, unter denselben Voraussetzungen erbracht wie den sich dort aufhaltenden Staatsangehörigen der ersten Vertragspartei.

Artikel 5

Nichtanwendung von Wohnortklauseln

Soweit diese Vereinbarung nichts anderes bestimmt, gelten die Rechtsvorschriften der einen Vertragspartei, nach denen Ansprüche auf Leistungen oder die Zahlung von Leistungen vom Aufenthalt im Hoheitsgebiet dieser Vertragspartei abhängen, nicht für die in Artikel 3 Nummern 1 bis 4 genannten Personen,

- a) l'Assurance pension (Rentenversicherung);
 - b) l'Assurance pension supplémentaire des travailleurs de la sidérurgie (hüttenknappschaftliche Zusatzversicherung);
 - c) la Sécurité de vieillesse des agriculteurs (Alterssicherung der Landwirte);
 - d) l'Assurance accidents (Unfallversicherung);
2. relativement au Québec,
- à la législation concernant:
- a) le Régime de rentes du Québec;
 - b) les accidents du travail et les maladies professionnelles.

(2) Sauf disposition contraire, la législation au sens de la présente Entente ne comprend pas les dispositions résultant pour une des Parties contractantes des accords conclus avec un État tiers ou d'une législation supranationale ni les dispositions adoptées pour en assurer l'application.

(3) La présente Entente s'applique également, sous réserve de l'alinéa e) du numéro 1 du Protocole final à l'Entente, à toute loi, règlement et autre acte législatif dans la mesure où ils modifient, complètent ou remplacent la législation des Parties contractantes.

Article 3

Champ d'application personnel

Sauf disposition contraire, la présente Entente s'applique:

1. aux ressortissants de chaque Partie contractante;
2. à toute personne réfugiée telle que définie à l'article 1^{er} de la Convention relative au statut des réfugiés du 28 juillet 1951 et du Protocole du 31 janvier 1967 à cette Convention;
3. à toute personne apatride telle que définie à l'article 1^{er} de la Convention relative au statut des personnes apatrides du 28 septembre 1954;
4. à toute autre personne en ce qui concerne les droits acquis du chef d'une personne visée aux numéros 1 à 3 du présent article;
5. aux ressortissants d'un autre État que celui d'une Partie contractante dans la mesure où ils ne font pas partie des personnes visées au numéro 4 du présent article.

Article 4

Égalité de traitement

(1) Sauf disposition contraire de la présente Entente, les personnes visées aux numéros 1 à 4 de l'article 3 qui résident sur le territoire de l'une ou l'autre des Parties contractantes reçoivent, dans l'application de la législation d'une Partie contractante, le même traitement que les ressortissants de cette Partie contractante.

(2) Les ressortissants d'une Partie contractante qui résident ou séjournent hors du territoire des deux Parties contractantes reçoivent les prestations prévues par la législation de l'autre Partie contractante dans les mêmes conditions que celles qu'elle applique à ses ressortissants résidant ou séjournant hors du territoire des deux Parties contractantes.

Article 5

Non-application des dispositions relatives à la territorialité

Sauf disposition contraire de la présente Entente, la législation de l'une des Parties contractantes qui subordonne les droits aux prestations ou le versement des prestations à la condition que la personne intéressée réside ou séjourne sur le territoire de cette Partie contractante n'est pas applicable aux personnes visées

die sich im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei aufhalten.

aux numéros 1 à 4 de l'article 3 qui résident ou séjournent sur le territoire de l'autre Partie contractante.

Artikel 6

Territorialitätsprinzip

Vorbehaltlich der Artikel 7 bis 10 gelten für eine Person allein die Rechtsvorschriften der Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet sie erwerbstätig ist.

Article 6

Principe de territorialité

Sous réserve des articles 7 à 10, une personne n'est soumise qu'à la législation de la Partie contractante sur le territoire de laquelle elle travaille.

Artikel 7

Entsendung

Wird ein Arbeitnehmer, der im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei beschäftigt ist, im Rahmen dieses Beschäftigungsverhältnisses von seinem Arbeitgeber in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei entsandt, um dort eine Arbeit für diesen Arbeitgeber auszuführen, so gelten in Bezug auf diese Beschäftigung während der ersten sechzig Kalendermonate der Beschäftigung im Hoheitsgebiet der zweiten Vertragspartei weiterhin allein die Rechtsvorschriften der ersten Vertragspartei als wäre er noch in deren Hoheitsgebiet beschäftigt.

Article 7

Détachement

Lorsqu'une personne salariée employée sur le territoire de l'une des Parties contractantes est détachée, dans le cadre de cet emploi, par son employeur sur le territoire de l'autre Partie contractante afin d'y effectuer un travail pour cet employeur, elle demeure, en ce qui a trait à son emploi, soumise à la seule législation de la première Partie contractante pendant les soixante premiers mois civils de son emploi sur le territoire de la deuxième Partie contractante comme si elle était encore employée sur le territoire de la première Partie contractante.

Artikel 8

Seeleute

Würden für eine Person, die Mitglied der Besatzung eines Seeschiffs ist, ohne diesen Artikel die Rechtsvorschriften beider Vertragsparteien gelten, so gelten in Bezug auf diese Beschäftigung allein die Rechtsvorschriften der Bundesrepublik Deutschland, wenn das Schiff berechtigt ist, die Flagge der Bundesrepublik Deutschland zu führen; in allen anderen Fällen gelten für die Person die Rechtsvorschriften von Quebec.

Article 8

Gens de mer

Lorsque, n'eût été le présent article, une personne, membre de l'équipage d'un navire, aurait été soumise aux législations des deux Parties contractantes, cette personne n'est soumise, en ce qui a trait à cet emploi, qu'à la législation allemande, si le navire est autorisé à battre pavillon de la République fédérale d'Allemagne; dans tous les autres cas, la personne est soumise à la législation du Québec.

Artikel 9

Beschäftigte bei öffentlichen Arbeitgebern

(1) Wird eine Person, die Staatsangehörige einer Vertragspartei ist, von dieser oder einem anderen öffentlichen Arbeitgeber dieser Vertragspartei im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei beschäftigt, so gelten für sie vorbehaltlich des Absatzes 2 in Bezug auf diese Beschäftigung allein die Rechtsvorschriften der ersten Vertragspartei.

(2) Hat eine in Absatz 1 genannte Person sich vor Beginn der Beschäftigung für eine Vertragspartei oder einen anderen öffentlichen Arbeitgeber dieser Vertragspartei gewöhnlich im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei aufgehalten und hält sie sich weiterhin dort gewöhnlich auf, so gelten für sie in Bezug auf diese Beschäftigung deren Rechtsvorschriften. Sie kann innerhalb von sechs Monaten nach Beginn dieser Beschäftigung die Anwendung der Rechtsvorschriften der ersten Vertragspartei wählen. Die Wahl ist gegenüber dem Arbeitgeber zu erklären. Die gewählten Rechtsvorschriften gelten vom Tag der Erklärung an.

(3) Die Absätze 1 und 2 gelten entsprechend für eine Person, die von einer in Absatz 1 genannten Person beschäftigt wird.

Article 9

Employés du secteur public

(1) Tout ressortissant d'une des Parties contractantes qui est employé par celle-ci ou par un autre employeur du secteur public de cette Partie contractante sur le territoire de l'autre Partie contractante est soumis, sous réserve des dispositions du paragraphe 2, à la seule législation de la première Partie contractante en ce qui a trait à cet emploi.

(2) Toute personne visée au paragraphe 1 du présent article qui, avant le début de son emploi pour une Partie contractante ou pour un autre employeur du secteur public de cette Partie contractante, résidait sur le territoire de l'autre Partie contractante et continue à y résider est soumise à la législation de cette dernière Partie contractante, en ce qui a trait à cet emploi. Elle peut opter, dans un délai de six mois à compter du début de cet emploi, pour l'application de la législation de la première Partie contractante. L'option doit être notifiée à l'employeur. La législation choisie s'applique alors à partir de la date de la notification.

(3) Les dispositions des paragraphes 1 et 2 s'appliquent par analogie à toute personne employée par une personne visée au paragraphe 1 du présent article.

Artikel 10

Vereinbarung von Ausnahmen

(1) Auf gemeinsamen Antrag des Arbeitnehmers und des Arbeitgebers oder auf Antrag der selbstständig erwerbstätigen Person können die zuständigen Behörden oder die von ihnen bezeichneten Stellen im gegenseitigen Einvernehmen von den Artikeln 6 bis 9 abweichen, unter der Voraussetzung, dass für die betreffende Person die Rechtsvorschriften einer der Vertragsparteien gelten. Hierbei sind die Art und die Umstände der Beschäftigung zu berücksichtigen.

(2) Absatz 1 gilt entsprechend für Personen, die nicht Arbeitnehmer sind.

Article 10

Entente sur les exceptions

(1) Sur demande conjointe de la personne salariée et de son employeur ou sur demande de la personne qui travaille pour son propre compte, les autorités compétentes ou les organismes désignés par ces dernières peuvent, d'un commun accord, déroger aux dispositions des articles 6 à 9, pourvu que la législation de l'une des Parties contractantes s'applique à la personne intéressée. Dans ce cas, il sera tenu compte de la nature et des conditions de l'emploi.

(2) Les dispositions du paragraphe 1 s'appliquent par analogie aux personnes qui ne sont pas salariées.

Teil II

Bestimmungen über Leistungen

Kapitel 1

Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten

Artikel 11

Berücksichtigung von
Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten

(1) Sehen die Rechtsvorschriften einer Vertragspartei vor, dass bei der Bemessung des Grads der Minderung der Erwerbsfähigkeit oder der Feststellung des Leistungsanspruchs infolge eines Arbeitsunfalls oder einer Berufskrankheit im Sinne dieser Rechtsvorschriften auch andere Arbeitsunfälle oder Berufskrankheiten zu berücksichtigen sind, so gilt dies auch für die unter die Rechtsvorschriften der anderen Vertragspartei fallenden Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten, als ob sie unter die Rechtsvorschriften der ersten Vertragspartei gefallen wären. Den zu berücksichtigenden Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten stehen solche gleich, die nach anderen Vorschriften als Unfälle oder andere Entschädigungsfälle zu berücksichtigen sind.

(2) Der zuständige Träger setzt seine Leistung nach dem Grad der durch den Arbeitsunfall oder die Berufskrankheit eingetretenen Minderung der Erwerbsfähigkeit nach den von ihm anzuwendenden Rechtsvorschriften fest.

Artikel 12

Sachleistungen bei Verlegung des Aufenthalts

(1) Die Bestimmung über die Gleichstellung der Hoheitsgebiete gilt in Bezug auf die Sachleistungen für eine Person, die während einer Heilbehandlung ihren gewöhnlichen oder vorübergehenden Aufenthalt in das Hoheitsgebiet der Vertragspartei, in dem der zuständige Träger nicht seinen Sitz hat, verlegt hat, nur, wenn der zuständige Träger dieser Verlegung vorher zugestimmt hat.

(2) Die Zustimmung kann nachträglich erteilt werden.

Artikel 13

Sachleistungsaushilfe

(1) Hat ein Träger der einen Vertragspartei einer Person im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei Sachleistungen zu erbringen, so werden sie vom Träger des Aufenthaltsorts aushilfsweise zu Lasten des zuständigen Trägers erbracht:

1. in der Bundesrepublik Deutschland

von der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung (DGUV), Deutsche Verbindungsstelle Unfallversicherung – Ausland, Berlin, oder von dem von ihr bezeichneten Träger der Unfallversicherung,

2. in Quebec

vom Ausschuss für Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz (Commission de la Santé et Sécurité du Travail, CSST), Montreal.

(2) Für Art, Umfang und Dauer der Leistungserbringung gelten die für den Träger des Aufenthaltsorts maßgebenden Rechtsvorschriften.

(3) Personen und Stellen, die mit den in Absatz 1 genannten Trägern Verträge über die Erbringung von Sachleistungen für die bei diesen Trägern Versicherten geschlossen haben, sind verpflichtet, Sachleistungen auch für die vom persönlichen Geltungsbereich der Vereinbarung erfassten Personen zu erbringen,

Titre II

Dispositions relatives aux prestations

Chapitre 1

Accidents du travail
et maladies professionnelles

Article 11

Prise en considération des
accidents du travail et des maladies professionnelles

(1) Si la législation d'une Partie contractante prévoit que, pour l'évaluation du taux de diminution de la capacité de gain ou la détermination du droit aux prestations résultant d'un accident de travail ou d'une maladie professionnelle au sens de cette législation, d'autres accidents du travail ou maladies professionnelles seront également pris en considération, cette disposition s'applique également aux accidents du travail et aux maladies professionnelles survenus sous la législation de l'autre Partie contractante comme s'ils étaient survenus sous la législation de la première Partie contractante. Sont assimilés aux accidents du travail et aux maladies professionnelles à prendre en considération ceux qui, selon d'autres dispositions, seront pris en considération en tant qu'accidents ou en tant que cas donnant lieu à réparation.

(2) L'institution compétente détermine sa prestation selon le taux de diminution de la capacité de gain due à l'accident du travail ou à la maladie professionnelle qu'elle est tenue de prendre en considération sous la législation qu'elle applique.

Article 12

Prestations en nature en
cas de transfert de résidence ou de séjour

(1) La disposition sur l'égalité des territoires n'est applicable, en ce qui concerne les prestations en nature, aux personnes qui ont transféré, pendant un traitement curatif, leur lieu de séjour ou de résidence sur le territoire de la Partie contractante dans lequel l'institution compétente n'a pas son siège que lorsque l'institution compétente a préalablement autorisé ce transfert.

(2) L'autorisation peut être donnée ultérieurement.

Article 13

Entraide en matière de prestations en nature

(1) Les prestations en nature à accorder par une institution de l'une des Parties contractantes à une personne sur le territoire de l'autre Partie contractante sont servies à titre substitutif par l'institution du lieu de séjour et à la charge de l'institution compétente,

1. en République fédérale d'Allemagne:

par l'Assurance accidents obligatoire allemande, Organisme de liaison allemand de l'assurance-accidents pour l'étranger (Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung (DGUV), Deutsche Verbindungsstelle Unfallversicherung – Ausland), Berlin, ou bien par l'institution de l'assurance accidents qu'elle désigne.

2. au Québec:

par la Commission de la santé et de la sécurité du travail (CSST), Montréal.

(2) La nature, l'étendue et la durée des prestations servies sont soumises aux dispositions de la législation appliquée par l'institution du lieu de séjour.

(3) Les personnes et organismes qui ont conclu, avec les institutions visées au paragraphe 1, des conventions sur le service de prestations en nature aux personnes affiliées à ces institutions sont tenus d'assurer des prestations en nature également aux personnes relevant du champ d'application personnel de l'En-

und zwar unter denselben Bedingungen, als ob diese Personen bei den Trägern des Aufenthaltsorts (Absatz 1) versichert wären und als ob die Verträge sich auch auf diese Personen erstreckten.

Artikel 14

Erstattung der Sachleistungsaushilfekosten

Der zuständige Träger erstattet dem Träger des Aufenthaltsorts die für die Sachleistungsaushilfe im Einzelfall tatsächlich aufgewendeten Beträge mit Ausnahme der Verwaltungskosten.

Kapitel 2

Renten

Artikel 15

Zusammenrechnung von Versicherungszeiten

Sind nach den Rechtsvorschriften beider Vertragsparteien anrechnungsfähige Versicherungszeiten zurückgelegt, so berücksichtigt der zuständige Träger jeder Vertragspartei für den Erwerb des Leistungsanspruchs nach den von ihm anzuwendenden Rechtsvorschriften soweit erforderlich auch die Versicherungszeiten, die nach den Rechtsvorschriften der anderen Vertragspartei anrechnungsfähig sind und sich nicht mit Zeiten überschneiden, die nach den für ihn geltenden Rechtsvorschriften anrechnungsfähig sind.

Artikel 16

Besonderheiten für Quebec

(1) Dieser Artikel gilt für die nach den Rechtsvorschriften von Quebec zu erbringenden Leistungen.

(2) Im Fall der Zusammenrechnung nach Artikel 15 verfährt der zuständige Träger von Quebec wie folgt:

1. Jedes Kalenderjahr mit mindestens drei nach den Rechtsvorschriften der Bundesrepublik Deutschland anrechnungsfähigen Versicherungsmonaten wird als ein Beitragsjahr anerkannt;
2. die nach Nummer 1 anerkannten Versicherungsjahre werden mit den nach den Rechtsvorschriften von Quebec zurückgelegten Versicherungszeiten zusammengerechnet.

(3) Wird der Leistungsanspruch aufgrund des Absatzes 2 erworben, so stellt der zuständige Träger von Quebec die Höhe der Leistung wie folgt fest:

1. Die Höhe des einkommensbezogenen Teils der Leistung wird nach den Rechtsvorschriften von Quebec berechnet;
2. die Höhe des festen Teils der Leistung wird im Verhältnis der Zeit, für die Beiträge nach den Rechtsvorschriften von Quebec entrichtet worden sind, zur beitragsfähigen Zeit (Periode cotisable), wie sie in diesen Rechtsvorschriften bestimmt ist, festgestellt.

(4) Nach dieser Vereinbarung hat eine Person Anspruch auf eine Leistung nur, wenn ihre beitragsfähige Zeit, wie sie in den Rechtsvorschriften von Quebec bestimmt ist, wenigstens der Mindestwartezeit entspricht, die für den Erwerb eines Leistungsanspruchs nach diesen Rechtsvorschriften erforderlich ist.

Artikel 17

Besonderheiten für die Bundesrepublik Deutschland

(1) Sind die Voraussetzungen für den Rentenanspruch nur unter Berücksichtigung des Artikels 15 erfüllt, so werden die hierin bezeichneten Versicherungszeiten dem Versicherungszweig zugeordnet, dessen Träger unter ausschließlicher Anwendung der Rechtsvorschriften der Bundesrepublik Deutschland für die Feststellung der Leistung zuständig ist. Ist danach der Träger der knappschaftlichen Rentenversicherung zuständiger Träger, so

tente dans les mêmes conditions que si ces personnes étaient affiliées aux institutions du lieu de séjour (paragraphe 1) et que les conventions couvraient aussi ces personnes.

Article 14

Remboursement des frais encourus en vertu de l'entraide en matière de prestations en nature

L'institution compétente rembourse à l'institution du lieu de séjour les sommes effectivement dépensées dans des cas particuliers relevant de l'entraide en matière de prestations en nature, à l'exception des frais administratifs.

Chapitre 2

Pensions

Article 15

Totalisation des périodes d'assurance

Lorsque des périodes d'assurance admissibles ont été effectuées en vertu de la législation de l'une et de l'autre des Parties contractantes, l'institution compétente de chacune des Parties tient également compte, dans la mesure nécessaire pour ouvrir le droit à une prestation en vertu de la législation qu'elle applique, des périodes d'assurance admissibles en vertu de la législation de l'autre Partie contractante pour autant qu'elles ne se superposent pas avec les périodes d'assurance admissibles en vertu de la législation qui s'applique à elle.

Article 16

Particularités pour le Québec

(1) Le présent article s'applique aux prestations payables en vertu de la législation du Québec.

(2) Lorsque la totalisation prévue à l'article 15 s'applique, l'institution compétente du Québec procède de la façon suivante:

1. toute année civile comprenant au moins trois mois de période d'assurance admissible en vertu de la législation de la République fédérale d'Allemagne est reconnue comme une année de cotisation;
2. les années reconnues en vertu du numéro 1 sont totalisées avec les périodes d'assurance accomplies en vertu de la législation du Québec.

(3) Lorsque le droit à la prestation est acquis en vertu du paragraphe 2, l'institution compétente du Québec détermine le montant de la prestation comme suit:

1. le montant de la prestation reliée aux gains est calculé selon les dispositions de la législation du Québec;
2. le montant de la partie uniforme de la prestation est établi en proportion de la période à l'égard de laquelle des cotisations ont été payées en vertu de la législation du Québec par rapport à la période cotisable telle que définie dans cette législation.

(4) Le droit d'une personne à une prestation en vertu de la présente Entente ne peut être acquis que si sa période cotisable, telle que définie dans la législation du Québec, est au moins égale à la période minimale de cotisation qui ouvre le droit à une prestation en vertu de cette législation.

Article 17

Particularités pour la République fédérale d'Allemagne

(1) Lorsque les conditions d'ouverture du droit à la pension ne sont remplies qu'en application des dispositions de l'article 15, les périodes d'assurance qui y sont mentionnées sont assignées au régime d'assurance dont l'institution est responsable de déterminer la prestation en vertu de la seule législation de la République fédérale d'Allemagne. Si, dans ce cas, l'institution du régime de pensions des mineurs est l'institution compétente, les

werden die nach den Rechtsvorschriften von Quebec zurückgelegten Versicherungszeiten in der knappschaftlichen Rentenversicherung nur dann berücksichtigt, wenn sie in einem bergbaulichen Betrieb unter Tage zurückgelegt sind.

(2) Für die Zusammenrechnung nach Artikel 15 wird eine Zeit des gewöhnlichen Aufenthalts in Quebec, die nach dem Volksrentengesetz, das für das Hoheitsgebiet von Quebec gilt, anerkannt wird, vom zuständigen Träger der Bundesrepublik Deutschland als eine anrechnungsfähige Versicherungszeit berücksichtigt.

(3) Für den Erwerb eines Leistungsanspruchs nach den Rechtsvorschriften der Bundesrepublik Deutschland bei Anwendung des Artikels 15

1. gilt ein Monat, der am oder vor dem 31. Dezember 1965 endet und nach dem Volksrentengesetz, das für das Hoheitsgebiet von Quebec gilt, als ein Monat des gewöhnlichen Aufenthalts anerkannt wird, als ein Beitragsmonat nach den Rechtsvorschriften der Bundesrepublik Deutschland;
2. gilt eine Versicherungszeit, die nach den Rechtsvorschriften von Quebec zurückgelegt worden ist, als zwölf Beitragsmonate nach den Rechtsvorschriften der Bundesrepublik Deutschland;
3. gilt ein Monat, der am oder nach dem 1. Januar 1966 beginnt und der nach dem Volksrentengesetz, das für das Hoheitsgebiet von Quebec gilt, als ein Monat des gewöhnlichen Aufenthalts anerkannt wird und für den kein Beitrag zur Rentenversicherung von Quebec entrichtet wurde, als Beitragsmonat nach den Rechtsvorschriften der Bundesrepublik Deutschland.

(4) Für die Rentenberechnung werden Entgeltpunkte nur aus den Versicherungszeiten ermittelt, die nach den deutschen Rechtsvorschriften zurückgelegt sind.

(5) Ist nach den deutschen Rechtsvorschriften der Anspruch auf eine Leistung davon abhängig, dass in einem festgelegten Zeitraum (Rahmenzeitraum) eine bestimmte Anzahl von Pflichtbeiträgen entrichtet wurde, und sehen diese Rechtsvorschriften weiter vor, dass Zeiten, in denen Leistungen gewährt wurden, oder Zeiten der Kindererziehung diesen Zeitraum verlängern, so verlängert sich dieser Rahmenzeitraum auch durch Zeiten, in denen eine Altersrente oder eine Leistung bei Arbeitslosigkeit nach den in Quebec anwendbaren kanadischen Gesetzen und Verordnungen oder Invaliditäts- oder Altersrente nach den Rechtsvorschriften Quebecs oder Leistungen wegen Krankheit oder Arbeitsunfällen (mit Ausnahme von Renten) nach den Vorschriften Quebecs gezahlt wurden, und durch Zeiten der Kindererziehung in Quebec.

(6) Hängt für einen selbständig erwerbstätigen Handwerker das Recht auf Befreiung von der Versicherungspflicht davon ab, ob eine Mindestzahl von Beiträgen entrichtet ist, so werden dafür auch die nach den Rechtsvorschriften von Quebec zurückgelegten Versicherungszeiten berücksichtigt.

périodes d'assurance accomplies en vertu de la législation du Québec ne sont prises en considération par le régime de pensions des mineurs que si elles ont été complétées au service d'une entreprise minière dans des opérations souterraines.

(2) Pour les fins de la totalisation prévue par l'article 15, une période de résidence au Québec, qui est reconnue selon la Loi sur la sécurité de la vieillesse qui s'applique sur le territoire du Québec, est considérée par l'institution compétente de la République fédérale d'Allemagne comme une période d'assurance admissible.

(3) Aux fins de l'ouverture du droit à une prestation en vertu de la législation de la République fédérale d'Allemagne, en application de l'article 15:

1. un mois qui se termine le ou avant le 31 décembre 1965 et qui est reconnu, selon la Loi sur la sécurité de la vieillesse qui s'applique sur le territoire du Québec, en tant qu'un mois de résidence est considéré comme un mois de cotisation en vertu de la législation de la République fédérale d'Allemagne;
2. une période d'assurance accomplie en vertu de la législation du Québec est considérée comme douze mois de cotisation en vertu de la législation de la République fédérale d'Allemagne;
3. un mois qui commence le ou après le 1^{er} janvier 1966 et qui est reconnu, selon la Loi sur la sécurité de la vieillesse qui s'applique sur le territoire du Québec, en tant qu'un mois de résidence et pour lequel aucune cotisation n'a été versée au Régime des rentes du Québec est considéré comme un mois de cotisation en vertu de la législation de la République fédérale d'Allemagne.

(4) Aux fins du calcul des pensions, les points de rémunération sont déterminés en fonction des seules périodes d'assurance accomplies aux termes de la législation allemande.

(5) Si, aux termes de la législation allemande, l'admissibilité à une prestation est subordonnée au fait qu'un nombre donné de cotisations obligatoires soient versées pendant une période spécifiée (période de référence) et si ladite législation stipule que les périodes pendant lesquelles une personne a reçu des prestations ou a élevé des enfants prolongent ladite période, les périodes pendant lesquelles la personne a reçu une pension de vieillesse, ou des prestations de chômage aux termes des lois et règlements du Canada applicables au Québec, ou des rentes de retraite ou d'invalidité, des prestations de maladie ou d'accident du travail (à l'exception des pensions) aux termes de la législation du Québec ainsi que les périodes pendant lesquelles une personne a élevé des enfants au Québec prolongent également ladite période de référence.

(6) Lorsque le droit d'un artisan travaillant à son compte d'être dispensé de l'obligation de s'assurer est subordonné au versement d'un nombre minimal de cotisations, les périodes d'assurances accomplies aux termes de la législation du Québec sont également prises en considération à cette fin.

Teil III

Verschiedene Bestimmungen

Artikel 18

Durchführungsvereinbarung

(1) Die beiden Vertragsparteien oder die von ihnen bestimmten Behörden schließen eine Vereinbarung, die die Art und Weise der Durchführung dieser Vereinbarung einschließlich der Verwaltungsverfahren festlegt (Durchführungsvereinbarung).

(2) Die Verbindungsstellen der beiden Vertragsparteien werden in dieser Durchführungsvereinbarung bezeichnet.

Titre III

Dispositions diverses

Article 18

Arrangement d'application

(1) Les deux Parties contractantes ou les autorités qu'elles désignent concluent un Arrangement qui fixe les modalités d'application (Arrangement d'application) de la présente Entente, y compris les procédures administratives.

(2) Les organismes de liaison des deux Parties contractantes sont désignés dans cet Arrangement.

Artikel 19**Amtshilfe**

(1) Die Behörden, die Träger und die Verbände von Trägern der Vertragsparteien leisten einander bei der Durchführung dieser Vereinbarung und der Rechtsvorschriften der Vertragsparteien gegenseitig Hilfe entsprechend den Rechtsvorschriften, die sie anwenden. Die Hilfe mit Ausnahme der Barauslagen ist kostenlos.

(2) Die zuständigen Behörden der Vertragsparteien übermitteln einander alle Angaben über die Änderungen ihrer Rechtsvorschriften, sofern diese Änderungen die Durchführung dieser Vereinbarung berühren.

Artikel 20**Datenschutz**

(1) Die in Artikel 19 Absatz 1 genannten Stellen einer Vertragspartei übermitteln

1. in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften dieser Vertragspartei sowie
2. in Übereinstimmung mit dieser Vereinbarung und einer nach Artikel 18 zu ihrer Durchführung geschlossenen Vereinbarung

den zuständigen Stellen der anderen Vertragspartei alle bei ihnen vorhandenen Daten, die für die Durchführung dieser Vereinbarung oder den Rechtsvorschriften, auf die sie sich bezieht, erforderlich sind.

(2) Personenbezogene Daten, die nach Absatz 1 übermittelt werden, werden in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften der anderen Vertragspartei und den folgenden Bestimmungen geschützt:

1. Die übermittelnde und die empfangende Stelle haben die Daten vertraulich zu behandeln und in Übereinstimmung mit dem jeweiligen Recht der Vertragsparteien wirksam gegen unbefugten Zugang, unbefugte Veränderung und unbefugte Bekanntgabe zu schützen.
2. Die Daten dürfen für die Durchführung dieser Vereinbarung und der Rechtsvorschriften, auf die sie sich bezieht, an die danach im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei zuständigen Stellen übermittelt werden. Die empfangende Stelle darf sie nur für diese Zwecke verwenden. Eine Weiterübermittlung innerhalb der empfangenden Vertragspartei an andere Stellen oder die Nutzung durch diese Vertragspartei für andere Zwecke ist im Rahmen des Rechts der Vertragspartei, die die Daten empfangen hat, zulässig, wenn sie Zwecken der sozialen Sicherung einschließlich damit zusammenhängender gerichtlicher Verfahren dient. Dies verhindert jedoch nicht die Weiterübermittlung dieser Daten in Fällen, in denen hierzu nach den Gesetzen oder sonstigen Vorschriften der empfangenden Vertragspartei zur Verhütung und Verfolgung von Straftaten von erheblicher Bedeutung, zur Abwehr erheblicher Gefahren für die öffentliche Sicherheit oder zu steuerlichen Zwecken eine Verpflichtung besteht.
3. Die empfangende Stelle unterrichtet die übermittelnde Stelle auf Ersuchen über die Verwendung der übermittelten Daten und über die dadurch erzielten Ergebnisse.
4. Dem Betroffenen ist auf Antrag über die zu seiner Person übermittelten Daten sowie über den vorgesehenen Verwendungszweck Auskunft zu erteilen. Im Übrigen richtet sich das Recht des Betroffenen, über die zu seiner Person vorhandenen Daten Auskunft zu erhalten, nach dem innerstaatlichen Recht der Vertragspartei, von deren Stelle die Auskunft begehrt wird.
5. Die übermittelnde Stelle ist verpflichtet, auf die Richtigkeit der zu übermittelnden Daten sowie auf die Erforderlichkeit und Verhältnismäßigkeit in Bezug auf den mit der Übermittlung verfolgten Zweck zu achten. Dabei sind die nach dem jewei-

Article 19**Assistance administrative**

(1) Conformément à la législation qu'elles appliquent, les autorités, les institutions et les associations d'institutions des Parties contractantes se fournissent mutuellement assistance aux fins de l'application de la présente Entente et de la législation des Parties contractantes. Cette assistance est fournie gratuitement sauf si elle implique des montants déboursés en espèces.

(2) Les autorités compétentes des Parties contractantes se transmettent tout renseignement sur les modifications apportées à leur législation respective pour autant que de telles modifications affectent l'application de la présente Entente.

Article 20**Protection des renseignements**

(1) Les organismes d'une Partie contractante spécifiés au paragraphe 1 de l'article 19, conformément à:

1. la législation de cette Partie contractante, et
2. à la présente Entente et tout arrangement conclu conformément à l'article 18 aux fins de la mise en application de la présente Entente,

transmettent aux organismes compétents de l'autre Partie contractante tous les renseignements en leur possession nécessaires aux fins de l'application de la présente Entente ou de la législation à laquelle la présente Entente s'applique.

(2) Tout renseignement à caractère personnel transmis aux termes du paragraphe 1 est protégé conformément à la législation de l'autre Partie contractante et aux dispositions suivantes:

1. L'organisme transmetteur ainsi que l'organisme destinataire d'un renseignement traitent ledit renseignement de façon confidentielle et le protègent effectivement contre l'accès non autorisé, les altérations non autorisées et la divulgation non autorisée conformément au droit respectif des Parties contractantes.
2. Les renseignements peuvent être transmis aux organismes compétents situés sur le territoire de l'autre Partie contractante, aux fins de l'application de la présente Entente et de la législation qui s'y rapporte. L'organisme destinataire ne peut les utiliser qu'à ces seules fins. Il est permis de divulguer ces renseignements à d'autres organismes au sein de la Partie contractante destinataire ou de les utiliser à d'autres fins, dans le cadre légal de la Partie contractante qui a reçu lesdits renseignements, si cela sert à des fins de protection sociale, y compris des procédures judiciaires en lien avec celle-ci. Cela n'empêche cependant pas de divulguer ces renseignements dans des cas pour lesquels il existe une obligation de le faire en vertu des lois ou autres dispositions de la Partie contractante destinataire afin de prévenir et de poursuivre les infractions d'une particulière gravité, afin de protéger la sécurité publique de dangers substantiels ou à des fins fiscales.
3. L'organisme destinataire informe l'organisme qui a transmis le renseignement, à la demande de ce dernier, de l'usage des renseignements transmis et des résultats ainsi poursuivis.
4. La personne concernée doit être informée, si elle en fait la demande, des renseignements transmis sur sa personne ainsi que de l'utilisation prévue de ceux-ci. Le droit de la personne concernée d'accéder aux renseignements existant sur sa personne se conforme par ailleurs au droit interne de la Partie contractante d'où est issu l'organisme faisant l'objet de cette demande.
5. L'organisme transmetteur a l'obligation de veiller à l'exactitude des renseignements devant être transmis ainsi qu'à la nécessité et à la proportionnalité de leur transmission par rapport à l'objectif poursuivi. Dans ce processus, les inter-

ligen innerstaatlichen Recht geltenden Übermittlungsverbote zu beachten. Die Übermittlung der Daten unterbleibt, wenn die übermittelnde Stelle Grund zu der Annahme hat, dass dadurch gegen den Zweck eines innerstaatlichen Gesetzes verstoßen würde oder schutzwürdige Interessen des Betroffenen beeinträchtigt würden. Erweist sich, dass unrichtige Daten oder Daten, die nach dem Recht der übermittelnden Vertragspartei nicht übermittelt werden durften, übermittelt worden sind, so ist dies der empfangenden Stelle unverzüglich mitzuteilen. Diese Stelle ist verpflichtet, die Berichtigung oder Löschung unverzüglich vorzunehmen.

6. Übermittelte personenbezogene Daten werden von der empfangenden Stelle gelöscht, sobald sie zu dem Zweck, zu dem sie übermittelt worden sind, nicht mehr erforderlich sind und kein Grund zu der Annahme besteht, dass durch die Löschung schutzwürdige Interessen des Betroffenen im Bereich der sozialen Sicherung beeinträchtigt werden.
 7. Die übermittelnde und die empfangende Stelle sind verpflichtet, die Übermittlung und den Empfang von personenbezogenen Daten zu dokumentieren.
- (3) Die Absätze 1 und 2 gelten für Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse entsprechend.

Artikel 21

Währung und Umrechnungskurs

Geldleistungen werden von einem Träger der einen Vertragspartei an eine Person, die sich im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei gewöhnlich aufhält, in der Währung der einen oder der anderen Vertragspartei wirksam erbracht. Werden sie in der Währung der anderen Vertragspartei erbracht, so ist der am Tag der Übermittlung durch die Bank gültige Umrechnungskurs maßgebend.

Artikel 22

Gebühren und Befreiung von der Legalisation

- (1) Ist nach den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei die Ausstellung von Bescheinigungen oder Urkunden, die nach diesen Rechtsvorschriften vorzulegen sind, völlig oder teilweise von Verwaltungskosten befreit, so gilt diese Befreiung auch für Bescheinigungen oder Urkunden, die nach den Rechtsvorschriften der anderen Vertragspartei vorzulegen sind.
- (2) Urkunden oder Schriftstücke, die bei Anwendung der Rechtsvorschriften der beiden Vertragsparteien vorzulegen sind, bedürfen keiner Legalisation durch die diplomatischen oder konsularischen Behörden oder anderen ähnlichen Förmlichkeit.

Artikel 23

Einreichung von Schriftstücken

- (1) Ist der Antrag auf eine Leistung nach den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei bei einer Stelle im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei gestellt worden, die für die Annahme des Antrags auf eine entsprechende Leistung nach den für sie geltenden Rechtsvorschriften zugelassen ist, so gilt der Antrag als bei dem zuständigen Träger der ersten Vertragspartei am gleichen Tag gestellt. Dies gilt für sonstige Anträge sowie für Erklärungen und Rechtsbehelfe entsprechend.
- (2) Die Anträge, Erklärungen und Rechtsbehelfe sind von der Stelle der einen Vertragspartei, bei der sie eingereicht worden sind, unverzüglich an die zuständige Stelle der anderen Vertragspartei weiterzuleiten.
- (3) Für die Anwendung des Teils II, Kapitel 2 gilt ein Antrag auf eine Leistung nach den Rechtsvorschriften der einen Vertragspartei auch als Antrag auf eine entsprechende Leistung nach den Rechtsvorschriften der anderen Vertragspartei, vorausgesetzt,

dictionen de transmission applicables dans les législations internes doivent être respectées. La transmission de renseignements n'est pas effectuée si l'organisme transmetteur a des raisons de supposer qu'elle irait ainsi à l'encontre de l'objectif d'une loi interne ou qu'elle porterait atteinte aux intérêts légitimes de la personne concernée. S'il s'avère qu'ont été transmis des renseignements inexacts ou des renseignements dont la transmission est interdite aux termes de la législation de la Partie contractante qui les a transmis, l'organisme destinataire doit en être immédiatement avisé. Cet organisme a alors l'obligation de procéder immédiatement à la correction ou à la suppression desdits renseignements.

6. L'organisme d'une Partie contractante auquel le renseignement à caractère personnel est transmis supprime ledit renseignement, dès qu'il n'est plus nécessaire aux fins pour lesquelles il a été transmis et s'il n'y a pas de raison de supposer que la suppression porterait atteinte aux intérêts légitimes de la personne concernée dans le domaine de la protection sociale.
 7. L'organisme transmetteur et l'organisme destinataire ont l'obligation de garder une trace de la transmission et de la réception des renseignements à caractère personnel.
- (3) Les paragraphes 1 et 2 s'appliquent par analogie aux secrets industriels et d'affaires.

Article 21

Devise et taux de change

Toute prestation en espèces est payable valablement par l'institution d'une Partie contractante à toute personne résidant sur le territoire de l'autre Partie contractante dans la monnaie de l'une ou de l'autre Partie contractante. Si le versement est effectué dans la monnaie de l'autre Partie contractante, le taux de change utilisé est celui en vigueur le jour où le transfert bancaire est effectué.

Article 22

Frais ou exemption de légalisation

- (1) Toute exemption ou réduction de frais administratifs prévue par la législation d'une Partie contractante relativement à la délivrance d'un certificat ou document à produire en application de cette législation est étendue aux certificats et documents à produire en application de la législation de l'autre Partie contractante.
- (2) Tout acte ou document à produire en application des législations des deux Parties contractantes est dispensé du visa de légalisation par les autorités diplomatiques ou consulaires ou de toute autre formalité similaire.

Article 23

Présentation des documents

- (1) Si la demande de prestation payable en vertu de la législation d'une Partie contractante a été présentée à un organisme sur le territoire de l'autre Partie contractante qui, en vertu de la législation de cette dernière Partie contractante, est autorisé à recevoir une demande pour une prestation similaire, cette demande est réputée avoir été présentée à la même date à l'institution compétente de la première Partie contractante. La présente disposition s'applique, par analogie, à d'autres demandes, avis ou recours.
- (2) Les demandes, avis ou recours reçus par un organisme d'une Partie contractante sont transmis par cet organisme sans tarder à l'organisme compétent de l'autre Partie contractante.
- (3) Pour l'application du chapitre 2 du titre II, une demande de prestation payable en vertu de la législation d'une Partie contractante est réputée être également une demande de prestation similaire payable en vertu de la législation de l'autre Partie contrac-

dass der Antragsteller zum Zeitpunkt der Antragstellung

1. beantragt, dass der Antrag als ein Antrag nach den Rechtsvorschriften der anderen Vertragspartei behandelt wird, oder
2. Informationen bereitstellt, aus denen ersichtlich ist, dass Versicherungszeiten nach den Rechtsvorschriften der anderen Vertragspartei zurückgelegt wurden.

Dies gilt nicht, wenn der Antragsteller ausdrücklich beantragt, dass die Feststellung der nach den Rechtsvorschriften der anderen Vertragspartei erworbenen Ansprüche auf Leistungen in den Fällen aufgeschoben wird, in denen er nach den Rechtsvorschriften dieser Vertragspartei den Zeitpunkt bestimmen kann, der für die Erfüllung der Leistungsvoraussetzungen maßgeblich sein soll.

Artikel 24

Ärztliche Untersuchungen

(1) Die nach den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei vorgesehenen ärztlichen Untersuchungen werden, so weit wie möglich, auf Antrag des zuständigen Trägers im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei vom Träger des Ortes des vorübergehenden oder gewöhnlichen Aufenthalts des Antragstellers durchgeführt. Der Träger, der die ärztlichen Untersuchungen verlangt, erstattet dem Träger, der sie durchführt, die Kosten dieser Untersuchungen wie auch die hiermit verbundenen angemessenen Kosten der Unterbringung und Verpflegung sowie die angemessenen Fahrtkosten. Der ersuchende Träger erstattet der untersuchten Person die sonstigen Kosten nach den von ihm anzuwendenden Rechtsvorschriften.

(2) Die Anerkennung der nach Absatz 1 durchgeführten ärztlichen Untersuchungen darf nicht versagt werden, nur weil sie im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei durchgeführt worden sind.

(3) Der Träger einer Vertragspartei übermittelt, soweit nach seinen Rechtsvorschriften einschließlich der Gesetze und Vorschriften über den Schutz persönlicher Daten zulässig, dem Träger der anderen Vertragspartei auf Ersuchen kostenlos die in seinem Besitz befindlichen ärztlichen Angaben und Unterlagen, die sich auf die Erwerbsminderung des Antragstellers oder des Berechtigten beziehen.

Artikel 25

Amtssprachen und Bekanntgaben

Die in Artikel 19 Absatz 1 genannten Stellen können bei Durchführung der Rechtsvorschriften der Vertragsparteien und dieser Vereinbarung in der Amtssprache jeder Vertragspartei unmittelbar miteinander und mit den beteiligten Personen und deren Vertretern verkehren. Entscheidungen eines Gerichts oder eines Trägers einer Vertragspartei können einer Person, die sich im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei gewöhnlich oder vorübergehend aufhält, unmittelbar bekannt gegeben werden. Satz 2 gilt auch für Entscheidungen der Gerichte und Bescheide, die bei der Durchführung des deutschen Gesetzes über die Versorgung der Opfer des Krieges und derjenigen Gesetze, die dieses für entsprechend anwendbar erklären, erlassen werden.

Artikel 26

Beilegung von Streitigkeiten

(1) Streitigkeiten zwischen den beiden Vertragsparteien über die Auslegung oder Anwendung dieser Vereinbarung sollen, soweit möglich, durch die zuständigen Behörden beigelegt werden.

(2) Kann eine Streitigkeit auf diese Weise nicht beigelegt werden, so wird sie auf Verlangen einer Vertragspartei einem Schiedsgericht unterbreitet.

tante pourvu que le requérant, à la date à laquelle il fait sa demande:

1. requiert qu'elle soit considérée comme une demande effectuée en vertu de la législation de l'autre Partie contractante; ou
2. fournisse des informations dont il ressort que des périodes d'assurance ont été accomplies en vertu de la législation de l'autre Partie contractante.

Toutefois, ce qui précède ne s'applique pas si le requérant demande explicitement que la détermination des droits acquis aux termes de la législation de l'autre Partie contractante soit différée pour les cas où, aux termes de la législation de cette Partie contractante, il peut choisir la date à utiliser aux fins de déterminer quand les exigences d'ouverture du droit à ladite prestation auront été remplies.

Article 24

Expertises médicales

(1) Les expertises médicales prévues par la législation d'une Partie contractante sont, dans la mesure du possible, effectuées, à la demande de l'institution compétente, sur le territoire de l'autre Partie contractante, par l'institution du lieu de séjour ou de résidence de la personne requérante. L'institution qui demande les expertises médicales rembourse à l'institution qui les effectue les frais de ces expertises de même que les frais raisonnables d'hébergement, de repas et de transport y afférents. L'institution requérante rembourse à la personne soumise à une expertise les autres frais, conformément à la législation qu'elle applique.

(2) Les expertises médicales effectuées aux termes du paragraphe 1 ne peuvent être refusées au seul fait qu'elles ont été produites sur le territoire de l'autre Partie contractante.

(3) L'institution d'une Partie contractante fournit gratuitement à l'institution de l'autre Partie contractante, sur demande et dans la mesure permise par sa législation, comprenant les lois et règlements relatifs à la protection des renseignements personnels, toute donnée et tout document médicaux en sa possession se rapportant à la diminution de la capacité de gain du demandeur ou du bénéficiaire.

Article 25

Langues officielles et communications

Aux fins de l'application de la législation des Parties contractantes et de la présente Entente, les organismes visés au paragraphe 1 de l'article 19 peuvent communiquer directement entre eux ainsi qu'avec les personnes concernées ou leurs représentants dans la langue officielle de chaque Partie contractante. Une décision d'un tribunal ou d'une institution d'une Partie contractante peut être communiquée directement à une personne résidant ou séjournant sur le territoire de l'autre Partie contractante. La deuxième phrase s'applique aussi aux décisions des cours et aux notifications émises dans le cadre de la mise en œuvre de la Loi allemande régissant l'aide aux victimes de guerre (Gesetz über die Versorgung der Opfer des Krieges) et des lois déclarant que la Loi susmentionnée doit être appliquée par analogie.

Article 26

Règlement des différends

(1) Les différends entre les deux Parties contractantes au sujet de l'interprétation ou de l'application de la présente Entente doivent, autant que possible, être réglés par les autorités compétentes.

(2) Si un différend ne peut être réglé de cette façon, il est soumis, à la demande d'une Partie contractante, à un tribunal d'arbitrage.

(3) Das Schiedsgericht wird von Fall zu Fall gebildet, indem jede Vertragspartei ein Mitglied bestellt und beide Mitglieder sich auf den Angehörigen eines dritten Staates als Obmann einigen, der von den Regierungen beider Vertragsparteien bestellt wird. Die Mitglieder werden innerhalb von zwei Monaten, der Obmann innerhalb von drei Monaten bestellt, nachdem die eine Vertragspartei der anderen mitgeteilt hat, dass sie die Streitigkeit einem Schiedsgericht unterbreiten will.

(4) Werden die in Absatz 3 genannten Fristen nicht eingehalten, so kann in Ermangelung einer anderen Vereinbarung jede Vertragspartei den Präsidenten des Internationalen Gerichtshofs bitten, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen. Ist der Präsident Staatsangehöriger einer Vertragspartei oder ist er aus einem anderen Grund verhindert, so soll der Vizepräsident die Ernennungen vornehmen. Ist auch der Vizepräsident Staatsangehöriger einer Vertragspartei oder ist auch er verhindert, so soll das im Rang nächstfolgende Mitglied des Gerichtshofs, das nicht Staatsangehöriger einer Vertragspartei ist, die Ernennungen vornehmen.

(5) Das Schiedsgericht entscheidet mit Stimmenmehrheit aufgrund der zwischen den Parteien bestehenden Verträge und des allgemeinen Völkerrechts. Seine Entscheidungen sind bindend.

(6) Jede Vertragspartei trägt die Kosten ihres Mitglieds sowie ihrer Vertretung in dem Verfahren vor dem Schiedsgericht; die Kosten des Obmanns sowie die sonstigen Kosten werden von den Vertragsparteien zu gleichen Teilen getragen. Das Schiedsgericht kann eine andere Kostenregelung treffen. Im Übrigen regelt das Schiedsgericht sein Verfahren selbst.

Teil IV

Übergangs- und Schlussbestimmungen

Artikel 27

Leistungsansprüche aufgrund der Vereinbarung

(1) Diese Vereinbarung begründet keinen Anspruch auf Leistungen für die Zeit vor ihrem Inkrafttreten. Die aufgrund der Vereinbarung vom 14. Mai 1987 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung von Quebec über Soziale Sicherheit erworbenen Ansprüche bleiben unberührt.

(2) Bei Anwendung dieser Vereinbarung werden auch die vor ihrem Inkrafttreten nach den Rechtsvorschriften der Vertragsparteien gegebenen erheblichen Tatsachen berücksichtigt.

(3) Die Bestimmungen dieser Vereinbarung sind ohne Rücksicht auf die Rechtskraft von Entscheidungen anzuwenden, die vor dem Inkrafttreten der Vereinbarung getroffen worden sind.

(4) Eine vor dem Tag des Inkrafttretens dieser Vereinbarung erbrachte Leistung wird auf Antrag der betreffenden Person neu festgestellt. Sie kann auch von Amts wegen neu festgestellt werden. Ergäbe die Neufeststellung keine oder eine niedrigere Geldleistung, als sie zuletzt für die Zeit vor dem Inkrafttreten der Vereinbarung gezahlt worden ist, so ist die Leistung ungeachtet des Absatzes 3 in der Höhe des bisherigen Zahlungsbetrags weiterzuzahlen.

Artikel 28

Schlussprotokoll

Das Schlussprotokoll ist Bestandteil dieser Vereinbarung.

Artikel 29

Inkrafttreten und Außerkrafttreten

(1) Diese Vereinbarung tritt am ersten Tag des zweiten Monats nach Ablauf des Monats in Kraft, in dem die beiden Vertragspar-

(3) Le tribunal d'arbitrage est constitué ad hoc; chaque Partie contractante nomme un membre et les deux membres se mettent d'accord pour choisir comme président le ressortissant d'un État tiers qui est nommé par les gouvernements des deux Parties contractantes. Les membres sont nommés dans un délai de deux mois, le président dans un délai de trois mois après que l'une des Parties contractantes a fait savoir à l'autre qu'elle désire soumettre le différend au tribunal d'arbitrage.

(4) Si les délais prévus au paragraphe 3 ne sont pas respectés et à défaut d'un autre arrangement, chaque Partie contractante peut prier le Président de la Cour internationale de Justice de procéder aux nominations nécessaires. Si le Président est ressortissant de l'une des Parties contractantes ou s'il est empêché pour une autre raison, il appartient au vice-président de procéder aux nominations. Si le vice-président est, lui aussi, ressortissant de l'une des Parties contractantes, ou s'il est également empêché, c'est au membre de la Cour suivant immédiatement dans la hiérarchie et qui n'est pas ressortissant de l'une des Parties contractantes qu'il appartient de procéder aux nominations.

(5) Le tribunal d'arbitrage prend ses décisions sur la base des traités existant entre les États et du droit international général, à la majorité des voix. Ses décisions sont obligatoires.

(6) Chaque Partie contractante prend à sa charge les frais occasionnés par son propre membre, ainsi que les frais de sa représentation dans la procédure devant le tribunal d'arbitrage; les frais du président ainsi que les autres frais sont assumés, à parts égales, par les deux Parties contractantes. Le tribunal d'arbitrage peut fixer d'autres modalités de prise en charge des dépenses. Pour le reste, le tribunal d'arbitrage règle lui-même sa procédure.

Titre IV

Dispositions transitoires et finales

Article 27

Droits aux prestations en application de l'Entente

(1) La présente Entente n'ouvre aucun droit au paiement d'une prestation pour une période antérieure à la date de son entrée en vigueur. Les droits acquis en application de l'Entente en matière de sécurité sociale du 14 mai 1987 entre le Gouvernement du Québec et le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne ne sont pas affectés.

(2) Pour la mise en application de la présente Entente, il est tenu compte des faits pertinents survenus aux termes de la législation des Parties contractantes avant l'entrée en vigueur de la présente Entente.

(3) La validité légale des décisions prises avant l'entrée en vigueur de la présente Entente ne s'oppose pas à l'application des dispositions de la présente Entente.

(4) Une prestation accordée avant la date de l'entrée en vigueur de la présente Entente est révisée, à la demande de la personne intéressée. Elle peut également être révisée d'office. Nonobstant les dispositions du paragraphe 3, si cette révision ne conduit à aucune prestation ou conduit à une prestation moindre que celle versée en dernier lieu pour toute période précédant l'entrée en vigueur de la présente Entente, la prestation est maintenue au montant de la prestation antérieurement versée.

Article 28

Protocole final

Le Protocole final fait partie de la présente Entente.

Article 29

Entrée en vigueur et abrogation

(1) La présente Entente entre en vigueur le 1^{er} jour du deuxième mois suivant le mois au cours duquel les deux Parties

teilen einander mitgeteilt haben, dass die internen Verfahren für das Inkrafttreten abgeschlossen sind. Maßgebend ist der Tag des Eingangs der letzten Mitteilung.

(2) Mit dem Inkrafttreten dieser Vereinbarung treten außer Kraft:

- die Vereinbarung vom 14. Mai 1987 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung von Québec über Soziale Sicherheit und
- die Vereinbarung vom 14. Mai 1987 zur Durchführung der Vereinbarung vom 14. Mai 1987 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung von Québec über Soziale Sicherheit.

Artikel 30 **Geltungsdauer**

(1) Diese Vereinbarung wird auf unbestimmte Zeit geschlossen. Sie kann von einer Vertragspartei durch Notifikation an die andere Vertragspartei gekündigt werden. Die Vereinbarung tritt am 31. Dezember des auf die Notifikation folgenden Jahres außer Kraft.

(2) Tritt diese Vereinbarung infolge Kündigung außer Kraft, so gelten ihre Bestimmungen für die bis dahin erworbenen Leistungsansprüche weiter; zur Regelung der aufgrund der Vereinbarung erworbenen Anwartschaften werden Verhandlungen geführt.

Geschehen zu Quebec am 20. April 2010 in zwei Urschriften, jede in deutscher und französischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

contractantes se sont mutuellement informées que les procédures internes nécessaires à l'entrée en vigueur de la présente Entente ont été accomplies. Le jour de la réception de la dernière notification fait foi.

(2) À compter de l'entrée en vigueur de la présente Entente, sont abrogés:

- L'Entente en matière de sécurité sociale du 14 mai 1987 entre le Gouvernement du Québec et le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne;
- L'Arrangement d'application du 14 mai 1987 de l'Entente en matière de sécurité sociale du 14 mai 1987 entre le Gouvernement du Québec et le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne.

Article 30 **Durée**

(1) La présente Entente est conclue pour une durée indéfinie. Elle peut être dénoncée par une des Parties contractantes par notification à l'autre Partie contractante. La présente Entente prend fin le 31 décembre de l'année qui suit la date de la notification.

(2) En cas de dénonciation de la présente Entente, ses dispositions, en ce qui a trait aux droits acquis jusqu'à la date de cessation de la présente Entente, sont maintenues; des négociations sont entreprises afin de statuer sur les droits en cours d'acquisition en vertu de la présente Entente.

Fait à Québec le 20 avril 2010 en deux exemplaires, en langues française et allemande, chaque texte faisant également foi.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
Pour le gouvernement de la République fédérale d'Allemagne

Georg Witschel

Für die Regierung von Quebec
Pour le gouvernement du Québec

Pierre Arcand

**Schlussprotokoll
zur Vereinbarung vom 20. April 2010
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung von Quebec
über Soziale Sicherheit**

**Protocole final
à l'Entente du 20 avril 2010
en matière de sécurité sociale
entre le gouvernement de la République fédérale d'Allemagne
et le gouvernement du Québec**

Bei der Unterzeichnung der Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung von Quebec über Soziale Sicherheit haben die Bevollmächtigten der beiden Vertragsparteien Folgendes vereinbart:

1. Zu Artikel 2 der Vereinbarung:

- a) Für die in der Bundesrepublik Deutschland bestehende hüttenknappschaftliche Zusatzversicherung und Alterssicherung der Landwirte gilt Teil II, Kapitel 2 der Vereinbarung nicht.
- b) Sind nach den Rechtsvorschriften der Bundesrepublik Deutschland außer den Voraussetzungen für die Anwendung der Vereinbarung auch die Voraussetzungen für die Anwendung einer anderen Übereinkunft oder einer überstaatlichen Regelung erfüllt, so lässt der deutsche Träger bei Anwendung der Vereinbarung die andere Übereinkunft oder die überstaatliche Regelung unberücksichtigt.
- c) Ungeachtet des Artikels 2 Absatz 2 der Vereinbarung und des vorstehenden Buchstabens b berücksichtigen die deutschen Träger bei der Anwendung der Vereinbarung Versicherungszeiten, die in der kanadischen Rentenversicherung zurückgelegt worden sind, in gleicher Weise wie Versicherungszeiten, die in der Rentenversicherung von Quebec zurückgelegt worden sind.
- d) Artikel 2 Absatz 2 der Vereinbarung und der vorstehende Buchstabe b finden keine Anwendung, soweit die Rechtsvorschriften über soziale Sicherheit, die sich für die Bundesrepublik Deutschland aus zwischenstaatlichen Verträgen oder überstaatlichem Recht ergeben oder zu deren Ausführung dienen, Versicherungslastregelungen enthalten.
- e) Die Vereinbarung gilt für Gesetze und Verordnungen von Quebec, die die bestehenden Rechtsvorschriften auf neue Gruppen von Leistungsempfängern oder auf andere Leistungen ausdehnen, nur, wenn Quebec dem nicht binnen drei Monaten nach der amtlichen Veröffentlichung dieser Gesetze und Verordnungen gegenüber der Bundesrepublik Deutschland widerspricht.

2. Zu Artikel 3 der Vereinbarung:

Bei Anwendung der deutschen Rechtsvorschriften sind auch Staatsangehörige eines Staates, in dem die Verordnung (EWG) Nr. 1408/71 oder die Verordnung (EG) Nr. 883/2004 anzuwenden ist, unter Artikel 3 Nummer 1 der Vereinbarung einbezogen.

3. Zu den Artikeln 4 und 5 der Vereinbarung und zu Nummer 4 Buchstabe c des Schlussprotokolls:

Lors de la signature de l'Entente en matière de sécurité sociale entre le gouvernement du Québec et le gouvernement de la République fédérale d'Allemagne, les plénipotentiaires des deux Parties contractantes sont convenus des dispositions suivantes:

1. Relativement à l'article 2 de l'Entente:

- a) Le chapitre 2 du titre II de l'Entente ne s'applique pas à l'Assurance pension supplémentaire des travailleurs de la sidérurgie ni à la Sécurité de vieillesse des agriculteurs de la République fédérale d'Allemagne.
- b) Si, en vertu de la législation de la République fédérale d'Allemagne, outre les conditions d'application de l'Entente, sont également satisfaites les conditions d'application de toute autre convention ou d'une réglementation supranationale, l'institution allemande ne tient pas compte de cette autre convention ou de cette réglementation supranationale aux fins de l'application de l'Entente.
- c) Nonobstant le paragraphe 2 de l'article 2 de l'Entente et l'alinéa b) ci-dessus, pour les fins de l'application de l'Entente, les institutions allemandes considèrent les périodes d'assurance accomplies en vertu du Régime de pensions du Canada comme équivalentes à des périodes d'assurance accomplies en vertu du Régime de rentes du Québec.
- d) Le paragraphe 2 de l'article 2 de l'Entente et l'alinéa b) ci-dessus ne s'appliquent pas si la législation de sécurité sociale, découlant pour la République fédérale d'Allemagne d'accords internationaux ou du droit supranational ou servant à leur mise en application, contient des dispositions concernant la répartition de la charge d'assurance.
- e) L'Entente ne s'applique aux actes législatifs et réglementaires du Québec qui étendent la législation existante à des nouvelles catégories de bénéficiaires ou à de nouvelles prestations que s'il n'y a pas, à cet égard, opposition du Québec, notifiée à la République fédérale d'Allemagne dans un délai de trois mois à compter de la publication officielle de ces actes.

2. Relativement à l'article 3 de l'Entente:

Aux fins de l'application de la législation allemande, les ressortissants d'un État dans le ressort duquel le règlement (CEE) n° 1408/71 ou le règlement (CE) n° 883/2004 est applicable doivent être compris dans le champ d'application du numéro 1 de l'article 3 de l'Entente.

3. Relativement à l'article 4 et à l'article 5 de l'Entente, ainsi qu'à l'alinéa c) du paragraphe 4 du Protocole final:

Bei Anwendung der Rechtsvorschriften der Bundesrepublik Deutschland stehen die in Artikel 3 Nummer 1 bis 4 der Vereinbarung genannten Personen, die sich in Kanada außerhalb von Quebec gewöhnlich aufhalten, den Staatsangehörigen von Quebec gleich.

4. Zu Artikel 4 der Vereinbarung:

- a) Versicherungslastregelungen in zwischenstaatlichen Verträgen bleiben unberührt.
- b) Die Rechtsvorschriften der Bundesrepublik Deutschland, die die Mitwirkung der Versicherten und der Arbeitgeber in den Organen der Selbstverwaltung der Träger und ihrer Verbände sowie in der Rechtsprechung der sozialen Sicherheit gewährleisten, bleiben unberührt.
- c) Mit Ausnahme der deutschen Staatsangehörigen sind die in Artikel 3 Nummer 1 bis 3 der Vereinbarung genannten Personen, die sich gewöhnlich im Hoheitsgebiet von Quebec aufhalten, zur freiwilligen Versicherung in der deutschen Rentenversicherung nur berechtigt, wenn sie zu dieser für mindestens sechzig Kalendermonate Beiträge wirksam entrichtet haben oder aufgrund übergangsrechtlicher Rechtsvorschriften, die vor dem 19. Oktober 1972 in Kraft waren, zur freiwilligen Versicherung berechtigt waren. Sie sind mit Ausnahme der unter Artikel 3 Nummer 3 der Vereinbarung genannten Personen auch dann zur freiwilligen Versicherung in der deutschen Rentenversicherung berechtigt, wenn sie spätestens am Tag vor dem Inkrafttreten der Vereinbarung einen freiwilligen Beitrag zur deutschen Rentenversicherung entrichtet haben.
- d) Sich gewöhnlich in Quebec aufhaltende Personen, die die Staatsangehörigkeit eines Staates haben, in dem die Verordnung (EWG) Nr. 1408/71 oder die Verordnung (EG) Nr. 883/2004 anzuwenden ist, sind zur freiwilligen Versicherung in der deutschen Rentenversicherung nur nach Maßgabe dieser Verordnungen berechtigt.

5. Zu Artikel 5 der Vereinbarung:

- a) Die Rechtsvorschriften der Bundesrepublik Deutschland über Geldleistungen aus Versicherungszeiten, die nicht nach Bundesrecht zurückgelegt sind, werden nicht berührt.
- b) Die Rechtsvorschriften der Bundesrepublik Deutschland über Leistungen zur Teilhabe durch die Träger der Rentenversicherung und der Alterssicherung der Landwirte bleiben unberührt.
- c) Für Personen mit gewöhnlichem Aufenthalt in Quebec gilt Artikel 5 der Vereinbarung in Bezug auf eine Rente nach den Rechtsvorschriften der Bundesrepublik Deutschland wegen verminderter Erwerbsfähigkeit nicht, wenn die Erwerbsminderung nicht ausschließlich auf dem Gesundheitszustand beruht.

6. Zu den Artikeln 6 bis 10 der Vereinbarung:

- a) Gelten für eine Person nach den Bestimmungen der Vereinbarung die Rechtsvorschriften der Bundesrepublik Deutschland, so finden in gleicher Weise auf sie und ihren Arbeitgeber hinsichtlich dieser Erwerbstätigkeit auch die Vorschriften der Bundesrepublik Deutschland über die Versicherungspflicht nach dem Recht der Arbeitsförderung Anwendung.
- b) Arbeitgeber von vorübergehend im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei beschäftigten Arbeitnehmern sind verpflichtet, auf dem Gebiet des Arbeitsschutzes und der Unfallverhütung mit den dafür zuständigen

Aux fins de l'application de la législation de la République fédérale d'Allemagne, les personnes visées aux numéros 1 à 4 de l'article 3 de l'Entente, qui résident hors du Québec au Canada sont assimilées aux ressortissants du Québec.

4. Relativement à l'article 4 de l'Entente:

- a) Les dispositions concernant la répartition de la charge d'assurance comprises dans les accords internationaux ne sont pas touchées.
- b) La législation de la République fédérale d'Allemagne qui garantit la participation des assurés et des employeurs dans les organismes d'autogestion des institutions et de leurs associations de même que dans les décisions judiciaires en matière de sécurité sociale n'est pas touchée.
- c) À l'exception des ressortissants allemands, les personnes visées aux numéros 1 à 3 de l'article 3 de l'Entente qui résident sur le territoire du Québec ne sont admissibles à l'assurance volontaire en vertu de l'assurance pension allemande que si elles ont versé des cotisations valables à ce dernier régime pour au moins soixante mois civils, ou si elles étaient admissibles à l'assurance volontaire en vertu de la législation transitoire qui était en vigueur avant le 19 octobre 1972. Ces personnes, à l'exception de celles visées au numéro 3 de l'article 3 de l'Entente, sont également admissibles à l'assurance volontaire aux termes de l'assurance pension allemande si elles ont versé une cotisation volontaire à l'assurance pension allemande au plus tard le jour précédant l'entrée en vigueur de l'Entente.
- d) Les personnes résidant au Québec et ressortissantes d'un État dans le ressort duquel le règlement (CEE) n° 1408/71 ou le règlement (CE) n° 883/2004 est applicable sont admissibles à l'assurance volontaire aux termes de l'assurance pension allemande uniquement dans la mesure de l'application de ces règlements.

5. Relativement à l'article 5 de l'Entente:

- a) La législation de la République fédérale d'Allemagne relative aux prestations en espèces fondées sur des périodes d'assurance accomplies en vertu des lois autres que la loi fédérale n'est pas touchée.
- b) La législation de la République fédérale d'Allemagne relative aux prestations de participation (Leistungen zur Teilhabe) servies par les institutions de l'Assurance pension et de la Sécurité de vieillesse des agriculteurs n'est pas touchée.
- c) L'article 5 de l'Entente ne s'applique pas à une personne qui réside au Québec en ce qui a trait à une pension en vertu de la législation de la République fédérale d'Allemagne régissant la réduction de la capacité de travail rémunéré si la diminution de la capacité de gain rémunéré n'est pas causée uniquement par l'état de santé de cette personne.

6. Relativement aux articles 6 à 10 de l'Entente:

- a) Si la législation de la République fédérale d'Allemagne s'applique à une personne en vertu des dispositions de l'Entente, les dispositions de la République fédérale d'Allemagne relatives à l'assujettissement obligatoire découlant de la législation sur la promotion de l'emploi s'appliquent également de la même façon à cette personne et à son employeur en ce qui a trait à cette activité professionnelle.
- b) Les employeurs des travailleurs salariés employés temporairement sur le territoire de l'autre Partie contractante ont l'obligation de coopérer, dans le domaine de la protection contre les maladies et les accidents du travail et

Trägern und Organisationen dieser Vertragspartei zusammenzuarbeiten. Weitergehende innerstaatliche Regelungen bleiben unberührt.

7. Zu den Artikeln 6 bis 8 der Vereinbarung:

Die Artikel 6 bis 8 der Vereinbarung gelten entsprechend für Personen, die nicht Arbeitnehmer sind, auf die sich jedoch die in Artikel 2 Absatz 1 der Vereinbarung bezeichneten Rechtsvorschriften beziehen.

8. Zu den Artikeln 6 bis 8 und 10 der Vereinbarung:

Die Rechtsvorschriften der Bundesrepublik Deutschland zum Versicherungsschutz bei Hilfeleistungen und anderen beschäftigungsunabhängigen Handlungen im Ausland bleiben unberührt.

9. Zu Artikel 7 der Vereinbarung:

- a) Eine Entsendung in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei liegt insbesondere dann nicht vor, wenn
 - die Tätigkeit des entsandten Arbeitnehmers nicht dem Tätigkeitsbereich des Arbeitgebers im Hoheitsgebiet der entsendenden Vertragspartei entspricht;
 - der Arbeitgeber des entsandten Arbeitnehmers im Hoheitsgebiet der entsendenden Vertragspartei gewöhnlich eine nennenswerte geschäftliche Tätigkeit nicht ausübt;
 - die zum Zwecke der Entsendung eingestellte Person zu diesem Zeitpunkt ihren gewöhnlichen Aufenthalt nicht im Hoheitsgebiet der entsendenden Vertragspartei hat;
 - die Arbeitnehmerüberlassung einen Verstoß gegen das Recht einer Vertragspartei oder beider Vertragsparteien darstellt oder
 - der Arbeitnehmer seit dem Ende des letzten Entsendezeitraums weniger als sechs Monate im Hoheitsgebiet der entsendenden Vertragspartei beschäftigt war.
- b) Der in Artikel 7 genannte Zeitraum von sechzig Kalendermonaten beginnt für eine Person, die bei Inkrafttreten der Vereinbarung vom 14. Mai 1987 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung von Quebec über Soziale Sicherheit bereits entsandt war, mit diesem Zeitpunkt.
- c) Ist eine Person zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Vereinbarung bereits entsandt, wird die bereits zuvor zurückgelegte Zeit der Entsendung auf die sechzig Kalendermonate angerechnet.

10. Zu Artikel 7 bis 10 der Vereinbarung:

Für Quebec gelten die Artikel 7 bis 10 der Vereinbarung nicht für Personen, die sich gewöhnlich außerhalb des Hoheitsgebiets von Quebec aufhalten.

11. Zu Artikel 9 der Vereinbarung:

- a) In Bezug auf die Bundesrepublik Deutschland gilt eine Person, die nicht in ihrem Hoheitsgebiet erwerbstätig ist, als an dem Ort erwerbstätig, an dem sie zuletzt vorher erwerbstätig war. War sie vorher nicht im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland erwerbstätig, so gilt sie als an dem Ort erwerbstätig, an dem die deutsche zuständige Behörde ihren Sitz hat.
- b) Für eine in Artikel 9 Absatz 2 der Vereinbarung bezeichnete Person, die bei Inkrafttreten der Vereinbarung vom 14. Mai 1987 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung von Quebec über Soziale Sicherheit bereits beschäftigt war, beginnt die Frist von sechs Monaten mit diesem Zeitpunkt.

celui de la prévention des accidents, avec les institutions et les organisations compétentes de cette Partie contractante. Les réglementations internes plus étendues ne sont pas touchées.

7. Relativement aux articles 6 à 8 de l'Entente:

Les articles 6 à 8 de l'Entente sont applicables, par analogie, aux personnes qui, n'étant pas travailleurs salariés, sont cependant soumises à la législation visée au paragraphe 1 de l'article 2 de l'Entente.

8. Relativement aux articles 6 à 8 et 10 de l'Entente:

La législation de la République fédérale d'Allemagne relative à la couverture d'assurance pour les prestations d'assistance et autres activités indépendantes d'un emploi à l'étranger n'est pas touchée.

9. Relativement à l'article 7 de l'Entente:

- a) Il n'y a pas détachement sur le territoire de l'autre Partie contractante lorsque, notamment,
 - l'activité de la personne salariée détachée ne correspond pas au domaine d'activités de l'employeur sur le territoire de la Partie contractante d'origine;
 - l'employeur de la personne salariée détachée n'exerce pas d'activité professionnelle notable de manière habituelle sur le territoire de la Partie contractante d'origine;
 - la personne recrutée aux fins du détachement ne résidait pas, à cette date, sur le territoire de la Partie contractante d'origine;
 - la mise à disposition de travailleurs intérimaires constitue une infraction à la législation d'une Partie contractante ou des deux ou;
 - la personne salariée a été employée pendant moins de six mois sur le territoire de la Partie contractante d'origine depuis la fin de la précédente période de détachement.
- b) La période de soixante mois civils prévue à l'article 7 débute à compter de la date de l'entrée en vigueur de l'Entente en matière de sécurité sociale du 14 mai 1987 entre le Gouvernement du Québec et le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne pour une personne qui était déjà détachée à cette date.
- c) Pour une personne détachée à la date de l'entrée en vigueur de la présente Entente, la période de détachement accomplie avant cette date est prise en compte pour le calcul de la période de 60 mois civils.

10. Relativement aux articles 7 à 10 de l'Entente:

Pour le Québec, les articles 7 à 10 de l'Entente ne sont pas applicables aux personnes résidant habituellement à l'extérieur du territoire du Québec.

11. Relativement à l'article 9 de l'Entente:

- a) Pour la République fédérale d'Allemagne, toute personne qui ne travaille pas sur son territoire est réputée travailler dans le lieu de son emploi précédent. Si elle ne travaillait précédemment pas sur le territoire de la République fédérale d'Allemagne, elle est réputée travailler dans le lieu où se trouve le siège de l'autorité allemande compétente.
- b) Pour une personne visée au paragraphe 2 de l'article 9 de l'Entente qui était déjà en fonction à la date de l'entrée en vigueur de l'Entente en matière de sécurité sociale du 14 mai 1987 entre le Gouvernement du Québec et le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne, le délai de six mois commence à cette date.

12. Zu Artikel 10 der Vereinbarung:

- a) In Bezug auf die Bundesrepublik Deutschland gilt eine Person, die nicht in ihrem Hoheitsgebiet erwerbstätig ist, als an dem Ort erwerbstätig, an dem sie zuletzt vorher erwerbstätig war. War sie vorher nicht im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland erwerbstätig, so gilt sie als an dem Ort erwerbstätig, an dem die deutsche zuständige Behörde ihren Sitz hat.
- b) Artikel 10 der Vereinbarung gilt insbesondere für einen Arbeitnehmer eines Unternehmens mit Sitz im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei, der vorübergehend von einer Beteiligungsgesellschaft dieses Unternehmens im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei beschäftigt wird und für diesen Zeitraum zu Lasten der Beteiligungsgesellschaft im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei Arbeitsentgelt bezieht.

13. Zu Artikel 15 der Vereinbarung:

- a) Soweit nach den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei für den Erwerb eines Leistungsanspruchs erforderlich ist, dass innerhalb eines bestimmten Zeitraums vor Eintritt des Leistungsfalls Versicherungszeiten zurückgelegt worden sind, berücksichtigt der zuständige Träger nur innerhalb dieses Zeitraums zurückgelegte anrechnungsfähige Versicherungszeiten; er berücksichtigt auch anrechnungsfähige Versicherungszeiten, die allein nach den Rechtsvorschriften der anderen Vertragspartei zurückgelegt worden sind.
- b) Für den Erwerb eines Leistungsanspruchs nach den Rechtsvorschriften von Quebec berücksichtigt der zuständige Träger von Quebec auch Zeiten des Leistungsbezugs wegen verminderter Erwerbsfähigkeit nach den Rechtsvorschriften der Bundesrepublik Deutschland als Versicherungszeit.
- c) Lässt sich eine nach den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei zurückgelegte anrechnungsfähige Versicherungszeit nicht genau einem Kalenderjahr zuordnen, so wird angenommen, dass sie sich nicht mit einer nach den Rechtsvorschriften der anderen Vertragspartei zurückgelegten anrechnungsfähigen Versicherungszeit überschneidet.
- d) Artikel 15 der Vereinbarung gilt entsprechend für Leistungen, deren Erbringung nach den Rechtsvorschriften der Bundesrepublik Deutschland im Ermessen eines Trägers liegt.
- e) Den für einen Leistungsanspruch auf Altersrente vor Erreichen der Regelaltersgrenze oder auf Rente wegen verminderter Erwerbsfähigkeit nach den Rechtsvorschriften der Bundesrepublik Deutschland vorausgesetzten Pflichtbeiträgen für eine versicherungspflichtige Beschäftigung oder Tätigkeit stehen Pflichtbeiträge für eine Beschäftigung oder Tätigkeit in der Rentenversicherung von Quebec gleich.

14. Zu Artikel 17 der Vereinbarung:

Bergbauliche Betriebe im Sinne des Artikels 17 Absatz 1 der Vereinbarung sind Betriebe, in denen Mineralien oder ähnliche Stoffe bergmännisch oder Steine und Erden überwiegend unterirdisch gewonnen werden.

15. Zu den Artikeln 19 und 24 der Vereinbarung:

Die Barauslagen nach Artikel 19 Absatz 1 der Vereinbarung und die Kosten nach Artikel 24 Absatz 1 der Vereinbarung umfassen weder geringfügige Kosten für Kommunikation noch laufende Personal- und Verwaltungskosten.

12. Relativement à l'article 10 de l'Entente:

- a) Pour la République fédérale d'Allemagne, toute personne qui ne travaille pas sur son territoire est réputée travailler dans le lieu de son emploi précédent. Si elle ne travaillait précédemment pas sur le territoire de la République fédérale d'Allemagne, elle est réputée travailler dans le lieu où se trouve le siège de l'autorité allemande compétente.
- b) L'article 10 de l'Entente s'applique en particulier à toute personne salariée d'une entreprise ayant son siège sur le territoire d'une Partie contractante amenée à être employée provisoirement par une société de participation de ladite entreprise sur le territoire de l'autre Partie contractante et à percevoir un salaire de la société de participation sur le territoire de l'autre Partie contractante durant cette période.

13. Relativement à l'article 15 de l'Entente:

- a) Dans la mesure où il est exigé pour l'ouverture du droit à une prestation, selon la législation d'une Partie contractante, que des périodes d'assurance aient été accomplies à l'intérieur d'un certain intervalle de temps précédant l'événement ouvrant droit à la prestation, l'institution compétente ne tient compte que des périodes d'assurance admissibles accomplies au cours de cet intervalle de temps; elle tient aussi compte des périodes d'assurance admissibles qui ont été accomplies seulement en vertu de la législation de l'autre Partie contractante.
- b) Pour l'ouverture du droit à une prestation en vertu de la législation du Québec, l'institution compétente du Québec considère comme une période d'assurance toute période au cours de laquelle une personne a reçu une prestation à la suite d'une diminution de sa capacité de gain en vertu de la législation de la République fédérale d'Allemagne.
- c) Lorsqu'il est impossible de déterminer avec exactitude à quelle année civile correspond une période d'assurance admissible accomplie en vertu de la législation d'une Partie contractante, cette période est présumée ne pas se superposer à une période d'assurance admissible accomplie en vertu de la législation de l'autre Partie contractante.
- d) L'article 15 de l'Entente s'applique par analogie aux prestations qui sont octroyées à la discrétion d'une institution en vertu de la législation de la République fédérale d'Allemagne.
- e) Les cotisations obligatoires au Régime de rentes du Québec, relativement à un emploi ou un travail autonome, sont équivalentes aux cotisations obligatoires, relativement à un emploi ou un travail autonome, requises aux termes de la législation de la République fédérale d'Allemagne pour avoir droit à une pension de vieillesse avant l'âge légal prévu ou à une pension pour cause de diminution de la capacité de gain.

14. Relativement à l'article 17 de l'Entente:

Les entreprises minières au sens du paragraphe 1 de l'article 17 de l'Entente sont des entreprises qui exploitent des minéraux ou des substances semblables selon les règles des mineurs ou des pierres et de la terre principalement dans des opérations souterraines.

15. Relativement aux articles 19 et 24 de l'Entente:

Les montants déboursés en espèces en vertu du paragraphe 1 de l'article 19 de l'Entente et les frais prévus au paragraphe 1 de l'article 24 de l'Entente n'incluent pas les dépenses minimales de communication ni le coût du personnel régulier ni les frais administratifs habituels.

16. Zu Artikel 20 der Vereinbarung:

- a) Für Quebec bedeutet der Ausdruck „schutzwürdige Interessen“ die Rechte und Freiheiten, die durch die Charta der Rechte und Freiheiten der Person von Quebec sowie der Charta der Rechte und Freiheiten von Kanada garantiert werden.
- b) Für Quebec bedeutet der Ausdruck „Rechtsvorschriften“ auch die Gesetze und Vorschriften über den Schutz der persönlichen Daten.

17. Bei Anwendung der Vereinbarung werden Rechtsvorschriften der Bundesrepublik Deutschland, soweit sie für Personen, die wegen ihrer politischen Haltung oder aus Gründen der Rasse, des Glaubens oder der Weltanschauung geschädigt worden sind, günstigere Regelungen enthalten, nicht berührt.

Geschehen zu Quebec am 20. April 2010 in zwei Urschriften, jede in deutscher und französischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

16. Relativement à l'article 20 de l'Entente:

- a) Pour le Québec, l'expression «intérêts légitimes» signifie les droits et libertés garantis par la Charte québécoise des droits et libertés de la personne et la Charte canadienne des droits et libertés.
- b) Pour le Québec, le mot «législation» comprend également les lois et les règlements relatifs à la protection des renseignements personnels.

17. Aux fins de l'application de l'Entente, la législation de la République fédérale d'Allemagne n'est pas touchée dans la mesure où elle comporte des dispositions plus avantageuses pour les personnes qui ont souffert à cause de leurs opinions politiques ou pour des raisons raciales, religieuses ou idéologiques.

Fait à Québec le 20 avril 2010 en deux exemplaires, en langues française et allemande, chaque texte faisant également foi.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
Pour le gouvernement de la République fédérale d'Allemagne

Georg Witschel

Für die Regierung von Quebec
Pour le gouvernement du Québec

Pierre Arcand

Vereinbarung
zur Durchführung der Vereinbarung vom 20. April 2010
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung von Quebec
über Soziale Sicherheit
(Durchführungsvereinbarung)

Arrangement d'application
de l'Entente du 20 avril 2010
en matière de sécurité sociale
entre le gouvernement de la République fédérale d'Allemagne
et le gouvernement du Québec
(Arrangement d'application)

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und
die Regierung von Quebec –

Le gouvernement de la République fédérale d'Allemagne
et
le gouvernement du Québec –

im Einklang mit Artikel 18 Absatz 1 der Vereinbarung vom 20. April 2010 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung von Quebec über Soziale Sicherheit, im Folgenden als „Vereinbarung“ bezeichnet –

Conformément au paragraphe 1 de l'article 18 de l'Entente en matière de sécurité sociale du 20 avril 2010 entre le gouvernement de la République fédérale d'Allemagne et le gouvernement du Québec, désignée ci-après comme l'«Entente» –

haben Folgendes vereinbart:

sont convenus des dispositions suivantes:

Abschnitt I
Allgemeine Bestimmungen

Titre I
Dispositions générales

Artikel 1
Begriffsbestimmungen

Article 1^{er}
Définitions

Die Ausdrücke, die in dieser Durchführungsvereinbarung verwendet werden, haben dieselbe Bedeutung wie in der Vereinbarung.

Les termes utilisés dans le présent Arrangement ont le même sens que dans l'Entente.

Artikel 2
Verbindungsstellen

Article 2
Organismes de liaison

(1) Verbindungsstellen nach Artikel 18 Absatz 2 der Vereinbarung sind

(1) Sont désignés comme organismes de liaison au sens du paragraphe 2 de l'article 18 de l'Entente:

1. in Bezug auf die Bundesrepublik Deutschland
 - a) für die Rentenversicherung
 - die Deutsche Rentenversicherung Nord, Lübeck,
 - die Deutsche Rentenversicherung Bund, Berlin,
 - die Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See, Bochum,
 - b) für die hüttenknappschaftliche Zusatzversicherung
 - die Deutsche Rentenversicherung Saarland, Saarbrücken,
 - c) für die Alterssicherung der Landwirte
 - der Spitzenverband der landwirtschaftlichen Sozialversicherung, Kassel,
 - d) für die Unfallversicherung

1. en ce qui concerne la République fédérale d'Allemagne:
 - a) pour l'Assurance pension,
 - l'Institution allemande d'assurance pension Nord (Deutsche Rentenversicherung Nord), Lübeck,
 - l'Institution fédérale allemande d'assurance pension (Deutsche Rentenversicherung Bund), Berlin,
 - l'Institution fédérale allemande d'assurance pension pour les mineurs, les cheminots et les marins (Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See), Bochum;
 - b) pour l'Assurance pension supplémentaire des travailleurs de la sidérurgie,
 - l'Institution allemande d'assurance pension de la Sarre (Deutsche Rentenversicherung Saarland), Sarrebruck;
 - c) pour la Sécurité de vieillesse des agriculteurs,
 - l'Association faîtière de sécurité sociale pour les agriculteurs (Spitzenverband der landwirtschaftlichen Sozialversicherung), Kassel;
 - d) pour l'Assurance accidents,

die Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung (DGUV), Deutsche Verbindungsstelle Unfallversicherung – Ausland, Berlin,

- e) soweit die Träger der Krankenversicherung an der Durchführung der Vereinbarung beteiligt sind,

der Spitzenverband Bund der Krankenkassen (GKV-Spitzenverband), Deutsche Verbindungsstelle Krankenversicherung – Ausland (DVKA), Bonn;

2. in Bezug auf Quebec

a) für die Rentenversicherung

das Büro für Vereinbarungen über Soziale Sicherheit (Bureau des Ententes de sécurité sociale, BESS), Montreal, oder jede andere von der zuständigen Behörde von Quebec möglicherweise später bezeichnete Stelle,

b) für Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten

der Ausschuss für Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz (Commission de la Santé et Sécurité du Travail, CSST), Montreal.

(2) Bei der Anwendung der Vereinbarung ist innerhalb der Deutschen Rentenversicherung die Deutsche Rentenversicherung Nord, Lübeck, für alle Verfahren einschließlich der Feststellung und Erbringung der Leistungen zuständig, wenn

1. Versicherungszeiten nach den Rechtsvorschriften der Bundesrepublik Deutschland und nach den Rechtsvorschriften von Quebec zurückgelegt oder anrechnungsfähig sind oder
2. eine Person sich in Quebec gewöhnlich aufhält oder
3. eine Person als kanadischer Staatsangehöriger, der den Rechtsvorschriften von Quebec unterliegt oder unterlegen hat, sich gewöhnlich außerhalb der Hoheitsgebiete der beiden Vertragsparteien aufhält und
4. innerhalb der Deutschen Rentenversicherung die Zuständigkeit eines Regionalträgers gegeben ist.

Dies gilt für Leistungen zur Teilhabe nur, wenn sie im Rahmen eines laufenden Rentenverfahrens erbracht werden.

(3) Die Zuständigkeit der Deutschen Rentenversicherung Bund und der Deutschen Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See bleibt von Absatz 2 unberührt. Die Zuständigkeit der Verbindungsstellen innerhalb der Deutschen Rentenversicherung richtet sich nach den deutschen Rechtsvorschriften.

Artikel 3

Aufklärung

Den Verbindungsstellen obliegt im Rahmen ihrer Zuständigkeit die allgemeine Aufklärung der in Betracht kommenden Personen über die Rechte und Pflichten nach der Vereinbarung.

Artikel 4

Verwaltungsvereinbarungen

Die Verbindungsstellen schließen unter Beteiligung der zuständigen Behörden eine Verwaltungsvereinbarung (accord opérationnel), in der die Verwaltungsmaßnahmen, die zur Durchführung der Vereinbarung notwendig und zweckmäßig sind, festgelegt werden.

l'Assurance accidents obligatoire allemande, Organisme de liaison allemand de l'assurance accidents pour l'étranger (Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung (DGUV), Deutsche Verbindungsstelle Unfallversicherung – Ausland), Berlin;

- e) dans la mesure où les institutions de l'assurance maladie sont concernées par l'application de l'Entente,

l'Association faitière fédérale des caisses-maladie – association faitière GKV, Organisme de liaison allemand de l'assurance maladie pour l'étranger DVKA (Spitzenverband Bund der Krankenkassen – GKV-Spitzenverband, Deutsche Verbindungsstelle Krankenversicherung – Ausland DVKA), Bonn;

2. en ce qui concerne le Québec:

a) pour le régime de rentes,

le Bureau des ententes de sécurité sociale (BESS), Montréal, ou tout autre organisme que l'autorité compétente du Québec pourra subséquemment désigner;

b) pour les accidents de travail et maladies professionnelles,

la Commission de la santé et de la sécurité du travail (CSST), Montréal.

(2) Aux fins de l'application de l'Entente, en ce qui concerne l'Institution allemande d'assurance pension, c'est l'Institution allemande d'assurance pension du nord (Deutsche Rentenversicherung Nord), Lübeck, qui est responsable de toutes les procédures y compris la détermination et l'attribution des prestations, lorsque:

1. des périodes d'assurance ont été accomplies ou sont admissibles en vertu des législations de la République fédérale d'Allemagne et du Québec; ou
2. une personne réside au Québec; ou
3. une personne est un citoyen canadien qui est ou a été soumis à la législation du Québec et qui réside hors des territoires des deux Parties contractantes et
4. pour ce qui est de l'Institution allemande d'assurance pension, la compétence revient à une institution régionale.

Ces dispositions s'appliquent aux prestations de participation (Leistungen zur Teilhabe) dans le seul cadre d'une procédure de pension en cours.

(3) La compétence de l'Institution fédérale allemande d'assurance pension et de l'Institution fédérale allemande d'assurance pension pour les mineurs, les cheminots et les marins n'est pas touchée par le paragraphe 2. La compétence des organismes de liaison au sein de l'Institution allemande d'assurance pension est régie par la législation allemande.

Article 3

Information

Les organismes de liaison sont chargés, dans le cadre de leur compétence respective, d'informer d'une manière générale les personnes concernées de leurs droits et obligations en vertu de l'Entente.

Article 4

Accords opérationnels

Un accord opérationnel (Verwaltungsvereinbarung) établissant les mesures administratives requises et utiles pour l'application de l'Entente sera conclu, avec la participation des autorités compétentes, entre les organismes de liaison.

Artikel 5**Mitteilungen**

Die in Artikel 19 Absatz 1 der Vereinbarung genannten Stellen haben im Rahmen ihrer Zuständigkeit, soweit möglich, einander die Mitteilungen zu machen und die Unterlagen zur Verfügung zu stellen, die zur Erhaltung der Rechte und zur Erfüllung der Pflichten erforderlich sind, die sich für die Beteiligten aus den in Artikel 2 Absatz 1 der Vereinbarung genannten Rechtsvorschriften und der Vereinbarung ergeben.

Artikel 6**Bescheinigung über die anzuwendenden Rechtsvorschriften**

(1) In den Fällen der Artikel 7, 9 und 10 der Vereinbarung erteilt die zuständige Stelle der Vertragspartei, deren Rechtsvorschriften anzuwenden sind, in Bezug auf die in Betracht kommende Erwerbstätigkeit auf Antrag eine Bescheinigung darüber, dass für den Arbeitnehmer und für den Arbeitgeber oder für die selbstständig erwerbstätige Person diese Rechtsvorschriften gelten. Die Bescheinigung muss in den Fällen der Artikel 7 und 10 der Vereinbarung mit einer bestimmten Gültigkeitsdauer versehen sein. Diese darf in den Fällen des Artikels 7 der Vereinbarung 60 Kalendermonate nicht überschreiten.

(2) Sind die Rechtsvorschriften der Bundesrepublik Deutschland anzuwenden, so stellt der Träger der Krankenversicherung, an den die Beiträge zur Rentenversicherung abgeführt werden, andernfalls die Deutsche Rentenversicherung Bund, Berlin, diese Bescheinigung aus. In den Fällen des Artikels 10 der Vereinbarung stellt der Spitzenverband Bund der Krankenkassen (GKV-Spitzenverband), Deutsche Verbindungsstelle Krankenversicherung – Ausland (DVKA), Bonn, die Bescheinigung aus.

(3) Sind die Rechtsvorschriften von Quebec anzuwenden, so stellt das Büro für Vereinbarungen über Soziale Sicherheit (Bureau des Ententes de sécurité sociale, BESS), Montreal, die Bescheinigung aus.

Abschnitt II**Besondere Bestimmungen****Kapitel 1****Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten****Artikel 7****Nachweis der Arbeitsunfähigkeit**

Der Versicherte hat die ärztliche Bescheinigung über die Arbeitsunfähigkeit dem zuständigen Träger unverzüglich zu übermitteln.

Artikel 8**Anspruchsbescheinigung für Sachleistungen**

(1) Zur Inanspruchnahme von Sachleistungen nach der Vereinbarung hat der Versicherte dem Träger des Aufenthaltsorts eine vom zuständigen Träger ausgestellte Bescheinigung vorzulegen. Kann er eine solche Bescheinigung nicht vorlegen, so fordert der Träger des Aufenthaltsorts diese beim zuständigen Träger an.

(2) Die in Absatz 1 bezeichnete Bescheinigung kann vom zuständigen Träger mit Wirkung für die Zukunft widerrufen werden. Der Widerruf wird mit Eingang beim ausstehenden Träger wirksam.

Article 5**Renseignements**

Les organismes visés au paragraphe 1 de l'article 19 de l'Entente, dans le cadre de leur compétence respective et dans la mesure du possible, se communiquent tout renseignement et se transmettent tout document nécessaire au maintien des droits et à l'accomplissement des obligations des personnes concernées découlant de la législation spécifiée au paragraphe 1 de l'article 2 de l'Entente et découlant de l'Entente.

Article 6**Certificat d'assujettissement**

(1) Dans les cas prévus aux articles 7, 9 et 10 de l'Entente, l'organisme compétent de la Partie contractante dont la législation s'applique délivre sur demande un certificat attestant, en ce qui concerne le travail en question, que cette législation s'applique à la personne salariée et à son employeur ou à la personne travaillant à son propre compte. Dans les cas prévus aux articles 7 et 10 de l'Entente, le certificat doit indiquer une durée de validité déterminée. Dans les cas prévus par l'article 7 de l'Entente, ce dernier ne doit pas excéder 60 mois civils.

(2) Lorsque la législation de la République fédérale d'Allemagne s'applique, le certificat est délivré par l'institution d'assurance maladie à laquelle sont versées les cotisations relatives aux pensions et, dans tout autre cas, par l'Institution fédérale allemande d'assurance pension (Deutsche Rentenversicherung Bund), Berlin. Dans les cas prévus à l'article 10 de l'Entente, le certificat est délivré par l'Association faitière fédérale des caisses-maladie – association faitière GKV, Organisme de liaison allemand de l'assurance maladie pour l'étranger DVKA (Spitzenverband Bund der Krankenkassen – GKV-Spitzenverband, Deutsche Verbindungsstelle Krankenversicherung – Ausland DVKA), Bonn.

(3) Lorsque la législation du Québec s'applique, le certificat est délivré par le Bureau des ententes de sécurité sociale (BESS), Montréal.

Titre II**Dispositions particulières****Chapitre 1****Accidents du travail et maladies professionnelles****Article 7****Certificat d'incapacité de travail**

L'assuré transmet sans tarder à l'institution compétente le certificat médical d'incapacité de travail.

Article 8**Certificat du droit aux prestations en nature**

(1) Afin de pouvoir recourir aux prestations en nature en vertu de l'Entente, l'assuré doit présenter à l'institution du lieu de séjour ou de résidence un certificat délivré par l'institution compétente. S'il ne peut pas présenter un tel certificat, l'institution du lieu de séjour ou de résidence le demande auprès de l'institution compétente.

(2) L'institution compétente peut révoquer avec effet pour l'avenir le certificat visé au paragraphe 1. La révocation prend effet à la date de la réception par l'institution d'entraide.

Artikel 9**Arbeitsunfallanzeige**

Für die Anzeige des Arbeitsunfalls oder der Berufskrankheit gelten die Rechtsvorschriften der Vertragspartei, die für den Versicherten gelten. Die Anzeige wird dem zuständigen Träger erstattet.

Kapitel 2**Renten****Artikel 10****Antragstellung**

(1) Ein Antrag auf eine Leistung nach der Vereinbarung kann bei den zuständigen Trägern der beiden Vertragsparteien, einer Verbindungsstelle oder bei jeder Stelle gestellt werden, die nach den Rechtsvorschriften der einen oder der anderen Vertragspartei zur Entgegennahme eines Leistungsantrags zugelassen ist.

(2) Wird ein Antrag auf Leistungen nach dieser Vereinbarung in Quebec gestellt, so kann die Verbindungsstelle diesen Antrag an jede der deutschen Verbindungsstellen weiterleiten.

Kapitel 3**Verschiedenes****Artikel 11****Statistiken**

Die Verbindungsstellen oder andere von den Vertragsparteien bezeichnete Stellen erstellen für jedes Kalenderjahr Statistiken über die in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei gezahlten Leistungen. Die Angaben erstrecken sich, so weit wie möglich, für jede Leistungsart auf die Zahl der Leistungsempfänger und den Gesamtbetrag der Leistungen. Die Statistiken werden ausgetauscht.

Abschnitt III**Schlussbestimmungen****Artikel 12****Inkrafttreten und Vereinbarungsdauer**

Die beiden Regierungen notifizieren einander, dass die internen Verfahren für das Inkrafttreten der Durchführungsvereinbarung erfüllt sind. Die Durchführungsvereinbarung tritt am selben Tag wie die Vereinbarung in Kraft und gilt für dieselbe Dauer.

Geschehen zu Quebec am 20. April 2010 in zwei Urschriften, jede in deutscher und französischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Article 9**Déclaration de l'accident du travail**

La déclaration de l'accident du travail ou de la maladie professionnelle s'effectue selon la législation de la Partie contractante à laquelle l'assuré est soumis. La déclaration est adressée à l'institution compétente.

Chapitre 2**Pensions****Article 10****Demande de prestation**

(1) Une demande de prestation en application de l'Entente peut être adressée aux institutions compétentes des deux Parties contractantes, à un organisme de liaison ou à tout organisme autorisé en vertu de la législation de l'une ou de l'autre Partie contractante à recevoir une demande de prestation.

(2) Si une demande de prestation en application de cette Entente est adressée au Québec, l'organisme de liaison peut transmettre cette demande à tout organisme de liaison allemand.

Chapitre 3**Divers****Article 11****Statistiques**

Les organismes de liaison ou d'autres organismes désignés par les Parties contractantes compilent des statistiques relatives aux prestations versées sur le territoire de l'autre Partie contractante, pour chaque année civile. Ces statistiques indiquent, dans la mesure du possible, pour chaque catégorie de prestation, le nombre de bénéficiaires et le montant global des prestations. Ces statistiques sont échangées.

Titre III**Dispositions finales****Article 12****Entrée en vigueur et durée de l'Arrangement**

Les deux gouvernements se notifient mutuellement le fait que les conditions internes nécessaires à l'entrée en vigueur de l'Arrangement d'application ont été remplies. L'Arrangement d'application entre en vigueur à la même date que l'Entente et pour une même durée.

Fait à Québec le 20 avril 2010 en deux exemplaires, en langues française et allemande, chaque texte faisant également foi.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
Pour le gouvernement de la République fédérale d'Allemagne

Georg Witschel

Für die Regierung von Quebec
Pour le gouvernement du Québec

Pierre Arcand

Verordnung
über die Errichtung nebeneinanderliegender Grenzabfertigungsstellen
an den Grenzübergängen Bad Säckingen/Stein, Bietingen/Thayngen,
Büßlingen/Hofen, Erzingen/Trasadingen, Gailingen-West/Dörflingen,
Grenzacherhorn/Riehen-Grenzacherstrasse, Günzgen/Wasterkingen,
Jestetten/Neuhausen am Rheinfeld, Konstanz-Kreuzlinger Tor/Kreuzlingen,
Konstanz-Autobahn/Kreuzlingen, Konstanz-Emmishofer Tor/Kreuzlingen-Emmishofen,
Laufenburg (D)/Laufenburg (CH), Randegg/Dörflingen,
Rheinfelden-Autobahn (D)/Rheinfelden-Autobahn (CH),
Weil am Rhein-Friedlingen/Basel-Hiltalingerstrasse,
Rötteln/Kaiserstuhl, Weil am Rhein/Basel-Autobahn und über
die Grenzabfertigung in Reisezügen während der Fahrt
auf den Strecken Bahnhof Basel SBB – Lörrach, Freiburg im Breisgau – Basel,
Weil am Rhein – Basel und Singen (Hohentwiel) – Schaffhausen

Vom 21. Januar 2011

Auf Grund des Artikels 2 des Gesetzes vom 1. August 1962 zu dem Abkommen vom 1. Juni 1961 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über die Errichtung nebeneinanderliegender Grenzabfertigungsstellen und die Grenzabfertigung in Verkehrsmitteln während der Fahrt (BGBl. 1962 II S. 877) verordnen das Bundesministerium der Finanzen und das Bundesministerium des Innern:

Artikel 1

(1) An der deutsch-schweizerischen Grenze werden an folgenden Grenzübergängen nebeneinanderliegende Grenzabfertigungsstellen nach den Vereinbarungen vom 15. Juni 2010 zwischen dem Bundesministerium der Finanzen der Bundesrepublik Deutschland und dem Eidgenössischen Finanzdepartement der Schweizerischen Eidgenossenschaft errichtet:

1. Bad Säckingen/Stein,
2. Bietingen/Thayngen,
3. Büßlingen/Hofen,
4. Erzingen/Trasadingen,
5. Gailingen-West/Dörflingen,
6. Grenzacherhorn/Riehen-Grenzacherstrasse,
7. Günzgen/Wasterkingen,
8. Jestetten/Neuhausen am Rheinfeld,
9. Konstanz-Kreuzlinger Tor/Kreuzlingen,
10. Konstanz-Autobahn/Kreuzlingen,
11. Konstanz-Emmishofer Tor/Kreuzlingen-Emmishofen,

12. Laufenburg (D)/Laufenburg (CH),
13. Randegg/Dörflingen,
14. Rheinfelden-Autobahn (D)/Rheinfelden-Autobahn (CH),
15. Weil am Rhein-Friedlingen/Basel-Hiltalingerstrasse,
16. Rötteln/Kaiserstuhl,
17. Weil am Rhein/Basel-Autobahn.

(2) Die deutsche und schweizerische Grenzabfertigung in Reisezügen wird während der Fahrt nach Maßgabe der Vereinbarungen vom 15. Juni 2010 zwischen dem Bundesministerium der Finanzen der Bundesrepublik Deutschland und dem Eidgenössischen Finanzdepartement der Schweizerischen Eidgenossenschaft auf folgenden Strecken durchgeführt:

1. Bahnhof Basel SBB – Lörrach,
2. Freiburg im Breisgau – Basel, Weil am Rhein – Basel und Singen (Hohentwiel) – Schaffhausen.

(3) Die Vereinbarungen werden nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

(1) Diese Verordnung tritt an dem Tag in Kraft, an dem die Vereinbarungen in Kraft treten.

(2) Diese Verordnung tritt an dem Tag außer Kraft, an dem die Vereinbarungen außer Kraft treten.

(3) Der Tag des Inkrafttretens und der Tag des Außerkrafttretens sind im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Berlin, den 21. Januar 2011

Der Bundesminister der Finanzen
Schäuble

Der Bundesminister des Innern
Thomas de Maizière

**Vereinbarung
zwischen dem Bundesministerium der Finanzen
der Bundesrepublik Deutschland
und dem Eidgenössischen Finanzdepartement
der Schweizerischen Eidgenossenschaft
über die Errichtung nebeneinanderliegender Grenzabfertigungsstellen
am Grenzübergang Bad Säckingen/Stein**

Das Bundesministerium der Finanzen
der Bundesrepublik Deutschland
und

das Eidgenössische Finanzdepartement
der Schweizerischen Eidgenossenschaft –

– im Norden und Süden durch die dem Böschungsrand des
aufgeschütteten Brückenkopfs entlang verlaufende Ein-
zäunung;

b) die den schweizerischen Bediensteten zur alleinigen oder
gemeinschaftlichen Benutzung überlassenen Räume.

gestützt auf Artikel 1 Absatz 3 des Abkommens vom 1. Juni
1961 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der
Schweizerischen Eidgenossenschaft über die Errichtung neben-
einanderliegender Grenzabfertigungsstellen und die Grenzab-
fertigung in Verkehrsmitteln während der Fahrt (im Folgenden
„Abkommen vom 1. Juni 1961“) –

haben Folgendes vereinbart:

Artikel 1

(1) Am Grenzübergang Bad Säckingen/Stein werden auf dem
Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland nebeneinander-
liegende Grenzabfertigungsstellen errichtet.

(2) Die deutsche und die schweizerische Grenzabfertigung fin-
den an diesen Grenzabfertigungsstellen statt.

Artikel 2

Die Zone umfasst

a) einen Gebietsteil, der begrenzt ist:

- im Osten durch die Grenze;
- im Westen durch eine Gerade, welche die B 518 zwischen
Baukilometer 1,036 im Süden und Baukilometer 1,041 im
Norden überquert (ohne die zur Hauensteinstraße abzwei-
genden Gehwege);

Artikel 3

(1) Die Bundesfinanzdirektion Südwest und die Bundes-
polizeidirektion Stuttgart einerseits sowie die Zollkreisdirektion
Basel andererseits legen im gegenseitigen Einvernehmen die Ein-
zelheiten fest.

(2) Die Leiter der Grenzabfertigungsstellen oder die an den
Grenzabfertigungsstellen diensthabenden höchsten Bediensteten
der in Absatz 1 genannten Stellen treffen im gegenseitigen
Einvernehmen die kurzfristig erforderlichen Maßnahmen.

Artikel 4

Mit Inkrafttreten dieser Vereinbarung tritt die Vereinbarung vom
29. August 1979 über die Errichtung nebeneinanderliegender
Grenzabfertigungsstellen am Grenzübergang Bad Säckingen/
Stein außer Kraft.

Artikel 5

(1) Diese Vereinbarung wird nach Artikel 1 Absatz 4 des Ab-
kommens vom 1. Juni 1961 durch den Austausch von diploma-
tischen Noten bestätigt und in Kraft gesetzt.

(2) Die Vereinbarung kann auf diplomatischem Wege unter
Einhaltung einer Frist von sechs Monaten zum ersten Tag eines
Monats gekündigt werden.

Geschehen zu Bonn am 15. Juni 2010 in zwei Urschriften in
deutscher Sprache.

Für das Bundesministerium der Finanzen
im Einvernehmen mit dem Bundesministerium des Innern
der Bundesrepublik Deutschland
Stähr

Für das Eidgenössische Finanzdepartement
der Schweizerischen Eidgenossenschaft
Dietrich

**Vereinbarung
zwischen dem Bundesministerium der Finanzen
der Bundesrepublik Deutschland
und dem Eidgenössischen Finanzdepartement
der Schweizerischen Eidgenossenschaft
über die Errichtung nebeneinanderliegender Grenzabfertigungsstellen
am Grenzübergang Bietingen/Thayngen**

Das Bundesministerium der Finanzen
der Bundesrepublik Deutschland

und

das Eidgenössische Finanzdepartement
der Schweizerischen Eidgenossenschaft –

gestützt auf Artikel 1 Absatz 3 des Abkommens vom 1. Juni 1961 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über die Errichtung nebeneinanderliegender Grenzabfertigungsstellen und die Grenzabfertigung in Verkehrsmitteln während der Fahrt (im Folgenden „Abkommen vom 1. Juni 1961“) –

haben Folgendes vereinbart:

Artikel 1

(1) Am Grenzübergang Bietingen/Thayngen werden auf dem Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland und auf dem Hoheitsgebiet der Schweizerischen Eidgenossenschaft nebeneinanderliegende Grenzabfertigungsstellen errichtet.

(2) Die deutsche und die schweizerische Grenzabfertigung finden an diesen Grenzabfertigungsstellen sowohl auf dem Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland als auch auf dem Hoheitsgebiet der Schweizerischen Eidgenossenschaft statt.

Artikel 2

(1) Die Zone umfasst auf dem Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland:

- a) die den schweizerischen Bediensteten zur alleinigen oder gemeinschaftlichen Benutzung überlassenen Räume;
- b) das Straßenstück der Bundesstraße B 34, begrenzt durch die gemeinsame Grenze einerseits und die Zollhofausfahrt andererseits, eingeschlossen die Stand- und Abfertigungsplätze für Personen- und Lastkraftwagen sowie die entsprechenden Zu- und Ausfahrtspuren, gegen Norden und Süden begrenzt durch einen Zaun.

(2) Die Zone umfasst auf dem Hoheitsgebiet der Schweizerischen Eidgenossenschaft:

- a) die den deutschen Bediensteten zur alleinigen oder gemeinschaftlichen Nutzung überlassenen Räume;
- b) das Straßenstück der J 15, begrenzt durch die gemeinsame Grenze einerseits und die Einmündung der Bietinger Straße andererseits, eingeschlossen die Stand- und Abfertigungsplätze für Personen- und Lastkraftwagen sowie die entsprechenden Zu- und Ausfahrtspuren, gegen Norden und Westen begrenzt durch einen Zaun beziehungsweise durch die Bietinger Straße.

Artikel 3

(1) Die Bundesfinanzdirektion Südwest und die Bundespolizeidirektion Stuttgart einerseits sowie die Zollkreisdirektion Schaffhausen andererseits legen im gegenseitigen Einvernehmen die Einzelheiten fest.

(2) Die Leiter der beiden Grenzabfertigungsstellen oder die an den Grenzabfertigungsstellen diensthabenden höchsten Bediensteten der in Absatz 1 genannten Stellen treffen im gegenseitigen Einvernehmen die kurzfristig erforderlichen Maßnahmen.

Artikel 4

Mit Inkrafttreten dieser Vereinbarung tritt die Vereinbarung vom 11. April 1990 über die Errichtung nebeneinanderliegender Grenzabfertigungsstellen am Grenzübergang Bietingen/Thayngen außer Kraft.

Artikel 5

(1) Diese Vereinbarung wird nach Artikel 1 Absatz 4 des Abkommens vom 1. Juni 1961 durch den Austausch von diplomatischen Noten bestätigt und in Kraft gesetzt.

(2) Die Vereinbarung kann auf diplomatischem Wege unter Einhaltung einer Frist von sechs Monaten zum ersten Tag eines Monats gekündigt werden.

Geschehen zu Bonn am 15. Juni 2010 in zwei Urschriften in deutscher Sprache.

Für das Bundesministerium der Finanzen
im Einvernehmen mit dem Bundesministerium des Innern
der Bundesrepublik Deutschland

Stähr

Für das Eidgenössische Finanzdepartement
der Schweizerischen Eidgenossenschaft

Dietrich

**Vereinbarung
zwischen dem Bundesministerium der Finanzen
der Bundesrepublik Deutschland
und dem Eidgenössischen Finanzdepartement
der Schweizerischen Eidgenossenschaft
über die Errichtung nebeneinanderliegender Grenzabfertigungsstellen
am Grenzübergang Büßlingen/Hofen**

Das Bundesministerium der Finanzen
der Bundesrepublik Deutschland

und

das Eidgenössische Finanzdepartement
der Schweizerischen Eidgenossenschaft –

gestützt auf Artikel 1 Absatz 3 des Abkommens vom 1. Juni 1961 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über die Errichtung nebeneinanderliegender Grenzabfertigungsstellen und die Grenzabfertigung in Verkehrsmitteln während der Fahrt (im Folgenden „Abkommen vom 1. Juni 1961“) –

haben Folgendes vereinbart:

Artikel 1

(1) Am Grenzübergang Büßlingen/Hofen werden auf dem Hoheitsgebiet der Schweizerischen Eidgenossenschaft nebeneinanderliegende Grenzabfertigungsstellen errichtet.

(2) Die deutsche und die schweizerische Grenzabfertigung finden an diesen Grenzabfertigungsstellen statt.

Artikel 2

(1) Die Zone umfasst auf dem Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland:

die Straße von Hofen nach Büßlingen ab der gemeinsamen Grenze bis zum Grundstück Nummer 1093/1 gemäß Lagebuch der Gemeinde Büßlingen in einer Entfernung von 100 Meter ab der gemeinsamen Grenze sowie den Gehweg und den Vorplatz vor dem Zollamt und dem Zollwohnhaus.

(2) Die Zone umfasst auf dem Hoheitsgebiet der Schweizerischen Eidgenossenschaft:

- a) die den deutschen Bediensteten zur alleinigen oder gemeinschaftlichen Nutzung überlassenen Räume;
- b) die Straße von Büßlingen nach Hofen von der gemeinsamen Grenze bis zum Grenzstein 785 mit dem Landstreifen zwischen der Straße und der parallel dazu verlaufenden gemeinsamen Grenze;
- c) einen Teil des Grundstücks der Schweizerischen Eidgenossenschaft (Zollverwaltung) von der Straße bis zu der auf der Rückseite des Zollamts in einem Abstand von 4 Meter zum Zollamt verlaufenden Mauer und dem Fuß der Böschung, mit nördlicher und südlicher Begrenzung durch die Grundstücksgrenze. Nicht als Zone gelten die durch den Buchstaben a nicht erfassten Teile der Zollgebäude.

Artikel 3

(1) Die Bundesfinanzdirektion Südwest und die Bundespolizeidirektion Stuttgart sowie die Zollkreisdirektion Schaffhausen anderseits legen im gegenseitigen Einvernehmen die Einzelheiten fest.

(2) Die Leiter der Grenzabfertigungsstellen oder die an den Grenzabfertigungsstellen diensthabenden höchsten Bediensteten der in Absatz 1 genannten Stellen treffen im gegenseitigen Einvernehmen die kurzfristig erforderlichen Maßnahmen.

Artikel 4

(1) Diese Vereinbarung wird nach Artikel 1 Absatz 4 des Abkommens vom 1. Juni 1961 durch den Austausch von diplomatischen Noten bestätigt und in Kraft gesetzt.

(2) Die Vereinbarung kann auf diplomatischem Wege unter Einhaltung einer Frist von sechs Monaten zum ersten Tag eines Monats gekündigt werden.

Geschehen zu Bonn am 15. Juni 2010 in zwei Urschriften in deutscher Sprache.

Für das Bundesministerium der Finanzen
im Einvernehmen mit dem Bundesministerium des Innern
der Bundesrepublik Deutschland

Stähr

Für das Eidgenössische Finanzdepartement
der Schweizerischen Eidgenossenschaft

Dietrich

**Vereinbarung
zwischen dem Bundesministerium der Finanzen
der Bundesrepublik Deutschland
und dem Eidgenössischen Finanzdepartement
der Schweizerischen Eidgenossenschaft
über die Errichtung nebeneinanderliegender Grenzabfertigungsstellen
am Grenzübergang Erzingen/Trasadingen**

Das Bundesministerium der Finanzen
der Bundesrepublik Deutschland

und

das Eidgenössische Finanzdepartement
der Schweizerischen Eidgenossenschaft –

gestützt auf Artikel 1 Absatz 3 des Abkommens vom 1. Juni 1961 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über die Errichtung nebeneinanderliegender Grenzabfertigungsstellen und die Grenzabfertigung in Verkehrsmitteln während der Fahrt (im Folgenden „Abkommen vom 1. Juni 1961“) –

haben Folgendes vereinbart:

Artikel 1

(1) Am Grenzübergang Erzingen/Trasadingen werden auf dem Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland und auf dem Hoheitsgebiet der Schweizerischen Eidgenossenschaft nebeneinanderliegende Grenzabfertigungsstellen errichtet.

(2) Die deutsche und die schweizerische Grenzabfertigung finden an diesen Grenzabfertigungsstellen zeitweilig sowohl auf dem Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland als auch auf dem Hoheitsgebiet der Schweizerischen Eidgenossenschaft statt.

Artikel 2

(1) Die Zone umfasst auf dem Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland:

- a) die Bundesstraße 34 von Trasadingen nach Erzingen einschließlich des Gehweges ab der gemeinsamen Grenze in einer Länge von 100 Meter, gemessen vom Schnittpunkt der gemeinsamen Grenze mit der Achse der Straße;
- b) den Zollamtsvorplatz;
- c) die Parkplätze rechts und links des Zollamts.

(2) Die Zone umfasst auf dem Hoheitsgebiet der Schweizerischen Eidgenossenschaft:

- a) die den deutschen Bediensteten zur alleinigen oder gemeinschaftlichen Nutzung überlassenen Räume;
- b) die Straße von Erzingen nach Trasadingen einschließlich des Gehweges, von der gemeinsamen Grenze bis zu einer Entfernung von 100 Meter in Richtung Trasadingen, gemessen vom Schnittpunkt der Grenze mit der Achse der Straße;
- c) die Umgebung des Grenzwachpostens und Zollamts, östlich begrenzt durch eine Parallele zur Bahnlinie in einem Abstand von 8 Meter vom Zollamt bis zur gemeinsamen Grenze;
- d) den Parkplatz, nördlich begrenzt durch den Zaun um das Grundstück Nummer 29 und östlich durch die Böschung sowie südwestlich durch das Zollamt.

Artikel 3

(1) Die Bundesfinanzdirektion Südwest und die Bundespolizeidirektion Stuttgart einerseits sowie die Zollkreisdirektion Schaffhausen andererseits legen im gegenseitigen Einvernehmen die Einzelheiten fest.

(2) Die Leiter der Grenzabfertigungsstellen oder die an den Grenzabfertigungsstellen diensthabenden höchsten Bediensteten der in Absatz 1 genannten Stellen treffen im gegenseitigen Einvernehmen die kurzfristig erforderlichen Maßnahmen.

Artikel 4

Mit Inkrafttreten dieser Vereinbarung wird Artikel 1 Buchstabe h der Vereinbarung vom 6. Oktober 1966 über die zeitweilige Zusammenlegung der Grenzabfertigung an Straßenübergängen aufgehoben.

Artikel 5

(1) Diese Vereinbarung wird nach Artikel 1 Absatz 4 des Abkommens vom 1. Juni 1961 durch den Austausch von diplomatischen Noten bestätigt und in Kraft gesetzt.

(2) Die Vereinbarung kann auf diplomatischem Wege unter Einhaltung einer Frist von sechs Monaten zum ersten Tag eines Monats gekündigt werden.

Geschehen zu Bonn am 15. Juni 2010 in zwei Urschriften in deutscher Sprache.

Für das Bundesministerium der Finanzen
im Einvernehmen mit dem Bundesministerium des Innern
der Bundesrepublik Deutschland
Stähr

Für das Eidgenössische Finanzdepartement
der Schweizerischen Eidgenossenschaft
Dietrich

**Vereinbarung
zwischen dem Bundesministerium der Finanzen
der Bundesrepublik Deutschland
und dem Eidgenössischen Finanzdepartement
der Schweizerischen Eidgenossenschaft
über die Errichtung nebeneinanderliegender Grenzabfertigungsstellen
am Grenzübergang Gailingen-West/Dörflingen**

Das Bundesministerium der Finanzen
der Bundesrepublik Deutschland

und

das Eidgenössische Finanzdepartement
der Schweizerischen Eidgenossenschaft –

gestützt auf Artikel 1 Absatz 3 des Abkommens vom 1. Juni 1961 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über die Errichtung nebeneinanderliegender Grenzabfertigungsstellen und die Grenzabfertigung in Verkehrsmitteln während der Fahrt (im Folgenden „Abkommen vom 1. Juni 1961“) –

haben Folgendes vereinbart:

Artikel 1

(1) Am Grenzübergang Gailingen-West/Dörflingen werden auf dem Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland nebeneinanderliegende Grenzabfertigungsstellen errichtet.

(2) Die deutsche und die schweizerische Grenzabfertigung finden an diesen Grenzabfertigungsstellen statt.

Artikel 2

(1) Die Zone umfasst:

- a) die den schweizerischen Bediensteten zur alleinigen oder gemeinschaftlichen Nutzung überlassenen Räume;
- b) die Landstraße L 202, einschließlich Standspur, und der Radweg einschließlich Böschung, von der Grenze bei den Grenz-

steinen 977/978 bis zur Wegweisertafel (Zeichen 434 des Paragraphen 42 der Straßenverkehrsordnung der Bundesrepublik Deutschland) nach der Kreuzung mit der Kreisstraße 6152 sowie der Gehweg an dieser Strecke;

- c) die Grundstücke mit den Flurstück-Nummern 1645/3, 2365/104 und 2365/1 sowie die Kreisstraße 6152 bis zu den Wegweisertafeln (Zeichen 434 des Paragraphen 42 der Straßenverkehrsordnung der Bundesrepublik Deutschland) in jeder Richtung einschließlich den Gehwegen und Seitenstreifen.

Artikel 3

(1) Die Bundesfinanzdirektion Südwest und die Bundespolizeidirektion Stuttgart einerseits sowie die Zollkreisdirektion Schaffhausen andererseits legen im gegenseitigen Einvernehmen die Einzelheiten fest.

(2) Die Leiter der Grenzabfertigungsstellen oder die an den Grenzabfertigungsstellen diensthabenden höchsten Bediensteten der in Absatz 1 genannten Stellen treffen im gegenseitigen Einvernehmen die kurzfristig erforderlichen Maßnahmen.

Artikel 4

(1) Diese Vereinbarung wird nach Artikel 1 Absatz 4 des Abkommens vom 1. Juni 1961 durch den Austausch von diplomatischen Noten bestätigt und in Kraft gesetzt.

(2) Die Vereinbarung kann auf diplomatischem Wege unter Einhaltung einer Frist von sechs Monaten zum ersten Tag eines Monats gekündigt werden.

Geschehen zu Bonn am 15. Juni 2010 in zwei Urschriften in deutscher Sprache.

Für das Bundesministerium der Finanzen
im Einvernehmen mit dem Bundesministerium des Innern
der Bundesrepublik Deutschland

Stähr

Für das Eidgenössische Finanzdepartement
der Schweizerischen Eidgenossenschaft

Dietrich

**Vereinbarung
zwischen dem Bundesministerium der Finanzen
der Bundesrepublik Deutschland
und dem Eidgenössischen Finanzdepartement
der Schweizerischen Eidgenossenschaft
über die Errichtung nebeneinanderliegender Grenzabfertigungsstellen
am Grenzübergang Grenzacherhorn/Riehen-Grenzacherstrasse**

Das Bundesministerium der Finanzen
der Bundesrepublik Deutschland

und

das Eidgenössische Finanzdepartement
der Schweizerischen Eidgenossenschaft –

gestützt auf Artikel 1 Absatz 3 des Abkommens vom 1. Juni 1961 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über die Errichtung nebeneinanderliegender Grenzabfertigungsstellen und die Grenzabfertigung in Verkehrsmitteln während der Fahrt (im Folgenden „Abkommen vom 1. Juni 1961“) –

haben Folgendes vereinbart:

Artikel 1

(1) Am Grenzübergang Grenzacherhorn/Riehen-Grenzacherstrasse werden auf dem Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland und auf dem Hoheitsgebiet der Schweizerischen Eidgenossenschaft nebeneinanderliegende Grenzabfertigungsstellen errichtet.

(2) Die deutsche und die schweizerische Grenzabfertigung finden an diesen Grenzabfertigungsstellen statt.

Artikel 2

(1) Die Zone umfasst auf dem Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland:

- a) einen Gebietsteil, der begrenzt ist:
- im Westen durch die gemeinsame Grenze;
 - im Norden durch eine Linie entlang der straßenseitigen Fassade des deutschen Zollabfertigungsgebäudes bis zum Gasthaus „Waldhorn/Hörnli“ und von dort durch eine

Linie entlang der straßenseitigen Fassade dieses Gasthauses, einschließlich der Einfahrt in den schweizerischen Zollhof;

- im Osten durch eine Gerade, die in der Verlängerung der östlichen Seite des Gasthauses „Waldhorn/Hörnli“ quer über die Bundesstraße 34 bis zur gegenüberliegenden Straßenseite, einschließlich des Gehweges, verläuft;
 - im Süden durch den südlichen Gehwegrand bis zur östlich des deutschen Reisendenabfertigungsgebäudes gelegenen Parkfläche und von dort durch eine Linie entlang dem südlichen Rand des Durchganges hinter dem deutschen Reisendenabfertigungsgebäude bis zur Grenze;
- b) den Durchsuchungsraum und die Toiletten im deutschen Reisendenabfertigungsgebäude, einschließlich des Zugangs;
- c) den den schweizerischen Bediensteten zur Benutzung überlassenen Teil der Abfertigungskabine auf der Straßeninsel;
- d) den den schweizerischen Bediensteten zur Benutzung überlassenen Container neben dem deutschen Zollpavillon.
- (2) Die Zone umfasst auf dem Hoheitsgebiet der Schweizerischen Eidgenossenschaft:
- a) einen Gebietsteil, der begrenzt ist:
- im Osten durch die gemeinsame Grenze;
 - im Norden durch eine in der Höhe der südlichen Seite des schweizerischen Zollabfertigungsgebäudes zwischen der Grenze und der westlichen Begrenzung der schweizerischen Zollliegenschaft verlaufende Gerade;
 - im Westen durch eine Gerade entlang der westlichen Begrenzung der schweizerischen Zollliegenschaft, verlängert über die Grenzacherstrasse bis zum südlichen Gehwegrand bei der Liegenschaft „Streitgärtlein“;

- im Süden durch den südlichen Gehwegrand bis zur gemeinsamen Grenze;
- b) die Brückenwaage und die Rampe einschließlich der Einbauwaage.

Artikel 3

(1) Die Bundesfinanzdirektion Südwest und die Bundespolizeidirektion Stuttgart einerseits sowie die Zollkreisdirektion Basel andererseits legen im gegenseitigen Einvernehmen die Einzelheiten fest.

(2) Die Leiter der Grenzabfertigungsstellen oder die an den Grenzabfertigungsstellen diensthabenden höchsten Bediensteten der in Absatz 1 genannten Stellen treffen im gegenseitigen Einvernehmen die kurzfristig erforderlichen Maßnahmen.

Artikel 4

Mit Inkrafttreten dieser Vereinbarung tritt die Vereinbarung vom 2. Dezember 1977 über die Errichtung nebeneinanderliegender Grenzabfertigungsstellen am Grenzübergang Grenzacherhorn/Riehen-Grenzacherstrasse außer Kraft.

Artikel 5

(1) Diese Vereinbarung wird nach Artikel 1 Absatz 4 des Abkommens vom 1. Juni 1961 durch den Austausch von diplomatischen Noten bestätigt und in Kraft gesetzt.

(2) Die Vereinbarung kann auf diplomatischem Wege unter Einhaltung einer Frist von sechs Monaten zum ersten Tag eines Monats gekündigt werden.

Geschehen zu Bonn am 15. Juni 2010 in zwei Urschriften in deutscher Sprache.

Für das Bundesministerium der Finanzen
im Einvernehmen mit dem Bundesministerium des Innern
der Bundesrepublik Deutschland

Stähr

Für das Eidgenössische Finanzdepartement
der Schweizerischen Eidgenossenschaft

Dietrich

**Vereinbarung
zwischen dem Bundesministerium der Finanzen
der Bundesrepublik Deutschland
und dem Eidgenössischen Finanzdepartement
der Schweizerischen Eidgenossenschaft
über die Errichtung nebeneinanderliegender Grenzabfertigungsstellen
am Grenzübergang Günzgen/Wasterkingen**

Das Bundesministerium der Finanzen
der Bundesrepublik Deutschland

und

das Eidgenössische Finanzdepartement
der Schweizerischen Eidgenossenschaft –

gestützt auf Artikel 1 Absatz 3 des Abkommens vom 1. Juni 1961 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über die Errichtung nebeneinanderliegender Grenzabfertigungsstellen und die Grenzabfertigung in Verkehrsmitteln während der Fahrt (im Folgenden „Abkommen vom 1. Juni 1961“) –

haben Folgendes vereinbart:

Artikel 1

(1) Am Grenzübergang Günzgen/Wasterkingen werden auf dem Hoheitsgebiet der Schweizerischen Eidgenossenschaft nebeneinanderliegende Grenzabfertigungsstellen errichtet.

(2) Die deutsche und die schweizerische Grenzabfertigung finden an diesen Grenzabfertigungsstellen statt.

Artikel 2

(1) Die Zone umfasst auf dem Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland:

- a) die Straße von Rafz nach Günzgen von der gemeinsamen Grenze bis zu einer Entfernung von 107 Meter in Richtung Günzgen und dem Ende der Ausstellspur, gemessen vom Schnittpunkt der Grenze mit der Achse der Straße, einschließlich des Gehweges;
- b) den Zollamtsvorplatz;
- c) die zwei dem Zollgebäude gegenüberliegenden befestigten Parkplätze;

d) die Ausstellspur Flurstück 1886/1 gemäß dem Lagebuch der Gemeinde Hohentengen.

(2) Die Zone umfasst auf dem Hoheitsgebiet der Schweizerischen Eidgenossenschaft:

- a) die den deutschen Bediensteten zur alleinigen oder gemeinschaftlichen Nutzung überlassenen Räume;
- b) das Grundstück Kataster-Nummer 1133 der Gemeinde Wasterkingen, mit Ausnahme der durch den Buchstaben a nicht erfassten Teile des Zollgebäudes;
- c) die Straße von Günzgen nach Rafz von der gemeinsamen Grenze bis zu einer Entfernung von 100 Meter in Richtung Rafz, gemessen vom Schnittpunkt der Grenze mit der Achse der Straße.

Artikel 3

(1) Die Bundesfinanzdirektion Südwest und die Bundespolizeidirektion Stuttgart einerseits sowie die Zollkreisdirektion Schaffhausen andererseits legen im gegenseitigen Einvernehmen die Einzelheiten fest.

(2) Die Leiter der Grenzabfertigungsstellen oder die an den Grenzabfertigungsstellen diensthabenden höchsten Bediensteten der in Absatz 1 genannten Stellen treffen im gegenseitigen Einvernehmen die kurzfristig erforderlichen Maßnahmen.

Artikel 4

(1) Diese Vereinbarung wird nach Artikel 1 Absatz 4 des Abkommens vom 1. Juni 1961 durch den Austausch von diplomatischen Noten bestätigt und in Kraft gesetzt.

(2) Die Vereinbarung kann auf diplomatischem Wege unter Einhaltung einer Frist von sechs Monaten zum ersten Tag eines Monats gekündigt werden.

Geschehen zu Bonn am 15. Juni 2010 in zwei Urschriften in deutscher Sprache.

Für das Bundesministerium der Finanzen
im Einvernehmen mit dem Bundesministerium des Innern
der Bundesrepublik Deutschland

Stähr

Für das Eidgenössische Finanzdepartement
der Schweizerischen Eidgenossenschaft

Dietrich

**Vereinbarung
zwischen dem Bundesministerium der Finanzen
der Bundesrepublik Deutschland
und dem Eidgenössischen Finanzdepartement
der Schweizerischen Eidgenossenschaft
über die Errichtung nebeneinanderliegender Grenzabfertigungsstellen
am Grenzübergang Jestetten/Neuhausen am Rheinfall**

Das Bundesministerium der Finanzen
der Bundesrepublik Deutschland

und

das Eidgenössische Finanzdepartement
der Schweizerischen Eidgenossenschaft –

gestützt auf Artikel 1 Absatz 3 des Abkommens vom 1. Juni 1961 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über die Errichtung nebeneinanderliegender Grenzabfertigungsstellen und die Grenzabfertigung in Verkehrsmitteln während der Fahrt (im Folgenden „Abkommen vom 1. Juni 1961“) –

haben Folgendes vereinbart:

Artikel 1

(1) Am Grenzübergang Jestetten/Neuhausen am Rheinfall werden auf dem Hoheitsgebiet der Schweizerischen Eidgenossenschaft nebeneinanderliegende Grenzabfertigungsstellen errichtet.

(2) Die deutsche und die schweizerische Grenzabfertigung finden an diesen Grenzabfertigungsstellen statt.

Artikel 2

(1) Die Zone umfasst auf dem Hoheitsgebiet der Schweizerischen Eidgenossenschaft:

- a) die den deutschen Bediensteten zur alleinigen oder gemeinschaftlichen Benutzung überlassenen Räume;
- b) den die Dienstgebäude der Gemeinschaftszollanlage auf drei Seiten umgebenden Amtsplatz;
- c) einen Abschnitt der Straße von Jestetten nach Neuhausen von der gemeinsamen Grenze bis zu einer Entfernung von

130 Meter, gemessen in Richtung Neuhausen vom Schnittpunkt der gemeinsamen Grenze mit der Achse der Straße.

(2) Die Zone umfasst auf dem Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland:

einen Abschnitt der Straße von Neuhausen nach Jestetten von der gemeinsamen Grenze bis zu einer Entfernung von 100 Meter, gemessen in Richtung Jestetten vom Schnittpunkt der gemeinsamen Grenze mit der Achse der Straße.

Artikel 3

(1) Die Bundesfinanzdirektion Südwest und die Bundespolizeidirektion Stuttgart einerseits sowie die Zollkreisdirektion Schaffhausen andererseits legen im gegenseitigen Einvernehmen die Einzelheiten fest.

(2) Die Leiter der Grenzabfertigungsstellen oder die an den Grenzabfertigungsstellen diensthabenden höchsten Bediensteten der in Absatz 1 genannten Stellen treffen im gegenseitigen Einvernehmen die kurzfristig erforderlichen Maßnahmen.

Artikel 4

Mit Inkrafttreten dieser Vereinbarung tritt die Vereinbarung vom 20. Mai 1965 über die Errichtung nebeneinanderliegender Grenzabfertigungsstellen am Grenzübergang Jestetten-Hardt/Neuhausen am Rheinfall außer Kraft.

Artikel 5

(1) Diese Vereinbarung wird nach Artikel 1 Absatz 4 des Abkommens vom 1. Juni 1961 durch den Austausch von diplomatischen Noten bestätigt und in Kraft gesetzt.

(2) Die Vereinbarung kann auf diplomatischem Wege unter Einhaltung einer Frist von sechs Monaten zum ersten Tag eines Monats gekündigt werden.

Geschehen zu Bonn am 15. Juni 2010 in zwei Urschriften in deutscher Sprache.

Für das Bundesministerium der Finanzen
im Einvernehmen mit dem Bundesministerium des Innern
der Bundesrepublik Deutschland

Stähr

Für das Eidgenössische Finanzdepartement
der Schweizerischen Eidgenossenschaft

Dietrich

Vereinbarung
zwischen dem Bundesministerium der Finanzen
der Bundesrepublik Deutschland
und dem Eidgenössischen Finanzdepartement
der Schweizerischen Eidgenossenschaft
über die Errichtung nebeneinanderliegender Grenzabfertigungsstellen
am Grenzübergang Konstanz-Kreuzlinger Tor/Kreuzlingen

Das Bundesministerium der Finanzen
der Bundesrepublik Deutschland

und

das Eidgenössische Finanzdepartement
der Schweizerischen Eidgenossenschaft –

gestützt auf Artikel 1 Absatz 3 des Abkommens vom 1. Juni 1961 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über die Errichtung nebeneinanderliegender Grenzabfertigungsstellen und die Grenzabfertigung in Verkehrsmitteln während der Fahrt (im Folgenden „Abkommen vom 1. Juni 1961“) –

haben Folgendes vereinbart:

Artikel 1

(1) Am Grenzübergang Konstanz-Kreuzlinger Tor/Kreuzlingen werden auf dem Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland und auf dem Hoheitsgebiet der Schweizerischen Eidgenossenschaft nebeneinanderliegende Grenzabfertigungsstellen errichtet.

(2) Die deutsche und die schweizerische Grenzabfertigung finden an diesen Grenzabfertigungsstellen statt.

Artikel 2

(1) Die Zone umfasst auf dem Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland:

- a) den in der Bundesrepublik Deutschland gelegenen Teil des Amtsplatzes, bestehend aus einem Abschnitt der Durchgangsstraße inklusive Gehwege (Kreuzlingerstrasse) von 52,5 Meter in Richtung Bundesrepublik Deutschland, vom Grenzstein 15 aus gemessen;
- b) das Straßenstück zwischen der Grenzübergangsstelle Konstanz-Wiesenstraße/Kreuzlingen-Wiesenstrasse bis zur Bushaltestelle Konstanz-Busbahnhof und die auf diesem Straßenstück grenzüberschreitend verkehrenden Linienbusse.

(2) Die Zone umfasst auf dem Hoheitsgebiet der Schweizerischen Eidgenossenschaft:

- a) den in der Schweizerischen Eidgenossenschaft gelegenen Teil des Amtsplatzes, bestehend aus einem Abschnitt der Durchgangsstraße inklusive Gehwege (Hauptstraße) von 65 Meter in Richtung Schweizerische Eidgenossenschaft, vom Grenzstein 15 aus gemessen;
- b) das Straßenstück zwischen der Grenzübergangsstelle Konstanz-Wiesenstraße/Kreuzlingen-Wiesenstrasse bis zur Bushaltestelle Kreuzlingen-Hauptstrasse und die auf diesem Straßenstück grenzüberschreitend verkehrenden Linienbusse.

Artikel 3

(1) Die Bundesfinanzdirektion Südwest und die Bundespolizeidirektion Stuttgart einerseits sowie die Zollkreisdirektion Schaffhausen andererseits legen im gegenseitigen Einvernehmen die Einzelheiten fest.

(2) Die Leiter der Grenzabfertigungsstellen oder die an den Grenzabfertigungsstellen diensthabenden höchsten Bediensteten der in Absatz 1 genannten Stellen treffen im gegenseitigen Einvernehmen die kurzfristig erforderlichen Maßnahmen.

Artikel 4

Mit Inkrafttreten dieser Vereinbarung tritt die Vereinbarung vom 28. Juni 1967 über die Errichtung nebeneinanderliegender Grenzabfertigungsstellen am Grenzübergang Konstanz-Kreuzlinger Tor/Kreuzlingen außer Kraft.

Artikel 5

(1) Diese Vereinbarung wird nach Artikel 1 Absatz 4 des Abkommens vom 1. Juni 1961 durch den Austausch von diplomatischen Noten bestätigt und in Kraft gesetzt.

(2) Die Vereinbarung kann auf diplomatischem Wege unter Einhaltung einer Frist von sechs Monaten zum ersten Tag eines Monats gekündigt werden.

Geschehen zu Bonn am 15. Juni 2010 in zwei Urschriften in deutscher Sprache.

Für das Bundesministerium der Finanzen
im Einvernehmen mit dem Bundesministerium des Innern
der Bundesrepublik Deutschland

Stähr

Für das Eidgenössische Finanzdepartement
der Schweizerischen Eidgenossenschaft

Dietrich

**Vereinbarung
zwischen dem Bundesministerium der Finanzen
der Bundesrepublik Deutschland
und dem Eidgenössischen Finanzdepartement
der Schweizerischen Eidgenossenschaft
über die Errichtung nebeneinanderliegender Grenzabfertigungsstellen
am Grenzübergang Konstanz-Autobahn/Kreuzlingen**

Das Bundesministerium der Finanzen
der Bundesrepublik Deutschland

und

das Eidgenössische Finanzdepartement
der Schweizerischen Eidgenossenschaft –

gestützt auf Artikel 1 Absatz 3 des Abkommens vom 1. Juni 1961 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über die Errichtung nebeneinanderliegender Grenzabfertigungsstellen und die Grenzabfertigung in Verkehrsmitteln während der Fahrt (im Folgenden „Abkommen vom 1. Juni 1961“) –

haben Folgendes vereinbart:

Artikel 1

(1) Am Grenzübergang Konstanz-Autobahn/Kreuzlingen werden auf dem Hoheitsgebiet der Schweizerischen Eidgenossenschaft nebeneinanderliegende Grenzabfertigungsstellen errichtet.

(2) Die deutsche und die schweizerische Grenzabfertigung finden an diesen Grenzabfertigungsstellen statt.

Artikel 2

(1) Die Zone umfasst:

- a) das ganze eingezäunte Areal der Gemeinschaftszollanlage und die Autobahn A7 ab Landesgrenze (Autobahnkilometer 34053.00) bis zum Autobahnkreisel („Euregiokreisel“ bei Autobahnkilometer 33424.50);

b) die Zufahrtsstraße ab Landesgrenze bis zum Parkplatz;

c) der Verbindungstunnel zwischen den Anlageteilen;

d) die in den Dienstgebäuden der Gemeinschaftszollanlage den schweizerischen und deutschen Bediensteten zur gemeinschaftlichen Benutzung überlassenen Räume;

e) die in den Dienstgebäuden der Gemeinschaftszollanlage den deutschen Bediensteten zur alleinigen Benutzung überlassenen Räume.

Artikel 3

(1) Die Bundesfinanzdirektion Südwest und die Bundespolizeidirektion Stuttgart einerseits sowie die Zollkreisdirektion Schaffhausen andererseits legen im gegenseitigen Einvernehmen die Einzelheiten fest.

(2) Die Leiter der Grenzabfertigungsstellen oder die an den Grenzabfertigungsstellen diensthabenden höchsten Bediensteten der in Absatz 1 genannten Stellen treffen im gegenseitigen Einvernehmen die kurzfristig erforderlichen Maßnahmen.

Artikel 4

(1) Diese Vereinbarung wird nach Artikel 1 Absatz 4 des Abkommens vom 1. Juni 1961 durch den Austausch von diplomatischen Noten bestätigt und in Kraft gesetzt.

(2) Die Vereinbarung kann auf diplomatischem Wege unter Einhaltung einer Frist von sechs Monaten zum ersten Tag eines Monats gekündigt werden.

Geschehen zu Bonn am 15. Juni 2010 in zwei Urschriften in deutscher Sprache.

Für das Bundesministerium der Finanzen
im Einvernehmen mit dem Bundesministerium des Innern
der Bundesrepublik Deutschland

Stähr

Für das Eidgenössische Finanzdepartement
der Schweizerischen Eidgenossenschaft

Dietrich

Vereinbarung
zwischen dem Bundesministerium der Finanzen
der Bundesrepublik Deutschland
und dem Eidgenössischen Finanzdepartement
der Schweizerischen Eidgenossenschaft
über die Errichtung nebeneinanderliegender Grenzabfertigungsstellen
am Grenzübergang Konstanz-Emmishofer Tor/Kreuzlingen-Emmishofen

Das Bundesministerium der Finanzen
der Bundesrepublik Deutschland

und

das Eidgenössische Finanzdepartement
der Schweizerischen Eidgenossenschaft –

gestützt auf Artikel 1 Absatz 3 des Abkommens vom 1. Juni 1961 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über die Errichtung nebeneinanderliegender Grenzabfertigungsstellen und die Grenzabfertigung in Verkehrsmitteln während der Fahrt (im Folgenden „Abkommen vom 1. Juni 1961“) –

haben Folgendes vereinbart:

Artikel 1

(1) Am Grenzübergang Konstanz-Emmishofer Tor/Kreuzlingen-Emmishofen werden auf dem Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland und auf dem Hoheitsgebiet der Schweizerischen Eidgenossenschaft nebeneinanderliegende Grenzabfertigungsstellen errichtet.

(2) Die deutsche und die schweizerische Grenzabfertigung finden an diesen Grenzabfertigungsstellen statt.

Artikel 2

(1) Die Zone umfasst auf dem Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland:

- a) einen Abschnitt der Durchgangsstraße (Konstanzerstraße/Emmishoferstraße) von 48,5 Meter in nordöstlicher Richtung, vom Grenzstein 22 aus gemessen, einschließlich der Gehwege;
- b) den hinter dem deutschen Dienstgebäude gelegenen Platz inklusive Zufahrt und Gehwege.

(2) Die Zone umfasst auf dem Hoheitsgebiet der Schweizerischen Eidgenossenschaft:

- a) einen Abschnitt der Durchgangsstraße (Konstanzerstraße/Emmishoferstraße) von 56 Meter in südwestlicher Richtung, vom Grenzstein 22 aus gemessen, einschließlich der Gehwege;
- b) dem südwestlich des Dienstgebäudes der Gemeinschaftszollanlage gelegenen Platz zwischen der Konstanzerstraße, der Tägermoosstraße, dem Grundstück Tägermoosstraße 2, den zwei Garagengebäuden und dem Theoriesaal.

Artikel 3

(1) Die Bundesfinanzdirektion Südwest und die Bundespolizeidirektion Stuttgart einerseits sowie die Zollkreisdirektion Schaffhausen andererseits legen im gegenseitigen Einvernehmen die Einzelheiten fest.

(2) Die Leiter der Grenzabfertigungsstellen oder die an den Grenzabfertigungsstellen diensthabenden höchsten Bediensteten der in Absatz 1 genannten Stellen treffen im gegenseitigen Einvernehmen die kurzfristig erforderlichen Maßnahmen.

Artikel 4

Mit Inkrafttreten dieser Vereinbarung tritt die Vereinbarung vom 28. Juni 1967 über die Errichtung nebeneinanderliegender Grenzabfertigungsstellen am Grenzübergang Konstanz-Emmishofer Tor/Kreuzlingen-Emmishofen außer Kraft.

Artikel 5

(1) Diese Vereinbarung wird nach Artikel 1 Absatz 4 des Abkommens vom 1. Juni 1961 durch den Austausch von diplomatischen Noten bestätigt und in Kraft gesetzt.

(2) Die Vereinbarung kann auf diplomatischem Wege unter Einhaltung einer Frist von sechs Monaten zum ersten Tag eines Monats gekündigt werden.

Geschehen zu Bonn am 15. Juni 2010 in zwei Urschriften in
deutscher Sprache.

Für das Bundesministerium der Finanzen
im Einvernehmen mit dem Bundesministerium des Innern
der Bundesrepublik Deutschland

Stähr

Für das Eidgenössische Finanzdepartement
der Schweizerischen Eidgenossenschaft

Dietrich

Vereinbarung
zwischen dem Bundesministerium der Finanzen
der Bundesrepublik Deutschland
und dem Eidgenössischen Finanzdepartement
der Schweizerischen Eidgenossenschaft
über die Errichtung nebeneinanderliegender Grenzabfertigungsstellen
am Grenzübergang Laufenburg (D)/Laufenburg (CH)

Das Bundesministerium der Finanzen
der Bundesrepublik Deutschland

und

das Eidgenössische Finanzdepartement
der Schweizerischen Eidgenossenschaft –

gestützt auf Artikel 1 Absatz 3 des Abkommens vom 1. Juni 1961 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über die Errichtung nebeneinanderliegender Grenzabfertigungsstellen und die Grenzabfertigung in Verkehrsmitteln während der Fahrt (im Folgenden „Abkommen vom 1. Juni 1961“) –

haben Folgendes vereinbart:

Artikel 1

(1) Am Grenzübergang Laufenburg/Laufenburg (Schweiz) werden auf dem Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland nebeneinanderliegende Grenzabfertigungsstellen errichtet.

(2) Die deutsche und die schweizerische Grenzabfertigung finden an diesen Grenzabfertigungsstellen statt.

Artikel 2

Die Zone umfasst:

- a) das Straßenstück der Landesstrasse 151 a einschließlich der Geh- und Radwege, begrenzt durch die gemeinsame Grenze einerseits einschließlich der Brücke über den Katzensgraben (Bauwerk-Nummer 8414/660) andererseits;

b) das gesamte Areal der Gemeinschaftszollanlage, das begrenzt wird durch die umgebenden land- und forstwirtschaftlich genutzten Grundstücke und die Grün- und Erholungsflächen;

c) die den schweizerischen Bediensteten zur alleinigen oder gemeinschaftlichen Benutzung überlassenen Räume.

Artikel 3

(1) Die Bundesfinanzdirektion Südwest und die Bundespolizeidirektion Stuttgart einerseits sowie die Zollkreisdirektion Basel andererseits legen im gegenseitigen Einvernehmen die Einzelheiten fest.

(2) Die Leiter der Grenzabfertigungsstellen oder die an den Grenzabfertigungsstellen diensthabenden höchsten Bediensteten der in Absatz 1 genannten Stellen treffen im gegenseitigen Einvernehmen die kurzfristig erforderlichen Maßnahmen.

Artikel 4

(1) Diese Vereinbarung wird nach Artikel 1 Absatz 4 des Abkommens vom 1. Juni 1961 durch den Austausch von diplomatischen Noten bestätigt und in Kraft gesetzt.

(2) Die Vereinbarung kann auf diplomatischem Wege unter Einhaltung einer Frist von sechs Monaten zum ersten Tag eines Monats gekündigt werden.

Geschehen zu Bonn am 15. Juni 2010 in zwei Urschriften in
deutscher Sprache.

Für das Bundesministerium der Finanzen
im Einvernehmen mit dem Bundesministerium des Innern
der Bundesrepublik Deutschland

Stähr

Für das Eidgenössische Finanzdepartement
der Schweizerischen Eidgenossenschaft

Dietrich

Vereinbarung
zwischen dem Bundesministerium der Finanzen
der Bundesrepublik Deutschland
und dem Eidgenössischen Finanzdepartement
der Schweizerischen Eidgenossenschaft
über die Errichtung nebeneinanderliegender Grenzabfertigungsstellen
am Grenzübergang Randegg/Dörflingen

Das Bundesministerium der Finanzen
der Bundesrepublik Deutschland

und

das Eidgenössische Finanzdepartement
der Schweizerischen Eidgenossenschaft –

gestützt auf Artikel 1 Absatz 3 des Abkommens vom 1. Juni 1961 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über die Errichtung nebeneinanderliegender Grenzabfertigungsstellen und die Grenzabfertigung in Verkehrsmitteln während der Fahrt (im Folgenden „Abkommen vom 1. Juni 1961“) –

haben Folgendes vereinbart:

Artikel 1

(1) Am Grenzübergang Randegg/Dörflingen werden auf dem Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland nebeneinanderliegende Grenzabfertigungsstellen errichtet.

(2) Die deutsche und die schweizerische Grenzabfertigung finden an diesen Grenzabfertigungsstellen statt.

Artikel 2

(1) Die Zone umfasst:

- a) die den schweizerischen Bediensteten zur alleinigen oder gemeinschaftlichen Nutzung überlassenen Räume;

b) die Kreisstraße 6149 (Dörflingerstraße) von der Grenze bei den Grenzsteinen 954 und 955 bis zum Beginn des Grundstückes mit der Flurstück-Nummer 916/2 einschließlich der Böschung und der Seitenstreifen;

c) das Grundstück mit der Flurstück-Nummer 921 ohne das Wohngebäude Dörflingerstraße 8 und ohne die durch Buchstaben a nicht erfassten Teile des Dienstwohngebäudes Dörflingerstraße 10, ohne die in der Zone privat genutzten Garagen sowie der asphaltierte Teil des Grundstückes Flurstück-Nummer 949 (Weg).

Artikel 3

(1) Die Bundesfinanzdirektion Südwest und die Bundespolizeidirektion Stuttgart einerseits sowie die Zollkreisdirektion Schaffhausen andererseits legen im gegenseitigen Einvernehmen die Einzelheiten fest.

(2) Die Leiter der Grenzabfertigungsstellen oder die an den Grenzabfertigungsstellen diensthabenden höchsten Bediensteten der in Absatz 1 genannten Stellen treffen im gegenseitigen Einvernehmen die kurzfristig erforderlichen Maßnahmen.

Artikel 4

(1) Diese Vereinbarung wird nach Artikel 1 Absatz 4 des Abkommens vom 1. Juni 1961 durch den Austausch von diplomatischen Noten bestätigt und in Kraft gesetzt.

(2) Die Vereinbarung kann auf diplomatischem Wege unter Einhaltung einer Frist von sechs Monaten zum ersten Tag eines Monats gekündigt werden.

Geschehen zu Bonn am 15. Juni 2010 in zwei Urschriften in deutscher Sprache.

Für das Bundesministerium der Finanzen
im Einvernehmen mit dem Bundesministerium des Innern
der Bundesrepublik Deutschland

Stähr

Für das Eidgenössische Finanzdepartement
der Schweizerischen Eidgenossenschaft

Dietrich

**Vereinbarung
zwischen dem Bundesministerium der Finanzen
der Bundesrepublik Deutschland
und dem Eidgenössischen Finanzdepartement
der Schweizerischen Eidgenossenschaft
über die Errichtung nebeneinanderliegender Grenzübergangsstellen
am Grenzübergang Rheinfelden-Autobahn (D)/Rheinfelden-Autobahn (CH)**

Das Bundesministerium der Finanzen
der Bundesrepublik Deutschland

und

das Eidgenössische Finanzdepartement
der Schweizerischen Eidgenossenschaft –

gestützt auf Artikel 1 Absatz 3 des Abkommens vom 1. Juni 1961 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über die Errichtung nebeneinanderliegender Grenzübergangsstellen und die Grenzübergangsstellen in Verkehrsmitteln während der Fahrt (im Folgenden „Abkommen vom 1. Juni 1961“) –

haben Folgendes vereinbart:

Artikel 1

(1) Am Grenzübergang Rheinfelden-Autobahn/Rheinfelden werden auf dem Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland und dem Hoheitsgebiet der Schweizerischen Eidgenossenschaft nebeneinanderliegende Grenzübergangsstellen errichtet.

(2) Die deutsche und die schweizerische Grenzübergangsstelle finden an diesen Grenzübergangsstellen statt.

Artikel 2

(1) Die Zone umfasst auf dem Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland:

- a) das von der Grenze bis zu dem in Buchstaben b umschriebenen Gebietsteil größtenteils als Rheinbrücke Rheinfelden erstellte Teilstück der Autobahn A 861 bis zum Autobahnkilometer 0,200;
- b) das gesamte Areal der Gemeinschaftszollanlage, welches begrenzt ist
 - im Osten, Norden und Westen durch den Begrenzungszaun bis zu dessen Ende bei Autobahnkilometer 0,440;

und von dort durch eine Linie, die dem westlichen Rand des Mittelstreifens bis Autobahnkilometer 0,200 folgt;

mit Ausnahme des eingezäunten, auf einem Damm erstellten und den Anlagenteil durchquerenden Teilstückes der Bahnlinie Basel – Konstanz;

- c) die in den Dienstgebäuden der Gemeinschaftszollanlage den schweizerischen Bediensteten zur gemeinschaftlichen oder alleinigen Benutzung überlassenen Räume;
- d) den begehbaren Verbindungsweg entlang der Autobahn zwischen den auf dem Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland und auf dem Hoheitsgebiet der Schweizerischen Eidgenossenschaft gelegenen Anlagenteilen.

(2) Für Fahrzeuge, die aus dem in der Bundesrepublik Deutschland gelegenen Anlagenteil in die Schweizerische Eidgenossenschaft zurückgeleitet werden müssen, ist auch die Fahrbahn der A 861 in Richtung Schweizerische Eidgenossenschaft für die Dauer der Benutzung Zone.

(3) Die Zone umfasst auf dem Hoheitsgebiet der Schweizerischen Eidgenossenschaft:

- a) einen Gebietsteil, welcher begrenzt ist

durch die Grenze und die beidseitigen Fahrbahnrande der Rheinbrücke Rheinfelden bis zum jeweiligen Beginn der Begrenzungszaune des Autobahnzubringers N 3 – A 98;

durch das gesamte Areal der Gemeinschaftszollanlage innerhalb des Begrenzungszaunes bis zum Bahndamm;

- b) die in den Dienstgebäuden der Gemeinschaftszollanlage den deutschen Bediensteten zur gemeinschaftlichen oder alleinigen Benutzung überlassenen Räume;
- c) den begehbaren Verbindungsweg entlang des Autobahnzubringers N 3 – A 98 zwischen den auf dem Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland und auf dem Hoheitsgebiet der Schweizerischen Eidgenossenschaft gelegenen Anlagenteilen.

(4) Für Fahrzeuge, die aus dem in der Schweizerischen Eidgenossenschaft gelegenen Anlagenteil in die Bundesrepublik Deutschland zurückgeleitet werden müssen, ist die Verbindungsstraße zur Kantonsstrasse K 292, die Kantonsstrasse K 292 zwischen den beiden Verkehrsinseln sowie die Auffahrt zur Autobahn Richtung Bundesrepublik Deutschland für die Dauer der Benutzung Zone.

Artikel 3

(1) Die Bundesfinanzdirektion Südwest und die Bundespolizeidirektion Stuttgart einerseits sowie die Zollkreisdirektion Basel andererseits legen im gegenseitigen Einvernehmen die Einzelheiten fest.

(2) Die Leiter der Grenzabfertigungsstellen oder die an den Grenzabfertigungsstellen diensthabenden höchsten Bediensteten der in Absatz 1 genannten Stellen treffen im gegenseitigen Einvernehmen die kurzfristig erforderlichen Maßnahmen.

Artikel 4

(1) Diese Vereinbarung wird nach Artikel 1 Absatz 4 des Abkommens vom 1. Juni 1961 durch den Austausch von diplomatischen Noten bestätigt und in Kraft gesetzt.

(2) Die Vereinbarung kann auf diplomatischem Wege unter Einhaltung einer Frist von sechs Monaten zum ersten Tag eines Monats gekündigt werden.

Geschehen zu Bonn am 15. Juni 2010 in zwei Urschriften in deutscher Sprache.

Für das Bundesministerium der Finanzen
im Einvernehmen mit dem Bundesministerium des Innern
der Bundesrepublik Deutschland

Stähr

Für das Eidgenössische Finanzdepartement
der Schweizerischen Eidgenossenschaft

Dietrich

**Vereinbarung
zwischen dem Bundesministerium der Finanzen
der Bundesrepublik Deutschland
und dem Eidgenössischen Finanzdepartement
der Schweizerischen Eidgenossenschaft
über die Errichtung nebeneinanderliegender Grenzabfertigungsstellen
am Grenzübergang Weil am Rhein-Friedlingen/Basel-Hiltalingerstrasse**

Das Bundesministerium der Finanzen
der Bundesrepublik Deutschland

und

das Eidgenössische Finanzdepartement
der Schweizerischen Eidgenossenschaft –

gestützt auf Artikel 1 Absatz 3 des Abkommens vom 1. Juni 1961 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über die Errichtung nebeneinanderliegender Grenzabfertigungsstellen und die Grenzabfertigung in Verkehrsmitteln während der Fahrt (im Folgenden „Abkommen vom 1. Juni 1961“) –

haben Folgendes vereinbart:

Artikel 1

(1) Am Grenzübergang Weil am Rhein-Friedlingen/Basel-Hiltalingerstrasse werden auf dem Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland und auf dem Hoheitsgebiet der Schweizerischen Eidgenossenschaft nebeneinanderliegende Grenzabfertigungsstellen errichtet.

(2) Die deutsche und die schweizerische Grenzabfertigung finden an diesen Grenzabfertigungsstellen statt.

Artikel 2

(1) Die Zone umfasst auf dem Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland:

a) einen Gebietsteil, der begrenzt ist:

- im Süden durch die gemeinsame Grenze;

- im Westen von der gemeinsamen Grenze durch eine Linie entlang der straßenseitigen Hecke bis auf Höhe der Verkehrsinsel am Ortseingang, einschließlich des Gehweges;
- im Norden durch eine durch die Mitte der Verkehrsinsel quer über die Straße und die Gehwege bis zu den Abgrenzungshecken verlaufende Linie;
- im Osten durch eine Linie entlang der Straße, einschließlich des Gehweges, bis zur gemeinsamen Grenze;

b) die im östlichen Teil gelegene Überholgarage;

c) die Abfertigungskabine in der Straßenmitte;

d) die Räumlichkeiten im Erdgeschoss des Zollamts.

(2) Die Zone umfasst auf dem Hoheitsgebiet der Schweizerischen Eidgenossenschaft:

a) einen Gebietsteil, der begrenzt ist:

- im Norden durch die gemeinsame Grenze;
- im Westen durch eine Linie entlang der Hecke bis zum Haus „Kuster“ und von dort durch die Fluchtlinie der straßenseitigen Fassade dieses Hauses, im weiteren Verlauf der Mauer des Tanklagers entlang bis zur Telefonkabine, einschließlich des Gehweges;
- im Süden durch eine senkrechte Linie über die Straße auf Höhe der Telefonkabine;
- im Osten ab Einfahrt „AVIA“-Tankstelle in einer Linie der Straße entlang bis zur Garageneinfahrt der schweizerischen Zollverwaltung, von dort der Mauer entlang bis zur Grenze, einschließlich des Gehweges;

b) den Pausenraum im Haus „Kuster“;

- c) die Toiletten, den Durchsuchungsraum und den Festhalte-
raum im Haus „Kuster“, einschließlich des Zugangs;
- d) die Abfertigungskabine, einschließlich des den deutschen
Bediensteten zur Benutzung überlassenen Teils.

Artikel 3

(1) Die Bundesfinanzdirektion Südwest und die Bundespoli-
zeidirektion Stuttgart einerseits sowie die Zollkreisdirektion
Basel andererseits legen im gegenseitigen Einvernehmen die
Einzelheiten fest.

(2) Die Leiter der Grenzabfertigungsstellen oder die an den
Grenzabfertigungsstellen diensthabenden höchsten Bediensteten
der in Absatz 1 genannten Stellen treffen im gegenseitigen
Einvernehmen die kurzfristig erforderlichen Maßnahmen.

Artikel 4

Mit Inkrafttreten dieser Vereinbarung tritt die Vereinbarung vom
25. April 1968 über die Errichtung nebeneinanderliegender
Grenzabfertigungsstellen am Grenzübergang Weil-Friedlingen/
Basel-Hiltalingerstrasse außer Kraft.

Artikel 5

(1) Diese Vereinbarung wird nach Artikel 1 Absatz 4 des
Abkommens vom 1. Juni 1961 durch den Austausch von diplo-
matischen Noten bestätigt und in Kraft gesetzt.

(2) Die Vereinbarung kann auf diplomatischem Wege unter
Einhaltung einer Frist von sechs Monaten zum ersten Tag eines
Monats gekündigt werden.

Geschehen zu Bonn am 15. Juni 2010 in zwei Urschriften in
deutscher Sprache.

Für das Bundesministerium der Finanzen
im Einvernehmen mit dem Bundesministerium des Innern
der Bundesrepublik Deutschland

Stähr

Für das Eidgenössische Finanzdepartement
der Schweizerischen Eidgenossenschaft

Dietrich

**Vereinbarung
zwischen dem Bundesministerium der Finanzen
der Bundesrepublik Deutschland
und dem Eidgenössischen Finanzdepartement
der Schweizerischen Eidgenossenschaft
über die Errichtung nebeneinanderliegender Grenzabfertigungsstellen
am Grenzübergang Rötteln/Kaiserstuhl**

Das Bundesministerium der Finanzen
der Bundesrepublik Deutschland

und

das Eidgenössische Finanzdepartement
der Schweizerischen Eidgenossenschaft –

gestützt auf Artikel 1 Absatz 3 des Abkommens vom 1. Juni 1961 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über die Errichtung nebeneinanderliegender Grenzabfertigungsstellen und die Grenzabfertigung in Verkehrsmitteln während der Fahrt (im Folgenden „Abkommen vom 1. Juni 1961“) –

haben Folgendes vereinbart:

Artikel 1

(1) Am Grenzübergang Rötteln/Kaiserstuhl werden auf dem Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland nebeneinanderliegende Grenzabfertigungsstellen errichtet.

(2) Die deutsche und die schweizerische Grenzabfertigung finden an diesen Grenzabfertigungsstellen statt.

Artikel 2

(1) Die Zone umfasst auf dem Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland:

- a) die den schweizerischen Bediensteten zur Durchführung ihrer Aufgaben zur alleinigen oder gemeinschaftlichen Nutzung überlassenen Räume;
- b) die Straße von Kaiserstuhl nach Hohentengen von der gemeinsamen Grenze ab Brückenmitte, einschließlich des Gehweges, bis zur Abzweigung des Wanderweges östlich des Zollamtes;

c) den Zollamtsvorplatz ab westlicher Ecke des Zollgebäudes, einschließlich des befestigten Weges beim alten Zollhäuschen bis zum nördlichen Ende des Zollhauses.

(2) Die Zone umfasst auf dem Hoheitsgebiet der Schweizerischen Eidgenossenschaft:

die Straße von Hohentengen nach Kaiserstuhl von der gemeinsamen Grenze ab Brückenmitte, einschließlich des Gehweges, bis zur südlichen Ecke des Zollgebäudes sowie die Vorplätze rechts und links der Straße vom östlichen Ende des Zollgebäudes bis zum westlichen Ende des Restaurants „Post“.

Artikel 3

(1) Die Bundesfinanzdirektion Südwest und die Bundespolizeidirektion Stuttgart einerseits sowie die Zollkreisdirektion Schaffhausen andererseits legen im gegenseitigen Einvernehmen die Einzelheiten fest.

(2) Die Leiter der Grenzabfertigungsstellen oder die an den Grenzabfertigungsstellen diensthabenden höchsten Bediensteten der in Absatz 1 genannten Stellen treffen im gegenseitigen Einvernehmen die kurzfristig erforderlichen Maßnahmen.

Artikel 4

(1) Diese Vereinbarung wird nach Artikel 1 Absatz 4 des Abkommens vom 1. Juni 1961 durch den Austausch von diplomatischen Noten bestätigt und in Kraft gesetzt.

(2) Die Vereinbarung kann auf diplomatischem Wege unter Einhaltung einer Frist von sechs Monaten zum ersten Tag eines Monats gekündigt werden.

Geschehen zu Bonn am 15. Juni 2010 in zwei Urschriften in deutscher Sprache.

Für das Bundesministerium der Finanzen
im Einvernehmen mit dem Bundesministerium des Innern
der Bundesrepublik Deutschland

Stähr

Für das Eidgenössische Finanzdepartement
der Schweizerischen Eidgenossenschaft

Dietrich

Vereinbarung
zwischen dem Bundesministerium der Finanzen
der Bundesrepublik Deutschland
und dem Eidgenössischen Finanzdepartement
der Schweizerischen Eidgenossenschaft
über die Errichtung nebeneinanderliegender Grenzabfertigungsstellen
am Grenzübergang Weil am Rhein/Basel-Autobahn

Das Bundesministerium der Finanzen
der Bundesrepublik Deutschland
und

das Eidgenössische Finanzdepartement
der Schweizerischen Eidgenossenschaft –

gestützt auf Artikel 1 Absatz 3 des Abkommens vom 1. Juni 1961 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über die Errichtung nebeneinanderliegender Grenzabfertigungsstellen und die Grenzabfertigung in Verkehrsmitteln während der Fahrt (im Folgenden „Abkommen vom 1. Juni 1961“) –

haben Folgendes vereinbart:

Artikel 1

(1) Am Grenzübergang Weil am Rhein/Basel-Autobahn werden auf dem Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland nebeneinanderliegende Grenzabfertigungsstellen errichtet.

(2) Die deutsche und die schweizerische Grenzabfertigung finden an diesen Grenzabfertigungsstellen statt.

Artikel 2

(1) Die Zone umfasst:

- a) das in Hochlage erstellte Teilstück der Autobahn von der Grenze bis zu dem in Buchstabe b umschriebenen Gebietsteil und die Zubringerstraße zum schweizerischen Teil der Grenzabfertigungsanlage;
- b) einen Gebietsteil, der begrenzt ist:
 - im Osten durch den entlang der Autobahn und der Lustgartenstraße verlaufenden Begrenzungszaun bis zu seiner nordöstlichen Ecke an den Bedienstetenparkplätzen;

- im Norden durch eine Gerade, die von der nordöstlichen Ecke des Begrenzungszaunes zum westlichen Rand des Mittelstreifens bei Autobahnkilometer 812,555 führt, von dort durch eine Linie, die dem westlichen Rand des Mittelstreifens bis Autobahnkilometer 812,334 folgt, und von diesem Punkt durch eine Linie, die nach Westen entlang dem nördlichen Rand des Parkplatzes für Lastkraftwagen verläuft;
- im Westen durch den Rand des Parkplatzes für Lastkraftwagen (einschließlich der öffentlichen WC-Anlage beim Autobahnmeisterei-Stützpunkt) einschließlich des Fußweges vom Parkplatz bis zum Eingang des Transithauses (Im Kränzliacker 9), vom Transithaus bis zur Verbindungsstraße zur „Alten Straße“ auf der Höhe der Ausfahrt der Bedienstetenparkplätze, von dort durch eine Linie entlang dem Rand des Zollhofes und des Touristikzentrums bis zur Autobahn;
- c) die begehbaren Verbindungstunnels zwischen den Dienstgebäuden der Gemeinschaftszollanlage;
- d) die in den Dienstgebäuden der Gemeinschaftszollanlage den deutschen und schweizerischen Bediensteten zur gemeinschaftlichen Benutzung überlassenen Räume;
- e) die in den Dienstgebäuden der Gemeinschaftszollanlage den schweizerischen Bediensteten zur alleinigen Benutzung überlassenen Räume;
- f) die im Transithaus (Im Kränzliacker 9) den schweizerischen Bediensteten zur alleinigen und den deutschen und schweizerischen Bediensteten zur gemeinschaftlichen Nutzung überlassenen Räume;
- g) die vor dem Westeingang des Transithauses (Im Kränzliacker 9) als Bedienstetenparkplätze ausgewiesene Stellfläche.

(2) Für Fahrzeuge, die aus dem in der Bundesrepublik Deutschland belegenen Parkplatz in die Schweizerische Eidgenossenschaft zurückgeleitet werden müssen, ist die im Norden der Grenzabfertigungsanlage liegende Aus- und Einfahrt einschließlich der Straßenbrücke für die Dauer der Benutzung Zone.

Artikel 3

(1) Die Bundesfinanzdirektion Südwest und die Bundespolizeidirektion Stuttgart einerseits sowie die Zollkreisdirektion Basel andererseits legen im gegenseitigen Einvernehmen die Einzelheiten fest.

(2) Die Leiter der Grenzabfertigungsstellen oder die an den Grenzabfertigungsstellen diensthabenden höchsten Bediensteten der in Absatz 1 genannten Stellen treffen im gegenseitigen Einvernehmen die kurzfristig erforderlichen Maßnahmen.

Artikel 4

Mit Inkrafttreten dieser Vereinbarung tritt die Vereinbarung vom 16. April 1980 über die Errichtung nebeneinanderliegender Grenzabfertigungsstellen am Grenzübergang Weil am Rhein/Basel-Autobahn außer Kraft.

Artikel 5

(1) Diese Vereinbarung wird nach Artikel 1 Absatz 4 des Abkommens vom 1. Juni 1961 durch den Austausch von diplomatischen Noten bestätigt und in Kraft gesetzt.

(2) Die Vereinbarung kann auf diplomatischem Wege unter Einhaltung einer Frist von sechs Monaten zum ersten Tag eines Monats gekündigt werden.

Geschehen zu Bonn am 15. Juni 2010 in zwei Urschriften in deutscher Sprache.

Für das Bundesministerium der Finanzen
im Einvernehmen mit dem Bundesministerium des Innern
der Bundesrepublik Deutschland

Stähr

Für das Eidgenössische Finanzdepartement
der Schweizerischen Eidgenossenschaft

Dietrich

Vereinbarung
zwischen dem Bundesministerium der Finanzen
der Bundesrepublik Deutschland
und dem Eidgenössischen Finanzdepartement
der Schweizerischen Eidgenossenschaft
über die deutsche und schweizerische Grenzabfertigung in Reisezügen
während der Fahrt auf der Strecke Bahnhof Basel SBB – Lörrach

Das Bundesministerium der Finanzen
der Bundesrepublik Deutschland

und

das Eidgenössische Finanzdepartement
der Schweizerischen Eidgenossenschaft –

gestützt auf Artikel 1 Absatz 3 des Abkommens vom 1. Juni 1961 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über die Errichtung neben-
einanderliegender Grenzabfertigungsstellen und die Grenzab-
fertigung in Verkehrsmitteln während der Fahrt (im Folgenden
„Abkommen vom 1. Juni 1961“) –

haben Folgendes vereinbart:

Artikel 1

(1) Die deutsche und die schweizerische Grenzabfertigung kann in Reisezügen während der Fahrt auf der Strecke Bahnhof Basel SBB – Lörrach durchgeführt werden. Bei besonderen Umständen in Verbindung mit der Grenzkontrolle kann über die genannte Strecke hinaus ein anderer Bahnhof der Regio-S-Bahn benutzt werden.

(2) Die Grenzabfertigung erstreckt sich auf alle grenzüberschreitenden Personen in den nach Artikel 3 Absatz 1 bestimmten Zügen einschließlich des mitgeführten und in der Regel auch des aufgegebenen Reisegepäckes.

Artikel 2

(1) Die gemäß Artikel 3 Absatz 1 bestimmten Züge bilden auf dem jeweils im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland oder der Schweizerischen Eidgenossenschaft gelegenen Teil der in Artikel 1 Absatz 1 genannten Strecken die Zone für die Bediensteten des Nachbarstaates im Sinne des Abkommens vom 1. Juni 1961.

(2) In den Bahnhöfen der in Artikel 1 Absatz 1 genannten Strecke haben die Bediensteten des Nachbarstaates das Recht, im Zug festgenommene Personen und sichergestellte Waren oder Beweismittel auf dem Bahnsteig oder in den dafür zur Verfügung

stehenden Räumen des Bahnhofes in Gewahrsam zu behalten. Der Bereich, in dem die dafür erforderlichen Amtshandlungen vorgenommen werden, ist jeweils Zone.

(3) Festgenommene Personen und sichergestellte Waren oder Beweismittel dürfen auf den in Artikel 1 Absatz 1 genannten Strecken mit einem der nächsten Züge in den Nachbarstaat zurückgebracht werden.

(4) Die Bediensteten des Nachbarstaates dürfen die auf den in Artikel 1 Absatz 1 genannten Strecken festgenommenen Personen und sichergestellten Waren oder Beweismittel auch auf der jeweils kürzesten Straßenverbindung in den Nachbarstaat zurückbringen.

Artikel 3

(1) Die Bundesfinanzdirektion Südwest und die Bundespolizeidirektion Stuttgart einerseits sowie die Zollkreisdirektion Basel und die zuständige schweizerische Polizeibehörde andererseits bestimmen im Einvernehmen mit den zuständigen Bahnbetreibern nach Bedarf und Zweckmäßigkeit die Züge, in denen die Grenzabfertigung während der Fahrt durchgeführt wird, und regeln die Einzelheiten.

(2) Die diensthabenden ranghöchsten Bediensteten der in Absatz 1 genannten Stellen treffen im gegenseitigen Einvernehmen die kurzfristig erforderlichen Maßnahmen.

Artikel 4

Mit Inkrafttreten dieser Vereinbarung tritt die Vereinbarung vom 9. Oktober 1968 über die Grenzabfertigung in Reisezügen während der Fahrt auf der Strecke Basel Bad. Bahnhof – Lörrach außer Kraft.

Artikel 5

(1) Diese Vereinbarung wird nach Artikel 1 Absatz 4 des Abkommens vom 1. Juni 1961 durch den Austausch von diplomatischen Noten bestätigt und in Kraft gesetzt.

(2) Die Vereinbarung kann auf diplomatischem Wege unter Einhaltung einer Frist von sechs Monaten zum ersten Tag eines Monats gekündigt werden.

Geschehen zu Bonn am 15. Juni 2010 in zwei Urschriften in
deutscher Sprache.

Für das Bundesministerium der Finanzen
im Einvernehmen mit dem Bundesministerium des Innern
der Bundesrepublik Deutschland

Stähr

Für das Eidgenössische Finanzdepartement
der Schweizerischen Eidgenossenschaft

Dietrich

**Vereinbarung
zwischen dem Bundesministerium der Finanzen
der Bundesrepublik Deutschland
und dem Eidgenössischen Finanzdepartement
der Schweizerischen Eidgenossenschaft
über die deutsche und schweizerische Grenzabfertigung in Reisezügen
während der Fahrt auf den Strecken Freiburg im Breisgau – Basel,
Weil am Rhein – Basel und Singen (Hohentwiel) – Schaffhausen**

Das Bundesministerium der Finanzen
der Bundesrepublik Deutschland

und

das Eidgenössische Finanzdepartement
der Schweizerischen Eidgenossenschaft –

gestützt auf Artikel 1 Absatz 3 des Abkommens vom 1. Juni 1961 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über die Errichtung nebeneinanderliegender Grenzabfertigungsstellen und die Grenzabfertigung in Verkehrsmitteln während der Fahrt (im Folgenden „Abkommen vom 1. Juni 1961“) –

haben Folgendes vereinbart:

Artikel 1

(1) Die deutsche und die schweizerische Grenzabfertigung kann in Reisezügen während der Fahrt auf den Strecken Freiburg im Breisgau – Basel Badischer Bahnhof/Basel SBB, Weil am Rhein – Basel Badischer Bahnhof/Basel SBB und Singen (Hohentwiel) – Schaffhausen durchgeführt werden.

(2) Die Grenzabfertigung erstreckt sich auf alle Personen in den nach Artikel 3 Absatz 1 bestimmten Zügen einschließlich des mitgeführten und in der Regel auch des aufgegebenen Reisegepäckes. Sie kann auf Expressgut ausgedehnt werden.

Artikel 2

(1) Die gemäß Artikel 3 Absatz 1 bestimmten Züge bilden auf dem jeweils im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland oder der Schweizerischen Eidgenossenschaft gelegenen Teil der in Artikel 1 Absatz 1 genannten Strecken die Zone für die Bediensteten des Nachbarstaates im Sinne des Abkommens vom 1. Juni 1961.

(2) In den Endbahnhöfen der in Artikel 1 Absatz 1 genannten Strecken haben die Bediensteten des Nachbarstaates das Recht, im Zug festgenommene Personen und sichergestellte Waren oder Beweismittel auf dem Bahnsteig oder in den dafür zur Verfügung stehenden Räumen des Bahnhofes in Gewahrsam zu behalten. Der Bereich, in dem die dafür erforderlichen Amtshandlungen vorgenommen werden, ist jeweils Zone.

(3) Festgenommene Personen und sichergestellte Waren oder Beweismittel dürfen auf den in Artikel 1 Absatz 1 genannten Strecken mit einem der nächsten Züge in den Nachbarstaat zurückgebracht werden.

(4) Die Bediensteten des Nachbarstaates dürfen die auf den in Artikel 1 Absatz 1 genannten Strecken festgenommenen Personen und sichergestellten Waren oder Beweismittel auch auf der jeweils kürzesten Straßenverbindung in den Nachbarstaat zurückbringen.

(5) Die schweizerischen Bediensteten dürfen den in Artikel 1 Absatz 1 genannten Endbahnhof in Weil am Rhein auch auf der kürzesten Straßenverbindung erreichen, um die Grenzabfertigung auf der in Artikel 1 Absatz 1 genannten Strecke Weil am Rhein – Basel Badischer Bahnhof/Basel SBB durchzuführen.

Artikel 3

(1) Die Bundesfinanzdirektion Südwest und die Bundespolizeidirektion Stuttgart einerseits sowie die Zollkreisdirektion Basel andererseits bestimmen im Einvernehmen mit den zuständigen Bahnbetreibern nach Bedarf und Zweckmäßigkeit die Züge, in denen die Grenzabfertigung während der Fahrt durchgeführt wird, und regeln die Einzelheiten.

(2) Die diensthabenden ranghöchsten Bediensteten der in Absatz 1 genannten Stellen treffen im gegenseitigen Einvernehmen die kurzfristig erforderlichen Maßnahmen.

Artikel 4

Mit Inkrafttreten dieser Vereinbarung tritt die Vereinbarung vom 20. Mai 1965 über die deutsche und schweizerische Grenzabfertigung in Reisezügen während der Fahrt auf den Strecken Freiburg i. Br. – Basel und Singen (Hohentwiel) – Schaffhausen außer Kraft.

Artikel 5

(1) Diese Vereinbarung wird nach Artikel 1 Absatz 4 des Abkommens vom 1. Juni 1961 durch den Austausch von diplomatischen Noten bestätigt und in Kraft gesetzt.

(2) Die Vereinbarung kann auf diplomatischem Wege unter Einhaltung einer Frist von sechs Monaten zum ersten Tag eines Monats gekündigt werden.

Geschehen zu Bonn am 15. Juni 2010 in zwei Urschriften in deutscher Sprache.

Für das Bundesministerium der Finanzen
im Einvernehmen mit dem Bundesministerium des Innern
der Bundesrepublik Deutschland

Stähr

Für das Eidgenössische Finanzdepartement
der Schweizerischen Eidgenossenschaft

Dietrich

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Protokolls von 1998 zu dem Übereinkommen von 1979
über weiträumige grenzüberschreitende Luftverunreinigung
betreffend persistente organische Schadstoffe**

Vom 7. Dezember 2010

Das Protokoll vom 24. Juni 1998 zu dem Übereinkommen vom 13. November 1979 über weiträumige grenzüberschreitende Luftverunreinigung betreffend persistente organische Schadstoffe (POP) (BGBl. 2002 II S. 803, 839) wird nach seinem Artikel 18 Absatz 2 für

Mazedonien, ehemalige jugoslawische Republik am 30. Januar 2011
in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 29. Juni 2010 (BGBl. II S. 862).

Berlin, den 7. Dezember 2010

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Susanne Wasum-Rainer

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Übereinkommens über Feuchtgebiete,
insbesondere als Lebensraum für Wasser- und Watvögel,
von internationaler Bedeutung**

Vom 7. Dezember 2010

Das Übereinkommen vom 2. Februar 1971 über Feuchtgebiete, insbesondere als Lebensraum für Wasser- und Watvögel, von internationaler Bedeutung (BGBl. 1976 II S. 1265, 1266) ist in der durch das Protokoll vom 3. Dezember 1982 (BGBl. 1990 II S. 1670, 1671) geänderten Fassung nach seinem Artikel 10 Absatz 2 in Verbindung mit Artikel 5 Absatz 3 des Änderungsprotokolls von 1982 für

Laos, Demokratische Volksrepublik am 28. September 2010
in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 11. August 2008 (BGBl. II S. 898).

Berlin, den 7. Dezember 2010

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Susanne Wasum-Rainer

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Fakultativprotokolls zum Übereinkommen gegen Folter
und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung
oder Strafe**

Vom 7. Dezember 2010

Das Fakultativprotokoll vom 18. Dezember 2002 zum Übereinkommen vom 10. Dezember 1984 gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe (BGBl. 2008 II S. 854, 855) ist nach seinem Artikel 28 Absatz 2 für folgende weitere Staaten in Kraft getreten:

Burkina Faso	am 6. August 2010
Ecuador	am 19. August 2010
Gabun	am 22. Oktober 2010
Kongo, Demokratische Republik	am 23. Oktober 2010
Niederlande	am 28. Oktober 2010
Togo	am 19. August 2010.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 1. April 2010 (BGBl. II S. 477).

Berlin, den 7. Dezember 2010

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Susanne Wasum-Rainer

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Übereinkommens
zur Errichtung eines Europäischen Laboratoriums für Molekularbiologie**

Vom 8. Dezember 2010

Das Übereinkommen vom 10. Mai 1973 zur Errichtung eines Europäischen Laboratoriums für Molekularbiologie (BGBl. 1973 II S. 1005, 1006) ist nach seinem Artikel XV Absatz 4 Buchstabe c für

Belgien	am 12. Oktober 2010
---------	---------------------

in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 12. November 2007 (BGBl. II S. 1967).

Berlin, den 8. Dezember 2010

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Susanne Wasum-Rainer

Bekanntmachung zu dem Europäischen Auslieferungsübereinkommen

Vom 14. Dezember 2010

Zum Europäischen Auslieferungsübereinkommen vom 13. Dezember 1957 (BGBl. 1964 II S. 1369, 1371) hat die Bundesrepublik Deutschland am 9. November 2010 gegenüber dem Generalsekretär des Europarats als Verwahrer des Übereinkommens folgende Erklärung abgegeben:

„In Ergänzung zur Erklärung nach Artikel 28 Absatz 3 des Europäischen Auslieferungsübereinkommens vom 17. August 2004 erklärt die Bundesregierung, dass das Gesetz zur Umsetzung des Rahmenbeschlusses über den Europäischen Haftbefehl und die Übergabeverfahren zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union (Europäisches Haftbefehlgesetz – EuHbG) im Anschluss an eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 18. Juli 2005 mit Gesetz vom 20. Juli 2006 neu gefasst wurde. Das neue Gesetz trat am 2. August 2006 in Kraft.

In Änderung der Erklärung vom 17. August 2004 erklärt die Bundesregierung, dass die Bestimmungen zum Europäischen Haftbefehl ab dem 23. August 2004 die entsprechenden Bestimmungen im Europäischen Auslieferungsübereinkommen vom 13. Dezember 1957 und in den zwei Zusatzprotokollen vom 15. Oktober 1975 und 17. März 1978 in den wechselseitigen Beziehungen zwischen Deutschland und den anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union ersetzen. Sie sind im Verhältnis zu einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union nur anwendbar, wenn der Rahmenbeschluss nicht anwendbar ist. Entsprechendes gilt für von der Bundesrepublik Deutschland mit einzelnen Mitgliedstaaten geschlossene bilaterale Vereinbarungen.“

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 15. Juni 2010 (BGBl. II S. 840).

Berlin, den 14. Dezember 2010

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Susanne Wasum-Rainer

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Internationalen Freibord-Übereinkommens von 1966**

Vom 14. Dezember 2010

I.

Das Internationale Freibord-Übereinkommen vom 5. April 1966 (BGBl. 1969 II S. 249, 250; 1977 II S. 164, 165) ist nach seinem Artikel 28 Absatz 3 für

Grenada	am 28. September 2004
Kiribati	am 5. Mai 2007
Moldau	am 11. Januar 2006
St. Kitts und Nevis	am 11. September 2004
St. Lucia	am 20. August 2004
Salomonen	am 30. September 2004
Turkmenistan	am 4. Mai 2009

in Kraft getreten.

Das Vereinigte Königreich hat das Übereinkommen in Übereinstimmung mit seinem Artikel 32 durch Erklärung an den Generalsekretär der Seeschiffahrts-Organisation auf

Britische Jungferninseln	mit Wirkung vom 10. Juni 2004
Falkland Inseln	mit Wirkung vom 19. Mai 2004
Jersey	mit Wirkung vom 19. Mai 2004
Turks- und Caicos Inseln	mit Wirkung vom 7. Juli 2004
St. Helena, Ascension und Tristan da Cunha	mit Wirkung vom 10. Juni 2004

erstreckt.

II.

Montenegro hat gegenüber der Regierung des Vereinigten Königreichs als einem der Verwahrer notifiziert, dass es sich mit Wirkung vom 3. Juni 2006, dem Tag seiner Unabhängigkeitserklärung, als durch das Übereinkommen gebunden betrachtet.

Serbien hat gegenüber der Regierung des Vereinigten Königreichs als einem der Verwahrer mitgeteilt, dass es sich auch nach der Auflösung des Staatenbundes Serbien und Montenegro am 3. Juni 2006 als durch das Übereinkommen weiterhin gebunden betrachtet.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 30. März 2004 (BGBl. II S. 551).

Berlin, den 14. Dezember 2010

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Susanne Wasum-Rainer

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Protokolls von 1978 zum Übereinkommen über den Beförderungsvertrag
im internationalen Straßengüterverkehr (CMR)**

Vom 21. Dezember 2010

Das Protokoll vom 5. Juli 1978 zum Übereinkommen vom 19. Mai 1956
über den Beförderungsvertrag im internationalen Straßengüterverkehr (CMR)
– BGBl. 1980 II S. 721, 733 – wird nach seinem Artikel 4 Absatz 2 für

Polen
am 21. Februar 2011
in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom
26. März 2010 (BGBl. II S. 294).

Berlin, den 21. Dezember 2010

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Franz Josef Kremp

**Bekanntmachung
des deutsch-mosambikanischen Abkommens
über Finanzielle Zusammenarbeit**

Vom 6. Januar 2011

Das in Maputo am 10. Dezember 2010 unterzeichnete
Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik
Deutschland und der Regierung der Republik Mosambik
über Finanzielle Zusammenarbeit 2010 ist nach seinem
Artikel 6

am 10. Dezember 2010
in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 6. Januar 2011

Bundesministerium
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung
Im Auftrag
Dr. Ingolf Dietrich

Abkommen
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Republik Mosambik
über Finanzielle Zusammenarbeit 2010

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland

und

die Regierung der Republik Mosambik –

im Geist der bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Mosambik,

im Wunsch, diese freundschaftlichen Beziehungen durch partnerschaftliche Finanzielle Zusammenarbeit zu festigen und zu vertiefen,

im Bewusstsein, dass die Aufrechterhaltung dieser Beziehungen die Grundlage dieses Abkommens ist,

in der Absicht, zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung in der Republik Mosambik beizutragen,

unter Bezugnahme auf die Verbalnoten Nummer 134/2010 vom 24. Juni 2010 und Nummer 160/2010 vom 10. August 2010 der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland mit der Zusage der Mittel –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

(1) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht es der Regierung der Republik Mosambik und beziehungsweise oder anderen, von beiden Regierungen gemeinsam auszuwählenden Empfängern, von der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) Finanzierungsbeiträge in Höhe von insgesamt 16 500 000,– EUR (in Worten: sechzehn Millionen fünfhunderttausend Euro) für die folgenden Vorhaben zu erhalten:

- a) „Beteiligung am gemeinschaftlichen Programm für makro-ökonomische Unterstützung V“ bis zu 10 000 000,– EUR (in Worten: zehn Millionen Euro);
- b) „Beteiligung am gemeinschaftlichen Programm für makro-ökonomische Unterstützung V-Begleitmaßnahme“ bis zu 2 500 000,– EUR (in Worten: zwei Millionen fünfhunderttausend Euro);

- c) „Parallelförderung des Erziehungssektor-Strategieprogramms – Schulbau und Ausstattung II“ bis zu 4 000 000,– EUR (in Worten: vier Millionen Euro),

wenn nach Prüfung die Förderungswürdigkeit dieser Vorhaben festgestellt worden ist.

(2) Die in Absatz 1 bezeichneten Vorhaben können im Einvernehmen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Mosambik durch andere Vorhaben ersetzt werden.

(3) Falls die Regierung der Bundesrepublik Deutschland es der Regierung der Republik Mosambik zu einem späteren Zeitpunkt ermöglicht, weitere Finanzierungsbeiträge zur Vorbereitung der in Absatz 1 genannten Vorhaben oder für notwendige Begleitmaßnahmen zur Durchführung und Betreuung der in Absatz 1 genannten Vorhaben von der KfW zu erhalten, findet dieses Abkommen Anwendung.

Artikel 2

(1) Die Verwendung der in Artikel 1 Absatz 1 genannten Beträge, die Bedingungen, zu denen sie zur Verfügung gestellt werden, sowie das Verfahren der Auftragsvergabe bestimmen die zwischen der KfW und den Empfängern der Finanzierungsbeiträge zu schließenden Verträge, die den in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Rechtsvorschriften unterliegen.

(2) Die Zusage der in Artikel 1 Absatz 1 genannten Beträge entfällt, soweit nicht innerhalb einer Frist von acht Jahren nach dem Zusagejahr die entsprechenden Finanzierungsverträge geschlossen wurden. Für diese Beträge endet die Frist mit Ablauf des 31. Dezember 2018.

(3) Die Regierung der Republik Mosambik, soweit sie nicht selbst Empfänger der Finanzierungsbeiträge ist, wird etwaige Rückzahlungsansprüche, die aufgrund der nach Absatz 1 zu schließenden Finanzierungsverträge entstehen können, gegenüber der KfW garantieren.

Artikel 3

Die Regierung der Republik Mosambik übernimmt sämtliche Steuern und sonstige öffentliche Abgaben, die im Zusammenhang mit dem Abschluss und der Abwicklung der in Artikel 2 Ab-

satz 1 erwähnten Verträge in der Republik Mosambik erhoben werden.

erteilt gegebenenfalls die für eine Beteiligung dieser Verkehrsunternehmen erforderlichen Genehmigungen.

Artikel 4

Die Regierung der Republik Mosambik überlässt bei den sich aus der Gewährung der Finanzierungsbeiträge ergebenden Transporten von Personen und Gütern im See-, Land- und Luftverkehr den Passagieren und Lieferanten die freie Wahl der Verkehrsunternehmen, trifft keine Maßnahmen, welche die gleichberechtigte Beteiligung der Verkehrsunternehmen mit Sitz in der Bundesrepublik Deutschland ausschließen oder erschweren, und

Artikel 5

Streitigkeiten über die Auslegung oder Durchführung dieses Abkommens werden durch Konsultationen zwischen den Vertragspartnern auf gütliche Weise beigelegt.

Artikel 6

Dieses Abkommen tritt am Tage seiner Unterzeichnung in Kraft.

Geschehen zu Maputo am 10. Dezember 2010 in zwei Urschriften, jede in deutscher und portugiesischer Sprache, wobei beide Wortlaute gleichermaßen verbindlich und juristisch gleichwertig sind.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
Ulrich Klöckner

Für die Regierung der Republik Mosambik
Henrique Banze

Bekanntmachung des deutsch-moldauischen Durchführungsprotokolls vom 21. September 2010 zum Abkommen vom 10. Oktober 2007 zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Republik Moldau über die Rückübernahme von Personen mit unbefugtem Aufenthalt

Vom 14. Januar 2011

Das in Berlin am 21. September 2010 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Moldau unterzeichnete Durchführungsprotokoll zum Abkommen vom 10. Oktober 2007 zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Republik Moldau über die Rückübernahme von Personen mit unbefugtem Aufenthalt (Beschluss des Rates 2007/826/EG, ABl. L 334 vom 19.12.2007, S. 148, 149), das nach seinem Artikel 22 Absatz 2 am 1. Januar 2008 in Kraft getreten ist (Mitteilung über das Inkrafttreten, ABl. L 24 vom 29.1.2008, S. 51), wird nachstehend veröffentlicht.

Das Durchführungsprotokoll ist nach seinem Artikel 13 Absatz 1
am 13. Dezember 2010
in Kraft getreten.

Berlin, den 14. Januar 2011

Bundesministerium des Innern
Im Auftrag
Gabriele Hauser

Durchführungsprotokoll zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Moldau zum Abkommen vom 10. Oktober 2007 zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Republik Moldau über die Rückübernahme von Personen mit unbefugtem Aufenthalt

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und

die Regierung der Republik Moldau,
nachstehend „Vertragsparteien“ genannt –

in dem Bestreben, die Durchführung des am 10. Oktober 2007 in Brüssel unterzeichneten Abkommens zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Republik Moldau über die Rückübernahme von Personen mit unbefugtem Aufenthalt, nachstehend „Abkommen“ genannt, zu erleichtern,

gestützt auf die Bestimmungen von Artikel 19 des Abkommens –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Zuständige Behörden

In Übereinstimmung mit Artikel 1 Buchstabe I und Artikel 19 Absatz 1 Buchstabe a des Abkommens benennen die Vertragsparteien folgende Behörden, die für die Durchführung des Abkommens zuständig sind:

1. Für die Annahme, das Stellen und die Bearbeitung eines Rückübernahmeersuchens:

- für die Bundesrepublik Deutschland:
 - die für die Ausführung des Ausländerrechts zuständigen Stellen oder
 - Bundespolizeipräsidium
Heinrich-Mann-Allee 103
14473 Potsdam
Tel.: + 49 331 97997 0
Fax: + 49 331 97997 1010
E-Mail: bpolp@polizei.bund.de

Für die Annahme eines Rückübernahmeersuchens ist die

Botschaft der Bundesrepublik Deutschland
Str. Maria Cebotari 35
MD-2012 Chişinău
Tel.: + 373 22 200 600 oder +373 22 200 601
Fax: + 373 22 23 46 80
E-Mail: info@chisinau.diplo.de

zuständig.

Für die Annahme eines Rückübernahmeersuchens im beschleunigten Verfahren ist das Bundespolizeipräsidium zuständig und für das Stellen eines Rückübernahmeersuchens im beschleunigten Verfahren sind die Bundespolizeidirektionen zuständig.

- für die Republik Moldau:
Ministerium für Innere Angelegenheiten
Amt für Migration und Asyl
Str. Ştefan cel Mare 124
MD-2012 Chişinău
Tel./Fax: +373 22 272 203
E-mail: migrare@migrare.gov.md

2. Für die Annahme, das Stellen und die Bearbeitung eines Durchbeförderungersuchens:

- für die Bundesrepublik Deutschland:

Bundespolizeipräsidium
Heinrich-Mann-Allee 103
14473 Potsdam
Tel.: + 49 331 97997 0
Fax: + 49 331 97997 1010
E-Mail: bpolp@polizei.bund.de

- für die Republik Moldau:

Ministerium für Innere Angelegenheiten
Amt für Migration und Asyl
Str. Ştefan cel Mare 124
MD-2012 Chişinău
Tel./Fax: + 373 22 272 203
E-mail: migrare@migrare.gov.md

Artikel 2

Grenzübergangsstellen

In Übereinstimmung mit Artikel 19 Absatz 1 Buchstabe a des Abkommens kann die Überstellung von Staatsangehörigen der Vertragsparteien, Drittstaatsangehörigen oder Staatenlosen an folgenden Grenzübergangsstellen erfolgen:

- auf dem Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland:

Luftweg: alle internationalen Flughäfen

- auf dem Hoheitsgebiet der Republik Moldau:

Luftweg: Internationaler Flughafen Chişinău

Bei Bedarf können die zuständigen Behörden der Vertragsparteien für die Überstellung von Staatsangehörigen der Vertragsparteien, Drittstaatsangehörigen oder Staatenlosen auch andere Grenzübergangsstellen auf dem Landweg vereinbaren.

Artikel 3

Übermittlung und Beantwortung von Rückübernahme- und Durchbeförderungersuchen

(1) Die zuständigen Behörden der Vertragsparteien übermitteln einander ein Rückübernahmeersuchen, ein Durchbeförderungersuchen und die Antwort auf ein Ersuchen in schriftlicher Form, und zwar vorrangig elektronisch oder per Fax.

(2) Als Nachweis des Eingangs eines Ersuchens gilt die automatische elektronische Übermittlungsbestätigung oder der Fax-Sendebericht.

Artikel 4

Kommunikationssprache

Die zuständigen Behörden der Vertragsparteien verwenden im Rahmen der in dem Abkommen und diesem Protokoll vorgesehenen Verfahren die jeweils eigene Amtssprache mit einer zusätzlichen Übersetzung in die englische Sprache oder in die Amtssprache der anderen Vertragspartei.

Artikel 5**Weitere Nachweise für die Staatsangehörigkeit**

In Übereinstimmung mit Artikel 8 Absatz 1 und Artikel 19 Absatz 1 Buchstabe d des Abkommens können die zuständigen Behörden der Vertragsparteien einander als weitere Nachweise für die Staatsangehörigkeit die biometrischen Daten der rückzuübernehmenden Person vorlegen.

Artikel 6**Befragung**

(1) Die in Artikel 8 Absatz 3 des Abkommens genannte Befragung ist auf Ersuchen auch dann durchzuführen, wenn zuvor aufgrund eines Rückübernahmeersuchens nach Artikel 7 des Abkommens die Staatsangehörigkeit der rückzuübernehmenden Person nicht festgestellt werden konnte.

(2) Die Befragung ist auf Ersuchen erneut durchzuführen, wenn der zuständigen Behörde der ersuchenden Vertragspartei zu der rückzuübernehmenden Person neue Hinweise vorliegen, die auf die Staatsangehörigkeit des Staates der ersuchten Vertragspartei hindeuten.

(3) Das Ergebnis jeder Befragung ist der zuständigen Behörde der ersuchenden Vertragspartei innerhalb von sieben Arbeitstagen nach Durchführung der Befragung schriftlich zu übermitteln. Kann aufgrund der Befragung und unter Berücksichtigung sämtlicher Angaben der befragten Person einschließlich ihrer Landeskenntnisse, ihrer Sprache und aller sonstigen Informationen die Staatsangehörigkeit des Staates der ersuchten Vertragspartei nicht festgestellt werden, sind der zuständigen Behörde der ersuchenden Vertragspartei die dafür maßgeblichen Gründe schriftlich mitzuteilen.

Artikel 7**Voraussetzungen für die begleitete Rückführung und begleitete Durchbeförderung**

In Übereinstimmung mit Artikel 19 Absatz 1 Buchstabe c des Abkommens vereinbaren die Vertragsparteien folgende Voraussetzungen für die begleitete Rückführung und die begleitete Durchbeförderung auf ihrem Hoheitsgebiet:

1. Die Begleitpersonen sind für die Überstellung der rückzuübernehmenden oder durchzubefördernden Person an einen Vertreter der zuständigen Behörde der ersuchten Vertragspartei oder des Bestimmungsstaates verantwortlich.
2. Die Begleitpersonen üben ihre Tätigkeit unbewaffnet und in Zivilkleidung aus. Sie müssen jederzeit ihre Identität nachweisen können und Unterlagen mit sich führen, welche die Genehmigung der Rückübernahme oder der Durchbeförderung bestätigen.
3. Die ersuchte Vertragspartei gewährt den Begleitpersonen während der Ausübung ihrer Tätigkeit den notwendigen Schutz und Beistand, wenn erwiesen ist, dass sie für diese Tätigkeit verantwortlich sind.
4. Die Begleitpersonen unterliegen den Gesetzen des Staates der ersuchten Vertragspartei. Die Befugnisse der Begleitpersonen beschränken sich während der Ausübung ihrer Tätigkeit auf die Notwehr. Falls die Bediensteten der ersuchten Vertragspartei, die befugt sind, den Begleitpersonen in Situationen mit erhöhtem Risiko den erforderlichen Beistand zu leisten, nicht verfügbar sind, können die Begleitpersonen sofortige und angemessene Maßnahmen ergreifen, um zu verhindern, dass die rückzuübernehmende oder durchzubefördernde Person flüchtet, ihrer körperlichen Unversehrtheit Schaden zufügt, sich selbst oder Dritte gefährdet oder Eigentum beschädigt.
5. Die Begleitpersonen sind für das Mitführen der Reisedokumente, anderer erforderlicher Dokumente oder der persönlichen Daten der rückzuübernehmenden oder durchzubefördernden Person verantwortlich und übergeben diese

Dokumente an die Vertreter der zuständigen Behörde der ersuchten Vertragspartei oder des Bestimmungsstaates. Solange die Überstellung der rückzuübernehmenden oder durchzubefördernden Person nicht erfolgt ist, dürfen die Begleitpersonen den dafür festgelegten Ort nicht verlassen.

6. Die zuständige Behörde der ersuchenden Vertragspartei stellt erforderlichenfalls sicher, dass die Begleitpersonen alle notwendigen Visa besitzen.

Artikel 8**Modalitäten für die Unterstützung einer Durchbeförderung**

In Übereinstimmung mit den Artikeln 13, 14 und 19 Absatz 1 Buchstabe c des Abkommens vereinbaren die Vertragsparteien die folgenden praktischen Modalitäten für eine Durchbeförderung:

1. Hält die zuständige Behörde der ersuchenden Vertragspartei es für erforderlich, von der zuständigen Behörde der ersuchten Vertragspartei Unterstützung für eine Durchbeförderung zu erhalten, hat sie das im Durchbeförderungsersuchen (Anhang 6 des Abkommens) anzugeben. In ihrer Antwort auf das Durchbeförderungsersuchen teilt die zuständige Behörde der ersuchten Vertragspartei mit, ob sie in der Lage ist, die erbetene Unterstützung zu gewähren.
2. Wird die betroffene Person auf dem Luftweg und mit Begleitpersonen durchbefördert, organisiert die zuständige Behörde der ersuchten Vertragspartei auf ihrem Hoheitsgebiet die Bewachung der Person und deren Einsteigen in das Flugzeug. Dieses erfolgt so weit wie möglich mit Unterstützung der anderen Vertragspartei.

Artikel 9**Kosten**

In Übereinstimmung mit Artikel 15 des Abkommens werden alle in Zusammenhang mit der Rückübernahme und Durchbeförderung stehenden Kosten von der ersuchenden Vertragspartei getragen und der ersuchten Vertragspartei in Euro erstattet.

Artikel 10**Expertentreffen**

Die Vertragsparteien führen bei Bedarf Expertentreffen insbesondere in Bezug auf die Anwendung dieses Protokolls durch. Eventuelle Streitigkeiten hinsichtlich der Auslegung und/oder Anwendung dieses Protokolls werden einvernehmlich gelöst. Der Zeitpunkt und der Ort der Expertentreffen werden auf diplomatischem Wege vereinbart.

Artikel 11**Unterrichtungspflicht**

Die Vertragsparteien informieren sich gegenseitig unverzüglich und zusätzlich auf diplomatischem Weg über jede Änderung der Kontaktdaten der in Artikel 1 genannten zuständigen Behörden und die Kontaktdaten der in Artikel 2 genannten Grenzübergangsstellen.

Artikel 12**Unberührtheitsklausel**

Dieses Protokoll lässt die Pflichten der Vertragsparteien, die sich aus anderen für sie geltenden völkerrechtlichen Übereinkünften ergeben, unberührt.

Artikel 13**Inkrafttreten, Kündigung und Änderungen**

- (1) Dieses Protokoll tritt in Kraft, nachdem es dem Gemischten Rückübernahmeausschuss in Übereinstimmung mit Artikel 19

Absatz 2 des Abkommens notifiziert worden ist. Das Durchführungsprotokoll wird auf unbegrenzte Zeit geschlossen.

(2) Dieses Protokoll tritt gleichzeitig mit dem Abkommen außer Kraft.

(3) Jede Vertragspartei kann jederzeit dieses Protokoll durch schriftliche Notifizierung an die andere Vertragspartei kündigen.

Die Kündigung tritt sechs Monate nach Eingang der Notifikation in Kraft.

(4) Dieses Protokoll kann im gegenseitigen Einvernehmen der Vertragsparteien geändert oder ergänzt werden. Die Änderung oder Ergänzungen werden Bestandteil dieses Protokolls und treten gemäß Absatz 1 in Kraft.

Geschehen zu Berlin am 21. September 2010 in zwei Urschriften, jede in deutscher und moldauischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland

Martin Ney
Thomas de Maizière

Für die Regierung der Republik Moldau

V. Catan

Bekanntmachung der Vereinbarung

**zwischen dem Bundesministerium der Verteidigung der Bundesrepublik Deutschland
und der Kommission der Wirtschaftsgemeinschaft Westafrikanischer Staaten
über die Entsendung eines militärischen Beraters der Bundesrepublik Deutschland
an die Kommission der Wirtschaftsgemeinschaft Westafrikanischer Staaten**

Vom 18. Januar 2011

Die in Abuja am 25. Januar 2010 unterzeichnete Vereinbarung zwischen dem Bundesministerium der Verteidigung der Bundesrepublik Deutschland und der Kommission der Wirtschaftsgemeinschaft Westafrikanischer Staaten über die Entsendung eines militärischen Beraters der Bundesrepublik Deutschland an die Kommission der Wirtschaftsgemeinschaft Westafrikanischer Staaten ist nach ihrem Artikel 19 Absatz 1

am 25. Januar 2010

in Kraft getreten; sie wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 18. Januar 2011

Bundesministerium der Verteidigung
Im Auftrag
Dr. Weingärtner

Vereinbarung zwischen dem Bundesministerium der Verteidigung der Bundesrepublik Deutschland und der Kommission der Wirtschaftsgemeinschaft Westafrikanischer Staaten über die Entsendung eines militärischen Beraters der Bundesrepublik Deutschland an die Kommission der Wirtschaftsgemeinschaft Westafrikanischer Staaten

Das Bundesministerium der Verteidigung
der Bundesrepublik Deutschland

und

die Kommission der
Wirtschaftsgemeinschaft Westafrikanischer Staaten –

in dem Wunsch, ihre verteidigungs- und militärpolitische Zusammenarbeit zu fördern und zu regeln sowie die Zusammenarbeit der Kommission der Wirtschaftsgemeinschaft Westafrikanischer Staaten und des Bundesministeriums der Verteidigung der Bundesrepublik Deutschland zu intensivieren,

im Bestreben, die friedenserhaltenden Maßnahmen der Mitgliedsstaaten der Wirtschaftsgemeinschaft Westafrikanischer Staaten zu unterstützen und hierzu einen besonderen Beitrag zu leisten –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Gegenstand

Ziel dieser Vereinbarung ist es, die Beziehungen zwischen den Vertragsparteien im Bereich der Friedenserhaltung in Mitgliedsstaaten der Wirtschaftsgemeinschaft Westafrikanischer Staaten zu festigen.

Zu diesem Zweck entsendet das Bundesministerium der Verteidigung der Bundesrepublik Deutschland einen deutschen militärischen Berater zur Kommission der Wirtschaftsgemeinschaft Westafrikanischer Staaten. Mit dieser Vereinbarung sollen darüber hinaus die allgemeinen Bedingungen für die Entsendung und der Rahmen des Einsatzes des militärischen Beraters festgelegt werden.

Artikel 2

Begriffsbestimmungen

Für die Zwecke dieser Vereinbarung gelten folgende Begriffsbestimmungen:

- (1) „Militärischer Berater“: Stabsoffizier der entsendenden Vertragspartei, der im Rahmen einer Entsendung auf der Grundlage dieser Vereinbarung bei der aufnehmenden Vertragspartei seinen Dienst verrichtet.
- (2) „Entsendende Vertragspartei“: Das Bundesministerium der Verteidigung der Bundesrepublik Deutschland.
- (3) „Aufnehmende Vertragspartei“: Die Kommission der Wirtschaftsgemeinschaft Westafrikanischer Staaten.
- (4) „Entsendestaat“: Die Bundesrepublik Deutschland.

Artikel 3

Auswahlkriterien

- (1) Die entsendende Vertragspartei trägt die alleinige Verantwortung für die Auswahl des militärischen Beraters.
- (2) Der Auswahl werden folgende Kriterien zugrunde gelegt:
 1. Der zu entsendende militärische Berater sollte über folgende Ausbildung verfügen:
 - a) Generalstabsausbildung (national oder international),
 - b) gute Englischkenntnisse mindestens auf dem Niveau des Standardisierten Leistungsprofils (SLP) 3332,
 - c) gute Französischkenntnisse auf dem Niveau SLP 3332.
 2. Der zu entsendende militärische Berater sollte folgende Vordienleistungen durchlaufen haben:
 - a) Kommandeur auf Bataillonsebene,
 - b) Verwendung im Bundesministerium der Verteidigung der Bundesrepublik Deutschland,
 - c) Verwendung im internationalen Bereich,
 - d) Verwendung mit sicherheits-/militärpolitischem Hintergrund,
 - e) Einsatzerfahrung.

3. Der zu entsendende militärische Berater sollte zudem über folgende Qualifikationen verfügen:
- a) Inhaber einer Kraftfahrzeug-Fahrerlaubnis mindestens der Klasse B,
 - b) Fortgeschrittenenkenntnisse in der Datenverarbeitung (Word, Power Point, Excel),
 - c) Bildschirmtauglichkeit,
 - d) TROPENDIENSTVERWENDUNGSFÄHIGKEIT,
 - e) abgeschlossene Sicherheitsüberprüfung Ü 3 (streng geheim).

Artikel 4

Status des militärischen Beraters und seiner Familienangehörigen

(1) Der militärische Berater ist als zusätzlicher Mitarbeiter in die Kommission der Wirtschaftsgemeinschaft Westafrikanischer Staaten eingebunden, in der er für den Kommissar für politische Angelegenheiten, Friedenssicherung und Sicherheit tätig ist.

Für ihn gelten die in Artikel 8 der Personalordnung der Wirtschaftsgemeinschaft Westafrikanischer Staaten („ECOWAS Staff Regulations“) festgelegten Vorrechte und Immunitäten. Die aufnehmende Vertragspartei setzt die entsendende Vertragspartei über wesentliche Änderungen des Artikels 8 der Personalordnung der Wirtschaftsgemeinschaft Westafrikanischer Staaten in Kenntnis.

(2) Nach den Regelungen des Abschnitts D Artikel 7 des Abkommens vom 1. Juni 1984 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Nigeria und der Wirtschaftsgemeinschaft Westafrikanischer Staaten gewährt der Präsident der Kommission der Wirtschaftsgemeinschaft Westafrikanischer Staaten dem militärischen Berater und seinen Familienangehörigen für die gesamte Zeit der Entsendung des militärischen Beraters Vorrechte und Immunitäten.

(3) Die Kommission der Wirtschaftsgemeinschaft Westafrikanischer Staaten stellt dem militärischen Berater und seinen Familienangehörigen amtliche Ausweisdokumente aus, die ihre Rechtsstellung als Diplomaten der Wirtschaftsgemeinschaft Westafrikanischer Staaten bestätigen. Die aufnehmende Vertragspartei sichert zu, dass dieser Status und die sich daraus ergebenden Vorrechte in allen Mitgliedsstaaten der Wirtschaftsgemeinschaft Westafrikanischer Staaten anerkannt werden. Alle amtlichen Ausweisdokumente werden nach Beendigung der Entsendung durch die aufnehmende Vertragspartei eingezogen.

Artikel 5

Aufgabenbereich, Verwendung des militärischen Beraters

(1) Die konkreten Aufgaben des militärischen Beraters werden von der entsendenden und aufnehmenden Vertragspartei in dieser Vereinbarung festgelegt und sollen umfassen:

1. Beratung des Präsidenten der Kommission der Wirtschaftsgemeinschaft Westafrikanischer Staaten sowie, in Abstimmung mit diesem, der Kommissare und Direktoren der Kommission der Wirtschaftsgemeinschaft Westafrikanischer Staaten in allen Fragen zur Stärkung westafrikanischer Friedenserhaltungsfähigkeiten als deutschen Beitrag für Frieden und Sicherheit in der Subregion,
2. Beratung und Mitwirkung bei Planung, Vorbereitung und Durchführung der vierteljährlichen Sitzungen der „Defence and Security Commission“ (Generalstabschefs der 15 Mitgliedsstaaten der Wirtschaftsgemeinschaft Westafrikanischer Staaten),
3. Teilnahme an Sitzungen der „Defence and Security Commission“, Geberkonferenzen und anderen relevanten Veranstaltungen in und außerhalb des Gebietes der Wirtschaftsgemeinschaft Westafrikanischer Staaten sowie an militärischen Übungen und Inspektionen, soweit diese der Stärkung der Friedenserhaltungsfähigkeiten der Wirtschaftsgemeinschaft Westafrikanischer Staaten dienen,

4. Beratung und Mitwirkung bei der Erarbeitung und Präsentation des Beitrages der Wirtschaftsgemeinschaft Westafrikanischer Staaten bei Konferenzen und Sitzungen der Afrikanischen Union („Peace and Security Council“) und afrikanischer Regionalorganisationen,
5. Initiierung und Beratung bei der Entwicklung von Krisenfrüherkennungsmechanismen für die Subregion und Ableiten geeigneter Bewältigungsstrategien,
6. Aufnehmen und Halten der Verbindung mit den in der Subregion eingesetzten Friedensmissionen der Vereinten Nationen sowie anderer mandatierter Regionalorganisationen mit dem Ziel, Erkenntnisse für den Aufbau sowie die Weiterentwicklung der „Standby-Force“ der Wirtschaftsgemeinschaft Westafrikanischer Staaten verfügbar zu machen,
7. Beratung und Mitwirkung bei der Planung, Vorbereitung, Auswertung und Umsetzung von Erkundungsmissionen für internationale Friedenseinsätze der Wirtschaftsgemeinschaft Westafrikanischer Staaten sowie bei der Durchsetzung der ermittelten Ergebnisse,
8. Beratung bei der Entwicklung eines „Lessons Learned“-Mechanismus zur Auswertung von Friedensmissionen der Wirtschaftsgemeinschaft Westafrikanischer Staaten,
9. Beratung und Ausbildung der in der „Mission Planning and Monitoring Cell (MPMC)“ sowie in den „Core Task Force Headquarters“ eingesetzten westafrikanischen Stabsoffiziere,
10. Initiierung, Beratung und Mitwirkung bei der Erarbeitung von Grundlegenden Dokumenten für die Aufstellung und den Einsatz der „Economic Community of West African States Standby Force (ESF)“,
11. Beratung der Kommission der Wirtschaftsgemeinschaft Westafrikanischer Staaten beim Kräftegenerierungsprozess der ESF mit dem Ziel einer frühestmöglichen Verfügbarkeit und nachhaltigen Einsatzbereitschaft unter Berücksichtigung der Beiträge verschiedener Partnerstaaten,
12. Beratung und Mitwirkung bei der Koordination der Partneraktivitäten im Sinne eines kohärenten, ineinander greifenden und nachhaltigen Friedenserhaltungsfähigkeitsaufbaus der ESF,
13. Beratung der Kommission der Wirtschaftsgemeinschaft Westafrikanischer Staaten bei der Entwicklung der erforderlichen Standardisierungsmaßnahmen für den Aufbau der ESF unter Berücksichtigung bestehender Ansätze (zum Beispiel Vereinte Nationen, Afrikanische Union, Partnerstaaten),
14. Beratung und Mitwirkung bei Konzeption des Ausbildungsbetriebes und Erarbeitung von Ausbildungsvorhaben der ESF sowie bei der Steuerung und Koordinierung der Lehrplanplanung der durch Kräfte der ESF genutzten Friedenserhaltungsbildungszentren („African Centre for Strategic Training and Research“ [Nigeria], „Kofi Annan International Peacekeeping Training Centre“ [Ghana] und „École de Maintien de la Paix“ [Mali]) in Abstimmung mit weiteren deutschen sowie von anderen Staaten gestellten zivilen und militärischen Beratern im Bereich der Wirtschaftsgemeinschaft Westafrikanischer Staaten,
15. Unterstützung bei der Vorbereitung und Durchführung hochrangiger internationaler und nationaler Besuchsvorhaben bei der Kommission der Wirtschaftsgemeinschaft Westafrikanischer Staaten sowie dem Hauptquartier der ESF,

16. Beratung bei und eigenständige Erstellung von Berichten zur politischen, militärischen und Sicherheitslage im Bereich der Wirtschaftsgemeinschaft Westafrikanischer Staaten, einschließlich Entwicklungen innerhalb der Kommission und der ESF.

(2) Der militärische Berater nimmt in der Regel an allen Aktivitäten der Kommission der Wirtschaftsgemeinschaft Westafrikanischer Staaten teil. Der militärische Berater darf jedoch nicht an der Vorbereitung und Durchführung von Kampfeinsätzen oder von Einsätzen zur Aufrechterhaltung der inneren Ordnung der Wirtschaftsgemeinschaft Westafrikanischer Staaten oder ihrer Mitgliedsstaaten teilnehmen.

(3) Der militärische Berater darf an der Planung, Abstimmung und Vorbereitung, nicht jedoch an der Durchführung von Friedenseinsätzen etwa der Vereinten Nationen oder der Afrikanischen Union teilnehmen. Sollte im begründeten Einzelfall der Aufenthalt in einem Einsatzgebiet von Angehörigen der Wirtschaftsgemeinschaft Westafrikanischer Staaten erforderlich werden, erfordert der dortige Aufenthalt des militärischen Beraters vor seiner Abreise die ausdrückliche schriftliche Genehmigung durch die entsendende Vertragspartei.

(4) In Krisensituationen sowie im Falle des Auftretens von kriegesischen Handlungen im dienstlichen Aufenthaltsbereich des militärischen Beraters, gleichgültig, ob diese einer Kriegserklärung folgen oder auf andere Weise entstehen, entscheidet die entsendende Vertragspartei über einen weiteren Verbleib des militärischen Beraters bei der aufnehmenden Vertragspartei.

Artikel 6

Verwendungsdauer

Der jeweilige militärische Berater wird zunächst für die Dauer von drei Jahren zur aufnehmenden Vertragspartei entsendet. Eine Verlängerung der Entsendung des jeweiligen militärischen Beraters kann im beiderseitigen Einvernehmen der Vertragsparteien schriftlich erfolgen.

Artikel 7

Unterstellungsverhältnis

(1) Der militärische Berater wird an die Kommission der Wirtschaftsgemeinschaft Westafrikanischer Staaten entsandt. Er untersteht truppendienstlich für die Dauer seiner Verwendung bei der Kommission der Wirtschaftsgemeinschaft Westafrikanischer Staaten dem Amtschef des Streitkräfteamtes in Deutschland in 53125 Bonn, Pascalstraße 10s.

(2) Das Streitkräfteamt der Bundesrepublik Deutschland ist für den militärischen Berater wirtschaftlich und administrativ zuständig.

(3) Der militärische Berater untersteht fachlich für die Dauer seiner Verwendung in der Kommission der Wirtschaftsgemeinschaft Westafrikanischer Staaten dem Bundesministerium der Verteidigung der Bundesrepublik Deutschland, Führungsstab der Streitkräfte III 1 (Fü S III 1).

Artikel 8

Disziplinarwesen

(1) Der militärische Berater wird durch die entsendende Vertragspartei angewiesen, die Gesetze und Rechtsvorschriften sowie die Bestimmungen und Gepflogenheiten desjenigen Mitgliedsstaates der Wirtschaftsgemeinschaft Westafrikanischer Staaten, in denen er seinen Dienst ableisten soll, zu beachten.

(2) Der militärische Berater ist an die Gesetze und Rechtsvorschriften der Bundesrepublik Deutschland gebunden.

(3) Verstößt der militärische Berater gegen seine in Absatz 1 und 2 dieses Artikels festgelegte Verpflichtung, kann er abgelöst werden. Er ist abzulösen, wenn die aufnehmende Vertragspartei dies beantragt.

(4) Der militärische Berater hat keine Disziplinarbefugnis über Personal der aufnehmenden Vertragspartei. Im Rahmen des ihm übertragenen besonderen Aufgabenbereiches kann er jedoch Anordnungen an ihm zugeordnetes Personal erteilen.

(5) Der militärische Berater wird durch die entsendende Vertragspartei darauf hingewiesen, dass er den rechtmäßigen Anordnungen des Kommissars für politische Angelegenheiten, Friedenssicherung und Sicherheit zu folgen hat, sofern sich die Anordnungen auf seinen Aufgabenbereich beziehen.

(6) Disziplinarische Befugnisse bleiben ausschließlich dem in Artikel 7 Absatz 1 Satz 2 genannten truppendienstlichen Vorgesetzten vorbehalten.

Artikel 9

Haftung und Schadensabwicklung

(1) Die entsendende Vertragspartei haftet für Schäden, die durch dienstliche Handlungen oder Unterlassungen des militärischen Beraters oder durch andere Handlungen oder Unterlassungen, für die die entsendende Vertragspartei rechtlich verantwortlich ist, sofern diese Schäden bei der Kommission der Wirtschaftsgemeinschaft Westafrikanischer Staaten oder in einem der Mitgliedsstaaten der Wirtschaftsgemeinschaft Westafrikanischer Staaten verursacht worden sind.

(2) Die aufnehmende Vertragspartei haftet für alle der Bundesrepublik Deutschland oder dem militärischen Berater entstandene Schäden, die durch dienstliche Handlungen oder Unterlassungen eines Angehörigen der aufnehmenden Vertragspartei oder durch andere Handlungen oder Unterlassungen, für die die Mitgliedsstaaten der Wirtschaftsgemeinschaft Westafrikanischer Staaten rechtlich verantwortlich sind, in einem der Mitgliedsstaaten der Wirtschaftsgemeinschaft Westafrikanischer Staaten verursacht wurden.

(3) Die aufnehmende Vertragspartei haftet für Schäden, die der Bundesrepublik Deutschland oder dem militärischen Berater durch Handlungen oder Unterlassungen Dritter, die Staatsangehörige eines Mitgliedsstaates der Wirtschaftsgemeinschaft Westafrikanischer Staaten sind, entstehen.

(4) Schadensersatzansprüche gegen den militärischen Berater aus Handlungen oder Unterlassungen, die nicht in Ausübung des Dienstes begangen worden sind, werden der entsendenden Vertragspartei zur Kenntnis gebracht. Diese entscheidet über eine Entschädigung auf der Grundlage des deutschen Rechts.

(5) Schadensersatzansprüche nach dieser Vereinbarung sind schriftlich geltend zu machen. Dabei ist ein Protokoll in deutscher und englischer Sprache beizufügen, das mindestens die folgenden Informationen enthält:

1. Ort und Zeit des Schadenseintritts,
2. Beschreibung des Sachverhalts,
3. Begründung der Schadensersatzverpflichtung,
4. Angabe der Schadensart und Schadenshöhe sowie
5. Bezeichnung der Beweismittel (Niederschriften von Zeugen aussagen sind gegebenenfalls beizufügen).

Artikel 10

Militärische Sicherheit

Der militärische Berater wird verpflichtet, die Sicherheitsbestimmungen der aufnehmenden Vertragspartei zum Schutz

von Verschlussachen zu befolgen. Ihm ist, mit Erlaubnis der aufnehmenden Vertragspartei, Zugang zu Verschlussachen zu gewähren, soweit dies zur Wahrnehmung seiner Aufgaben erforderlich ist. Darüber hinaus anerkennt und respektiert er die Richtlinien der aufnehmenden Vertragspartei, nach denen der Zugang zu bestimmten Verschlussachen verweigert werden kann.

Artikel 11

Dienstzeit und Urlaub

(1) Für den militärischen Berater gilt grundsätzlich die Dienstzeitregelung des Entsendestaates. Diese kann, abhängig von der dienstlichen Notwendigkeit, an die Dienstzeitregelung der Mitarbeiter in vergleichbaren Positionen der aufnehmenden Vertragspartei angepasst werden.

(2) Dem militärischen Berater ist gemäß den Bestimmungen der entsendenden Vertragspartei Urlaub zu gewähren, wenn die zuständigen Stellen der aufnehmenden Vertragspartei keine begründeten Einwände erheben. Der Urlaubsantrag ist dem Kommissar für politische Angelegenheiten, Friedenssicherung und Sicherheit zur Kenntnisnahme vorzulegen. Der militärische Berater wird angewiesen, den vom Kommissar für politische Angelegenheiten, Friedenssicherung und Sicherheit unterschriebenen Antrag an die zuständige Stelle der entsendenden Vertragspartei (Artikel 7 Absatz 1) zwecks Genehmigung weiterzuleiten.

(3) Der militärische Berater kann die Feiertagsregelung des Entsendestaates in Anspruch nehmen, soweit dienstliche Erfordernisse der aufnehmenden Vertragspartei dem nicht entgegenstehen.

Artikel 12

Reisen aus dienstlichem Anlass, Dienstfahrzeug

(1) Die Wahrnehmung von Dienstgeschäften außerhalb des Sitzes der aufnehmenden Vertragspartei, die zur Erfüllung dieser Vereinbarung notwendig sind, erfolgt im Rahmen von Dienstreisen, deren Durchführung die zuständige Stelle der aufnehmenden Vertragspartei veranlasst. Für alle Dienstreisen hat der militärische Berater die vorherige Genehmigung der entsendenden Vertragspartei, vertreten durch den Disziplinarvorgesetzten gemäß Artikel 7 Absatz 1 Satz 2 dieser Vereinbarung, einzuholen. Der truppendienstliche Vorgesetzte kann eine grundsätzliche Regelung für bestimmte Dienstreisen treffen.

(2) Auf die Einhaltung der jeweils geltenden Bestimmungen des Entsendestaates hat der militärische Berater in eigener Verantwortung zu achten.

(3) Der militärische Berater erhält von der entsendenden Vertragspartei ein Kraftfahrzeug zur dienstlichen Nutzung. Die aufnehmende Vertragspartei stellt dem militärischen Berater einen kostenfreien Parkplatz auf dem bewachten Gelände des Sitzes der Kommission der Wirtschaftsgemeinschaft Westafrikanischer Staaten, in dem sich das Büro des militärischen Beraters befindet, zur Verfügung.

Artikel 13

Leistungsbewertung

Der für den militärischen Berater zuständige Kommissar für politische Angelegenheiten, Friedenssicherung und Sicherheit erstellt zum Ende der Verwendung oder auf besondere Anforderung der entsendenden Vertragspartei nach einem von der entsendenden Vertragspartei vorzulegenden Muster eine Bewertung der Leistung des militärischen Beraters, die dieser an den in Artikel 7 Absatz 1 Satz 2 genannten truppendienstlichen Vorgesetzten weiterleitet.

Artikel 14

Bekleidung

Der militärische Berater trägt die deutsche Dienstbekleidung, die für den jeweiligen Dienst von der entsendenden Vertragspartei vorgesehenen ist.

Artikel 15

Steuern und Abgaben

(1) Dem militärischen Berater stehen dieselben abgabenrechtlichen Befreiungen wie anderen vom Präsidenten der Kommission der Wirtschaftsgemeinschaft Westafrikanischer Staaten benannten Personen im Sinne des Abschnitts D Artikel 7 des Abkommens vom 1. Juni 1984 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Nigeria und der Wirtschaftsgemeinschaft Westafrikanischer Staaten zu.

(2) Darüber hinaus stehen dem militärischen Berater auf Grund dieser Vereinbarungen keine weiteren abgabenrechtlichen Befreiungen zu.

Artikel 16

Finanzielle Bestimmungen

(1) Die entsendende Vertragspartei übernimmt nach den für sie geltenden nationalen Vorschriften sämtliche Kosten für den von ihr entsandten militärischen Berater. Hierunter fallen unter anderem:

1. Dienstbezüge, Vergütungen, übliche Zulagen, Reise- und Umzugskosten, sowie Entschädigungen nach deutschem Recht,
2. Überführungs- und Bestattungskosten sowie sonstige im Fall des Todes des militärischen Beraters entstehende Kosten,
3. Ausgaben, die im Zusammenhang mit besonderen Dienstleistungen stehen, die während der Dauer der Verwendung im Auftrag der entsendenden Vertragspartei erbracht werden,
4. Kosten für ärztliche und zahnärztliche Versorgung des militärischen Beraters,
5. Kosten sowie Auslagen für genehmigte Dienstreisen und sonstige Aufgaben,
6. Kosten für sämtliche Einweisungslehrgänge und für lehrgangsgebundene Fort- und Weiterbildungen,
7. Kosten für die Einrichtung eines angemessenen, allein durch den militärischen Berater zu nutzenden Büroraumes bei der Kommission der Wirtschaftsgemeinschaft Westafrikanischer Staaten, inklusive Datenverarbeitungs-ausstattung und Büromaterial sowie
8. Kosten für die Nutzung von Bibliotheken und sonstigen Einrichtungen, die zur Erfüllung der Aufgabe des militärischen Beraters erforderlich sind.

(2) Der aufnehmenden Vertragspartei entstehen, außer in Fällen des Artikels 9, keine Kosten durch die Entsendung des militärischen Beraters an die Kommission der Wirtschaftsgemeinschaft Westafrikanischer Staaten.

(3) Soweit in dieser Vereinbarung nichts anderes bestimmt ist, werden sämtliche Lebenshaltungskosten einschließlich Wohnungskosten und Kosten der Heilfürsorge, die für die Familie des militärischen Beraters entstehen, in Übereinstimmung mit den Bestimmungen und Vorschriften der entsendenden Vertragspartei und unbeschadet bestehender Erstattungsansprüche, vom militärischen Berater selbst getragen.

Artikel 17 **Zuständigkeiten**

Zuständig für die Durchführung dieser Vereinbarung ist:

1. bei der entsendenden Vertragspartei: der Führungsstab der Streitkräfte III 1 (Fü S III 1) des Bundesministeriums der Verteidigung;
2. bei der aufnehmenden Vertragspartei: die Kommission der Wirtschaftsgemeinschaft Westafrikanischer Staaten.

Artikel 18 **Beilegung von Meinungsverschiedenheiten**

Meinungsverschiedenheiten über die Auslegung oder Anwendung dieser Vereinbarung werden zwischen den Vertragspartei-

en durch Verhandlungen beigelegt und nicht dritten Stellen oder einem Gericht zur Beilegung vorgelegt.

Artikel 19 **Schlussbestimmungen**

- (1) Diese Vereinbarung tritt mit Unterzeichnung in Kraft.
- (2) Diese Vereinbarung wird auf unbestimmte Zeit geschlossen und kann jederzeit im gegenseitigen Einvernehmen schriftlich geändert, aufgehoben oder ergänzt werden.
- (3) Die Vereinbarung kann von jeder der Vertragsparteien unter Einhaltung einer Frist von sechs Monaten schriftlich gekündigt werden. Maßgebend für die Berechnung der Frist ist der Tag des Eingangs der Kündigung bei der anderen Vertragspartei.

Geschehen zu Abuja am 25. Januar 2010 in zwei Urschriften, jede in deutscher und englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für das Bundesministerium der Verteidigung
der Bundesrepublik Deutschland
Veltin

Für die Kommission
der Wirtschaftsgemeinschaft Westafrikanischer Staaten
Ibn Chambas

Bekanntmachung der Neufassung des Anhangs zu dem Übereinkommen vom 16. November 1989 gegen Doping/ der Anlage I zu dem Internationalen Übereinkommen vom 19. Oktober 2005 gegen Doping im Sport

Vom 19. Januar 2011

Die Beobachtende Begleitgruppe zu dem Übereinkommen vom 16. November 1989 gegen Doping (BGBl. 1994 II S. 334, 335) hat die Änderung des Anhangs des Übereinkommens beschlossen. Die Änderung ist am 1. Januar 2011 in Kraft getreten.

Die Vertragsstaatenkonferenz des Internationalen Übereinkommens vom 19. Oktober 2005 gegen Doping im Sport (BGBl. 2007 II S. 354, 355) hat die Änderung der Anlage I des Übereinkommens beschlossen. Die Änderung ist am 1. Januar 2011 in Kraft getreten.

Die Liste der verbotenen Stoffe und Methoden (zugleich Anhang des Übereinkommens von 1989; zugleich Anlage I des Übereinkommens von 2005) wird in der Fassung, in der sie aufgrund der Änderung ab dem 1. Januar 2011 gilt, nachstehend mit einer amtlichen deutschen Übersetzung veröffentlicht.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 23. März 2010 (BGBl. II S. 206).

Berlin, den 19. Januar 2011

Bundesministerium des Innern
Im Auftrag
Moog

The 2011 Prohibited List**World Anti-Doping Code****Valid 1 January 2011**

All Prohibited Substances shall be considered as "Specified Substances" except Substances in classes S1, S2.1 to S2.5, S.4.4 and S6.a, and Prohibited Methods M1, M2 and M3.

**Substances and methods
prohibited at all times (In- and out-of-competition)**

S0. Non-approved substances

Any pharmacological substance which is not addressed by any of the subsequent sections of the List and with no current approval by any governmental regulatory health authority for human therapeutic use (i.e. drugs under pre-clinical or clinical development or discontinued) is prohibited at all times.

Prohibited substances**S1. Anabolic agents**

Anabolic agents are prohibited.

1. Anabolic Androgenic Steroids (AAS)**a. Exogenous*) AAS, including:**

1-androstenediol (5 α -androst-1-ene-3 β ,17 β -diol);
1-androstenedione (5 α -androst-1-ene-3,17-dione);
bolandiol (19-norandrostenediol); bolasterone; boldenone;
boldione (androst-1,4-diene-3,17-dione); calusterone;
clostebol; danazol (17 α -ethynyl-17 β -hydroxyandrost-4-
eno[2,3-d]isoxazole); dehydrochlormethyltestosterone (4-
chloro-17 β -hydroxy-17 α -methylandrost-1,4-dien-3-one);
desoxymethyltestosterone (17 α -methyl-5 α -androst-2-en-
17 β -ol); drostanolone; ethylestrenol (19-nor-17 α -pregn-4-
en-17-ol); fluoxymesterone; formebolone; furazabol
(17 β -hydroxy-17 α -methyl-5 α -androstanol[2,3-c]-furan);
gestrinone; 4-hydroxytestosterone (4,17 β -
dihydroxyandrost-4-en-3-one); mestanolone; mesterolone;
metenolone; methandienone (17 β -hydroxy-17 α -
methylandrost-1,4-dien-3-one); methandiol;
methasterone (2 α , 17 α -dimethyl-5 α -androstan-3-one-
17 β -ol); methylidenolone (17 β -hydroxy-17 α -methylestr-
4,9-dien-3-one); methyl-1-testosterone (17 β -
hydroxy-17 α -methyl-5 α -androst-1-en-3-one); methylnor-
testosterone (17 β -hydroxy-17 α -methylestr-4-en-3-one);
methyltestosterone; metribolone (methyltrienolone, 17 β -
hydroxy-17 α -methylestr-4,9,11-trien-3-one); mibolerone;
nandrolone; 19-norandrostenedione (estr-4-ene-3,17-
dione); norboltonone; norclostebol; norethandrolone;
oxabolone; oxandrolone; oxymesterone; oxymetholone;
prostanazol (17 β -hydroxy-5 α -androstanol[3,2-c] pyrazole);
quinbolone; stanozolol; stenbolone; 1-testosterone (17 β -
hydroxy-5 α -androst-1-en-3-one); tetrahydrogestrinone
(18 α -homo-pregna-4,9,11-trien-17 β -ol-3-one); trenbolone;
and other substances with a similar chemical structure or
similar biological effect(s).

b. Endogenous) AAS when administered exogenously:**

androstenediol (androst-5-ene-3 β ,17 β -diol);
androstenedione (androst-4-ene-3,17-dione);
dihydrotestosterone (17 β -hydroxy-5 α -androstan-3-one);
prasterone (dehydroepiandrosterone, DHEA);
testosterone and the following metabolites and isomers:

5 α -androstan-3 α ,17 α -diol; 5 α -androstan-3 α ,17 β -diol;
5 α -androstan-3 β ,17 α -diol; 5 α -androstan-3 β ,17 β -diol;
androst-4-ene-3 α ,17 α -diol; androst-4-ene-3 α ,17 β -diol;
androst-4-ene-3 β ,17 α -diol; androst-5-ene-3 α ,17 α -diol;

androst-5-ene-3 α ,17 β -diol; androst-5-ene-3 β ,17 α -diol;
4-androstenediol (androst-4-ene-3 β ,17 β -diol);
5-androstenedione (androst-5-ene-3,17-dione); epi-
dihydrotestosterone; epitestosterone; 3 α -hydroxy-5 α -
androstan-17-one; 3 β -hydroxy-5 α -androstan-17-one;
19-norandrosterone; 19-noretiocholanolone.

2. Other Anabolic Agents, including but not limited to:

Clenbuterol, selective androgen receptor modulators (SARMs), tibolone, zeranol, zilpaterol.

S2. Peptide hormones, growth factors and related substances

The following substances and their releasing factors are prohibited:

1. Erythropoiesis-Stimulating Agents [e.g. erythropoietin (EPO), darbepoetin (dEPO), hypoxia-inducible factor (HIF) stabilizers, methoxy polyethylene glycol-epoetin beta (CERA), peginesatide (Hematide)];
2. Chorionic Gonadotrophin (CG) and Luteinizing Hormone (LH) in males;
3. Insulins;
4. Corticotrophins;
5. Growth Hormone (GH), Insulin-like Growth Factor-1 (IGF-1), Fibroblast Growth Factors (FGFs), Hepatocyte Growth Factor (HGF), Mechano Growth Factors (MGFs), Platelet-Derived Growth Factor (PDGF), Vascular-Endothelial Growth Factor (VEGF) as well as any other growth factor affecting muscle, tendon or ligament protein synthesis/degradation, vascularisation, energy utilization, regenerative capacity or fibre type switching;

and other substances with similar chemical structure or similar biological effect(s).

S3. Beta-2 agonists

All beta-2 agonists (including both optical isomers where relevant) are prohibited except salbutamol (maximum 1600 micrograms over 24 hours) and salmeterol when taken by inhalation in accordance with the manufacturers' recommended therapeutic regime.

The presence of salbutamol in urine in excess of 1000 ng/mL is presumed not to be an intended therapeutic use of the substance and will be considered as an Adverse Analytical Finding unless the Athlete proves, through a controlled pharmacokinetic study, that the abnormal result was the consequence of the use of a therapeutic dose (maximum 1600 micrograms over 24 hours) of inhaled salbutamol.

For purposes of this section:

*) "exogenous" refers to a substance which is not ordinarily capable of being produced by the body naturally.

**) "endogenous" refers to a substance which is capable of being produced by the body naturally.

S4. Hormone antagonists and modulators

The following classes are prohibited:

1. Aromatase inhibitors including, but not limited to: aminoglutethimide, anastrozole, androsta-1,4,6-triene-3,17-dione (androstatrienedione), 4-androstene-3,6,17-trione (6-oxo), exemestane, formestane, letrozole, testolactone.
2. Selective estrogen receptor modulators (SERMs) including, but not limited to: raloxifene, tamoxifen, toremifene.
3. Other anti-estrogenic substances including, but not limited to: clomiphene, cyclofenil, fulvestrant.
4. Agents modifying myostatin function(s) including, but not limited, to: myostatin inhibitors.

S5. Diuretics and other masking agents

Masking agents are prohibited. They include:

Diuretics, desmopressin, plasma expanders (e.g. glycerol; intravenous administration of albumin, dextran, hydroxyethyl

starch and mannitol), probenecid; and other substances with similar biological effect(s).

Diuretics include:

Acetazolamide, amiloride, bumetanide, canrenone, chlorthalidone, etacrynic acid, furosemide, indapamide, metolazone, spironolactone, thiazides (e.g. bendroflumethiazide, chlorothiazide, hydrochlorothiazide), triamterene; and other substances with a similar chemical structure or similar biological effect(s) (except drosperinone, pamabrom and topical dorzolamide and brinzolamide, which are not prohibited).

The use In- and Out-of-Competition, as applicable, of any quantity of a substance subject to threshold limits (i.e. salbutamol, morphine, cathine, ephedrine, methylephedrine and pseudoephedrine) in conjunction with a diuretic or other masking agent requires the deliverance of a specific Therapeutic Use Exemption for that substance in addition to the one granted for the diuretic or other masking agent.

Prohibited methods**M1. Enhancement of oxygen transfer**

The following are prohibited:

1. Blood doping, including the use of autologous, homologous or heterologous blood or red blood cell products of any origin.
2. Artificially enhancing the uptake, transport or delivery of oxygen, including, but not limited to, perfluorochemicals, efaproxiral (RSR13) and modified haemoglobin products (e.g. haemoglobin-based blood substitutes, microencapsulated haemoglobin products), excluding supplemental oxygen.

M2. Chemical and physical manipulation

The following is prohibited:

1. Tampering, or attempting to tamper, in order to alter the integrity and validity of Samples collected during Doping Control is prohibited. These include but are not limited to catheterisation, urine substitution and/or adulteration (e.g. proteases).

2. Intravenous infusions are prohibited except for those legitimately received in the course of hospital admissions or clinical investigations.

3. Sequential withdrawal, manipulation and reinfusion of whole blood into the circulatory system is prohibited.

M3. Gene doping

The following, with the potential to enhance sport performance, are prohibited:

1. The transfer of nucleic acids or nucleic acid sequences;
2. The use of normal or genetically modified cells;
3. The use of agents that directly or indirectly affect functions known to influence performance by altering gene expression. For example, Peroxisome Proliferator Activated Receptor δ (PPAR δ) agonists (e.g. GW 1516) and PPAR δ -AMP-activated protein kinase (AMPK) axis agonists (e.g. AICAR) are prohibited.

Substances and methods prohibited in-competition

In addition to the categories S0 to S5 and M1 to M3 defined above, the following categories are prohibited In-Competition:

Prohibited substances**S6. Stimulants**

All stimulants (including both optical isomers where relevant) are prohibited, except imidazole derivatives for topical use and those stimulants included in the 2011 Monitoring Program*).

Stimulants include:

a: Non-Specified Stimulants:

Adrafinil; amfepramone; amiphenazole; amphetamine; amphetaminil; benfluorex; benzphetamine; benzylpiperazine; bromantan; clobenzorex; cocaine; cropropamide; crotetamide; dimethylamphetamine; etilamphetamine; famprofazone; fencamine; fenetylline; fenfluramine; fenproporex; furfenorex; mefenorex; mephentermine; mesocarb; methamphetamine(d-); p-methylamphetamine; methylenedioxymphetamine;

methylenedioxymphetamine; modafinil; norfenfluramine; phendimetrazine; phenmetrazine; phentermine; 4-phenylpiracetam (carphedon); prenylamine; prolintane.

A stimulant not expressly listed in this section is a Specified Substance.

b: Specified Stimulants (examples):

Adrenaline**); cathine***); ephedrine****); etamivan; etilefrine; fenbutrazate; fencamfamin; heptaminol; isometheptene; levmetamfetamine; meclofenoxate; methylephedrine*****); methylhexaneamine (dimethylpentylamine); methylphenidate; nikethamide; norfenefrine; octopamine; oxilofrine; parahydroxyamphetamine; pemoline; pentetrazol; phenpromethamine; propylhexedrine; pseudoephedrine*****); selegiline; sibutramine; strychnine; tuaminoheptane; and

*) The following substances included in the 2011 Monitoring Program (bupropion, caffeine, phenylephrine, phenylpropanolamine, pipradol, synephrine) are not considered as Prohibited Substances.

**) Adrenaline associated with local anaesthetic agents or by local administration (e.g. nasal, ophthalmologic) is not prohibited.

***) Cathine is prohibited when its concentration in urine is greater than 5 micrograms per milliliter.

****) Each of ephedrine and methylephedrine is prohibited when its concentration in urine is greater than 10 micrograms per milliliter.

*****) Pseudoephedrine is prohibited when its concentration in urine is greater than 150 micrograms per milliliter.

other substances with a similar chemical structure or similar biological effect(s).

S7. Narcotics

The following are prohibited:

Buprenorphine, dextromoramide, diamorphine (heroin), fentanyl and its derivatives, hydromorphone, methadone, morphine, oxycodone, oxymorphone, pentazocine, pethidine.

S8. Cannabinoids

Natural (e.g. cannabis, hashish, marijuana) or synthetic delta 9-tetrahydrocannabinol (THC) and cannabimimetics [e.g. "Spice" (containing JWH018, JWH073), HU-210] are prohibited.

S9. Glucocorticosteroids

All glucocorticosteroids are prohibited when administered by oral, intravenous, intramuscular or rectal routes.

Substances prohibited in particular sports

P1. Alcohol

Alcohol (ethanol) is prohibited In-Competition only, in the following sports. Detection will be conducted by analysis of breath and/or blood. The doping violation threshold (haematological values) is 0.10 g/L.

- Aeronautic (FAI)
- Archery (FITA)
- Automobile (FIA)
- Karate (WKF)
- Motorcycling (FIM)
- Ninepin and Tenpin Bowling (FIQ)
- Powerboating (UIM)

P2. Beta-blockers

Unless otherwise specified, beta-blockers are prohibited In-Competition only, in the following sports.

- Aeronautic (FAI)
- Archery (FITA) (also prohibited Out-of-Competition)
- Automobile (FIA)
- Billiards and Snooker (WCBS)
- Bobsleigh and Skeleton (FIBT)
- Boules (CMSB)
- Bridge (FMB)
- Curling (WCF)
- Darts (WDF)
- Golf (IGF)
- Motorcycling (FIM)
- Modern Pentathlon (UIPM) for disciplines involving shooting
- Ninepin and Tenpin Bowling (FIQ)
- Powerboating (UIM)
- Sailing (ISAF) for match race helms only
- Shooting (ISSF, IPC) (also prohibited Out-of-Competition)
- Skiing/Snowboarding (FIS) in ski jumping, freestyle aerials/halfpipe and snowboard halfpipe/big air
- Wrestling (FILA)

Beta-blockers include, but are not limited to, the following:

Acebutolol, alprenolol, atenolol, betaxolol, bisoprolol, bunolol, carteolol, carvedilol, celiprolol, esmolol, labetalol, levobunolol, metipranolol, metoprolol, nadolol, oxprenolol, pindolol, propranolol, sotalol, timolol.

Liste des interdictions 2011

Code mondial antidopage

Entrée en vigueur le 1^{er} janvier 2011

Toutes les substances interdites doivent être considérées comme des «substances spécifiées» sauf les substances dans les classes S1, S2.1 à S2.5, S4.4 et S6.a, et les méthodes interdites M1, M2 et M3.

Substances et méthodes interdites en permanence (en et hors compétition)

S0. Substances non approuvées

Toute substance pharmacologique non incluse dans une section de la Liste ci-dessous et qui n'est pas actuellement approuvée pour l'administration humaine par une autorité gouvernementale réglementaire de la santé (par ex. drogues en développement préclinique ou clinique ou discontinuées) est interdite en permanence.

Substances interdites

S1. Agents anabolisants

Les agents anabolisants sont interdits.

1. Stéroïdes anabolisants androgènes (SAA)

a. SAA exogènes*), incluant:

1-androstènediol (5 α -androst-1-ène-3 β ,17 β -diol); 1-androstènedione (5 α -androst-1-ène-3,17-dione); bolandiol (19-norandrostènediol); bolastérone; boldénone; boldione (androst-1,4-diène-3,17-dione); calustérone; clostébol; danazol (17 α -ethynyl-17 β -hydroxyandrost-4-eno[2,3-d]isoxazole); déhydrochlorméthyltestostérone (4-chloro-17 β -hydroxy-17 α -methylandrost-1,4-diène-3-one); désoxyméthyltestostérone (17 α -methyl-5 α -androst-2-en-17 β -ol); drostanolone; éthylestrénol (19-nor-17 α -pregn-4-en-17-ol); fluoxymestérone; formébolone; furazabol (17 β -hydroxy-17 α -methyl-5 α -androstan-2,3-c-furazan); gestrinone; 4-hydroxytestostérone (4,17 β -dihydroxyandrost-4-en-3-one); mestanolone; mestérolone; méténolone; méthandiène (17 β -hydroxy-17 α -methylandrost-1,4-diène-3-one); méthandiol; méthastérone (2 α , 17 α -dimethyl-5 α -androstane-3-one-17 β -ol); méthylidénolone (17 β -hydroxy-17 α -methylestr-4,9-diène-3-one); méthyl-1-testostérone (17 β -hydroxy-17 α -methyl-5 α -androst-1-en-3-one); méthyltestostérone (17 β -hydroxy-17 α -methylestr-4-en-3-one); méthyltestostérone; métribolone (méthyltriénolone, 17 β -hydroxy-17 α -methylestr-4,9,11-triène-3-one); mibolérone; nandrolone; 19-norandrostènedione (estr-4-ène-3,17-dione); norbolétone; norclostébol; noréthandrolone; oxabolone; oxandrolone; oxymestérone; oxymétholone; prostanazol (17 β -hydroxy-5 α -androstan-3,2-c-pyrazole); quinbolone; stanozolol; sténbolone; 1-testostérone (17 β -hydroxy-5 α -androst-1-ène-3-one); tétrahydrogestrinone (18 α -homo-pregna-4,9,11-triène-17 β -ol-3-one); trenbolone; et autres substances possédant une structure chimique similaire ou un (des) effet(s) biologique(s) similaire(s).

b. SAA endogènes**) par administration exogène:

androstènediol (androst-5-ène-3 β ,17 β -diol);
androstènedione (androst-4-ène-3,17-dione);
dihydrotestostérone (17 β -hydroxy-5 α -androstan-3-one);

prastérone (déhydroépiandrostérone, DHEA);
testostérone et les métabolites et isomères suivants:

5 α -androstane-3 α ,17 α -diol; 5 α -androstane-3 α ,17 β -diol;
5 α -androstane-3 β ,17 α -diol; 5 α -androstane-3 β ,17 β -diol;
androst-4-ène-3 α ,17 α -diol; androst-4-ène-3 α ,17 β -diol;
androst-4-ène-3 β ,17 α -diol; androst-5-ène-3 α ,17 α -diol;
androst-5-ène-3 α ,17 β -diol; androst-5-ène-3 β ,17 α -diol;
4-androstènediol (androst-4-ène-3 β ,17 β -diol);
5-androstènedione (androst-5-ène-3,17-dione); épi-
dihydrotestostérone; épitestostérone; 3 α -hydroxy-5 α -
androstan-17-one; 3 β -hydroxy-5 α -androstan-17-one;
19-norandrostérone; 19-norétiolcholanolone.

2. Autres agents anabolisants, incluant sans s'y limiter:

Clenbutérol, modulateurs sélectifs des récepteurs aux androgènes (SARMs), tibolone, zéranol, zilpatérol.

S2. Hormones peptidiques, facteurs de croissance et substances apparentées

Les substances qui suivent et leurs facteurs de libération sont interdits:

1. Agents stimulants de l'érythropoïèse [par ex. érythropoïétine (EPO), darbépoétine (dEPO), méthoxy polyéthylène glycol-époétine bêta (CERA), péginésatide (Hématide), stabilisateurs de facteurs inductibles par l'hypoxie (HIF)];
2. Gonadotrophine chorionique (CG) et hormone lutéinisante (LH), interdites chez le sportif de sexe masculin seulement;
3. Insulines;
4. Corticotrophines;
5. Hormone de croissance (GH), facteur de croissance analogue à l'insuline-1 (IGF-1), facteur de croissance dérivé des plaquettes (PDGF), facteur de croissance endothélial vasculaire (VEGF), facteur de croissance des hépatocytes (HGF), facteurs de croissance fibroblastiques (FGF), facteurs de croissance mécaniques (MGF), ainsi que tout autre facteur de croissance influençant, dans le muscle, le tendon ou le ligament, la synthèse/dégradation protéique, la vascularisation, l'utilisation de l'énergie, la capacité régénératrice ou le changement du type de fibre;

et autres substances possédant une structure chimique similaire ou un (des) effet(s) biologique(s) similaire(s).

Pour les besoins du présent document:

*) «exogène» désigne une substance qui ne peut pas être habituellement produite naturellement par l'organisme humain.

**) «endogène» désigne une substance qui peut être produite naturellement par l'organisme humain.

S3. Béta-2 agonistes

Tous les bêta-2 agonistes (y compris leurs deux isomères optiques s'il y a lieu) sont interdits, sauf le salbutamol (maximum 1600 microgrammes par 24 heures) et le salmétérol administrés par inhalation conformément au régime thérapeutique recommandé par le fabricant.

La présence dans l'urine de salbutamol à une concentration supérieure à 1000 ng/mL sera présumée ne pas être une utilisation thérapeutique intentionnelle et sera considérée comme un résultat d'analyse anormal, à moins que le sportif ne prouve par une étude de pharmacocinétique contrôlée que ce résultat anormal est bien la conséquence de l'usage d'une dose thérapeutique (maximum de 1600 microgrammes par 24 heures) de salbutamol par voie inhalée.

S4. Antagonistes et modulateurs hormonaux

Les classes suivantes de substances sont interdites:

1. Inhibiteurs d'aromatase, incluant sans s'y limiter: aminoglutéthimide, anastrozole, androsta-1,4,6-triène-3,17-dione (androstatriènedione), 4-androstène-3,6,17 trione (6-oxo), exemestane, formestane, létrozole, testolactone.
2. Modulateurs sélectifs des récepteurs aux œstrogènes (SERM), incluant sans s'y limiter: raloxifène, tamoxifène, torémifène.
3. Autres substances anti-œstrogéniques, incluant sans s'y limiter: clomifène, cyclofénil, fulvestrant.

4. Agents modificateurs de(s) la fonction(s) de la myostatine, incluant sans s'y limiter: les inhibiteurs de la myostatine.

S5. Diurétiques et autres agents masquants

Les agents masquants sont interdits. Ils incluent:

Diurétiques, desmopressine, probénécide, succédanés de plasma (par ex. glycérol; administration intraveineuse d'albumine, dextran, hydroxyéthylamidon, et mannitol), et autres substances possédant un (des) effet(s) biologique(s) similaire(s).

Les diurétiques incluent:

Acétazolamide, amiloride, bumétanide, canrénone, chlortalidone, acide étacrynique, furosémide, indapamide, métolazone, spironolactone, thiazides (par ex. bendrofluméthiazide, chlorothiazide, hydrochlorothiazide), triamterène, et autres substances possédant une structure chimique similaire ou un (des) effet(s) biologique(s) similaire(s) (sauf la drospérinone, le pamabrome et l'administration topique de dorzolamide et brinzolamide, qui ne sont pas interdits).

L'usage en compétition, et hors compétition si applicable, de toute quantité d'une substance étant soumise à un niveau seuil (i.e. salbutamol, morphine, cathine, éphédrine, méthyléphédrine et pseudoéphédrine) conjointement avec un diurétique ou un autre agent masquant requiert la délivrance d'une autorisation d'usage à des fins thérapeutiques spécifique pour cette substance, en plus de celle obtenue pour le diurétique ou un autre agent masquant.

Méthodes interdites**M1. Amélioration du transfert d'oxygène**

Ce qui suit est interdit:

1. Le dopage sanguin, y compris l'utilisation de produits sanguins autologues, homologues ou hétérologues, ou de globules rouges de toute origine.
2. L'amélioration artificielle de la consommation, du transport ou de la libération de l'oxygène incluant, sans s'y limiter, les produits chimiques perfluorés, l'éfaproxiral (RSR13) et les produits d'hémoglobine modifiée (par ex. les substituts de sang à base d'hémoglobine, les produits à base d'hémoglobines réticulées), mais excluant la supplémentation en oxygène.

M2. Manipulation chimique et physique

Ce qui suit est interdit:

1. La falsification, ou la tentative de falsification, dans le but d'altérer l'intégrité et la validité des échantillons recueillis lors du contrôle du dopage, est interdite. Cette catégorie comprend, sans s'y limiter, la cathétérisation, la substitution et/ou l'altération de l'urine (par ex. protéases).

2. Les perfusions intraveineuses sont interdites, sauf celles reçues légitimement dans le cadre d'admissions hospitalières ou lors d'examens cliniques.

3. Le fait de successivement prélever, manipuler et ré-infuser du sang total dans le système circulatoire est interdit.

M3. Dopage génétique

Ce qui suit, ayant la capacité potentielle d'améliorer la performance sportive, est interdit:

1. Le transfert d'acides nucléiques ou de séquences d'acides nucléiques;
2. L'utilisation de cellules normales ou génétiquement modifiées;
3. L'utilisation d'agents affectant directement ou indirectement des fonctions connues pour influencer la performance sportive par altération de l'expression génique. Par exemple, les agonistes du récepteur activé par les proliférateurs des péroxyosomes δ (PPAR δ) (par ex. GW 1516) et les agonistes de l'axe PPAR δ -protéine kinase activée par l'AMP (AMPK) (par ex. AICAR) sont interdits.

Substances et méthodes interdites en compétition

Outre les catégories S0 à S5 et M1 à M3 définies ci-dessus, les catégories suivantes sont interdites en compétition:

Substances interdites**S6. Stimulants**

Tous les stimulants (y compris leurs deux isomères optiques s'il y a lieu) sont interdits, à l'exception des dérivés de l'imidazole en application topique et des stimulants figurant dans le Programme de surveillance 2011*).

Les stimulants incluent:

a: Stimulants non spécifiés:

Adrafinil, amfépramone, amiphenazole, amphétamine, amphétaminil, benfluorex, benzphétamine, benzylopiézine,

bromantan, clobenzorex, cocaïne, cropropamide, crotétamide, diméthylamphétamine, étilamphétamine, famprofazone, fencamine, fenétylline, fenfluramine, fenproporex, furfénorex, méfénorex, méphentermine, mésocarbe, méthamphétamine (d-), p-méthylamphétamine, méthylènedioxyamphétamine, méthylènedioxyméthamphétamine, modafinil, norfenfluramine, phendimétrazine, phenmétrazine, phentermine, 4-phenylpiracétam (carphédon), prénylamine, prolintane.

Un stimulant qui n'est pas expressément nommé dans cette section est une substance spécifiée.

*) Les substances figurant dans le Programme de surveillance 2011 (bupropion, caféine, phényléphrine, phénylpropanolamine, pipradrol, synéphrine) ne sont pas considérées comme des substances interdites.

b: Stimulants spécifiés (exemples):

Adrénaline**), cathine***), éphédrine****), étamivan, étiléfrine, fenbutrazate, fencamfamine, heptaminol, isométhéptène, levamétamfetamine, méclofenoxate, méthyléphédrine****), méthylhexaneamine (diméthylpentylamine), méthylphenidate, nicéthamide, norfénefrine, octopamine, oxilofrine, parahydroxyamphétamine, pémoline, pentétrazone, phenprométhamine, propylhexédrine, pseudoéphédrine****), sélégiline, sibutramine, strychnine, tuaminoheptane; et autres substances possédant une structure chimique similaire ou un (des) effet(s) biologique(s) similaire(s).

S7. Narcotiques

Ce qui suit est interdit:

Buprénorphine, dextromoramide, diamorphine (héroïne), fentanyl et ses dérivés, hydromorphone, méthadone, morphine, oxycodone, oxymorphone, pentazocine, péthidine.

S8. Cannabinoïdes

Le Δ^9 -tétrahydrocannabinol (THC) naturel (par ex. le cannabis, le haschisch, la marijuana) ou synthétique et les cannabimimétiques [par ex. le «Spice» (contenant le JWH018, le JWH073), le HU-210]] sont interdits.

S9. Glucocorticoïdes

Tous les glucocorticoïdes sont interdits lorsqu'ils sont administrés par voie orale, intraveineuse, intramusculaire ou rectale.

Substances interdites dans certains sports

P1. Alcool

L'alcool (éthanol) est interdit en compétition seulement, dans les sports suivants. La détection sera effectuée par éthylométrie et/ou analyse sanguine. Le seuil de violation (valeurs hématologiques) est 0,10 g/L.

- Aéronautique (FAI)
- Automobile (FIA)
- Karaté (WKF)
- Motocyclisme (FIM)
- Motonautique (UIM)
- Quilles (Neuf- et Dix-) (FIQ)
- Tir à l'arc (FITA)

P2. Béta-bloquants

À moins d'indication contraire, les bêta-bloquants sont interdits en compétition seulement, dans les sports suivants.

- Aéronautique (FAI)
- Automobile (FIA)
- Billard et snooker (WCBS)
- Bobsleigh et skeleton (FIBT)
- Boules (CMSB)
- Bridge (FMB)
- Curling (WCF)
- Fléchettes (WDF)
- Golf (IGF)
- Lutte (FILA)
- Motocyclisme (FIM)
- Motonautique (UIM)
- Pentathlon moderne (UIPM) pour les épreuves comprenant du tir
- Quilles (Neuf- et Dix-) (FIQ)
- Ski (FIS) pour le saut à skis, le saut freestyle /halfpipe et le snowboard halfpipe/big air
- Tir (ISSF, IPC) (aussi interdits hors compétition)
- Tir à l'arc (FITA) (aussi interdits hors compétition)
- Voile (ISAF) pour les barreaux en match racing seulement

Les bêta-bloquants incluent sans s'y limiter:

Acébutolol, alprénolol, aténolol, bétaxolol, bisoprolol, bunolol, cartéolol, carvedilol, céliprolol, esmolol, labétalol, lévobunolol, métipranolol, métoprolol, nadolol, oxprénolol, pindolol, propranolol, sotalol, timolol.

**) L'adrénaline, associée à des agents anesthésiques locaux, ou en préparation à usage local (par ex. par voie nasale ou ophtalmologique), n'est pas interdite.

***) La cathine est interdite quand sa concentration dans l'urine dépasse 5 microgrammes par millilitre.

****) L'éphédrine et la méthyléphédrine sont interdites quand leurs concentrations respectives dans l'urine dépassent 10 microgrammes par millilitre.

*****) La pseudoéphédrine est interdite quand sa concentration dans l'urine dépasse 150 microgrammes par millilitre.

Verbotsliste 2011

Welt-Anti-Doping-Code

Inkrafttreten: 1. Januar 2011

Alle verbotenen Stoffe¹⁾ gelten als „spezifische Stoffe“ mit Ausnahme der Stoffe in den Klassen S1, S2.1 bis S2.5, S4.4 und S6.a sowie der verbotenen Methoden M1, M2 und M3.

(Übersetzung)

Stoffe und Methoden, die zu allen Zeiten (in und außerhalb von Wettkämpfen) verboten sind

S0. Nicht zugelassene Stoffe

Pharmakologisch wirksame Stoffe, die in den folgenden Abschnitten der Verbotsliste nicht aufgeführt und derzeit nicht durch eine staatliche Gesundheitsbehörde für die therapeutische Anwendung beim Menschen zugelassen sind (das heißt Arzneimittel in der präklinischen oder klinischen Entwicklung beziehungsweise zurückgezogene Arzneimittel), sind zu jeder Zeit verboten.

Verbotene Stoffe

S1. Anabole Stoffe

Anabole Stoffe sind verboten.

1. Anabol-androgene Steroide (AAS)

a. Exogene*) AAS, einschließlich

1-Androstendiol (5-Alpha-androst-1-en-3-beta, 17-beta-diol); 1-Androstendion (5-Alpha-androst-1-en-3,17-dion); Bolandiol (19-Norandrostendiol); Bolasteron; Boldenon; Boldion (Androsta-1,4-dien-3,17-dion); Calusteron; Clostebol; Danazol (17-Alpha-ethinyl-17-beta-hydroxyandrost-4-eno[2,3-d]isoxazol); Dehydrochlormethyltestosteron (4-Chlor-17-beta-hydroxy-17-alpha-methylandrosta-1,4-dien-3-on); Desoxymethyltestosteron (17-Alpha-methyl-5-alpha-androst-2-en-17-beta-ol); Drostanolon; Ethylestrenol (19-Nor-17-alpha-pregn-4-en-17-ol); Fluoxymesteron; Formebolon; Furazabol (17-Beta-hydroxy-17-alpha-methyl-5-alpha-androsta-[2,3-c]furazan); Gestrinon; 4-Hydroxytestosteron (4,17-Beta-dihydroxyandrost-4-en-3-on); Mestanolon; Mesterolone; Metenolon; Methandienon (17-Beta-hydroxy-17-alpha-methylandrosta-1,4-dien-3-on); Methandiol; Methasteron (2-Alpha,17-Alpha-dimethyl-5-alpha-androsta-3-on-17-beta-ol); Methylidenolon (17-Beta-hydroxy-17-alpha-methylestra-4,9-dien-3-on); Methyl-1-testosteron (17-Beta-hydroxy-17-alpha-methyl-5-alpha-androst-1-en-3-on); Methyl-nortestosteron (17-Beta-hydroxy-17-alpha-methylestra-4-en-3-on); Methyltestosteron; Metribolon (Methyltrienolon, 17-Beta-hydroxy-17-alpha-methylestra-4,9,11-trien-3-on); Miboleron; Nandrolon; 19-Norandrostendion (Estr-4-en-3,17-dion); Norbolethone²⁾; Norclostebol; Norethandrolon; Oxabolon; Oxandrolon; Oxymesteron; Oxymetholon; Prostanazol (17-Beta-hydroxy-5-alpha-androstano[3,2-c]-Pyrazol); Quinbolon; Stanozolol; Stenbolon; 1-Testosteron (17-Beta-hydroxy-5-alpha-androst-1-en-3-on); Tetrahydrogestrinon (18-Alpha-homopregna-4,9,11-trien-17-beta-ol-3-on); Trenbolon

und andere Stoffe mit ähnlicher chemischer Struktur oder ähnlicher/n biologischer/n Wirkung(en).

b. Endogene**) AAS bei exogener Verabreichung:

Androstendiol (Androst-5-en-3-beta,17-beta-diol); Androstendion (Androst-4-en-3,17-dion); Dihydrotestos-

teron (17-Beta-hydroxy-5-alpha-androsta-3-on)³⁾; Prasteron (Dehydroepiandrosteron, DHEA); Testosteron und die folgenden Metaboliten und Isomere:

5-Alpha-androsta-3-alpha,17-alpha-diol; 5-Alpha-androsta-3-alpha,17-beta-diol; 5-Alpha-androsta-3-beta,17-alpha-diol; 5-Alpha-androsta-3-beta,17-beta-diol; Androst-4-en-3-alpha,17-alpha-diol; Androst-4-en-3-alpha,17-beta-diol; Androst-4-en-3-beta,17-alpha-diol; Androst-5-en-3-alpha,17-alpha-diol; Androst-5-en-3-alpha,17-beta-diol; Androst-5-en-3-beta,17-alpha-diol; 4-Androstendiol (Androst-4-en-3-beta,17-beta-diol); 5-Androstendion (Androst-5-en-3,17-dion); Epidihydrotestosteron; Epitestosteron; 3-Alpha-hydroxy-5-alpha-androsta-17-on; 3-Beta-hydroxy-5-alpha-androsta-17-on; 19-Norandrosteron; 19-Noretiocholanolon.

2. Zu den anderen anabolen Stoffen gehören unter anderem

Clenbuterol, Selektive Androgen-Rezeptor-Modulatoren (SARMs), Tibolon, Zeranol, Zilpaterol.

S2. Peptidhormone, Wachstumsfaktoren und verwandte Stoffe

Die folgenden Stoffe und ihre Releasingfaktoren sind verboten:

1. Erythropoese-stimulierende Stoffe [zum Beispiel Erythropoetin (EPO), Darbepoetin (dEPO), Hypoxie-induzierbarer-Faktor (HIF)-Stabilisatoren, Methoxy-Polyethylenglycol-Epoetin beta (CERA – Continuous Erythropoiesis Receptor Activator), Peginesatide (Hematide)];
2. Choriongonadotropin (CG) und Luteinisierendes Hormon (LH) bei Männern;
3. Insuline;
4. Corticotropine;
5. Wachstumshormon (GH), insulinähnlicher Wachstumsfaktor 1 (IGF-1), Fibroblasten-Wachstumsfaktoren (FGFs), Hepatozyten-Wachstumsfaktor (HGF), mechanisch induzierte Wachstumsfaktoren (MGFs), Blutplättchen-Wachstumsfaktor (PDGF), vaskulär-endothelialer Wachstumsfaktor (VEGF) sowie alle anderen Wachstumsfaktoren, die in Muskeln, Sehnen oder Bändern die Proteinsynthese/den Proteinabbau, die Gefäßbildung/-versorgung, die Energieausnutzung, die

¹⁾ Hinzufügung des Bundesinnenministeriums: Soweit in dieser Verbotsliste von „(verbotenen) Stoffen“ die Rede ist, handelt es sich hierbei (auch) um verbotene Substanzen i.S.d. Nationalen Anti Doping-Codes (NADC 2009, Version 2.0, vgl. dort Anhang 1: Begriffsbestimmungen, S. 86).

^{*} Für die Zwecke dieses Abschnitts bezieht sich der Begriff „exogen“ auf einen Stoff, der vom Körper normalerweise nicht auf natürlichem Wege produziert werden kann.

²⁾ Hinzufügung des Bundesinnenministeriums: Synonym (Freiname nach INN): Norbolethone.

^{**} Für die Zwecke dieses Abschnitts bezieht sich der Begriff „endogen“ auf einen Stoff, der vom Körper auf natürlichem Wege produziert werden kann.

³⁾ Hinzufügung des Bundesinnenministeriums: Synonym (Freiname nach INN): Androstanolon.

Regenerationsfähigkeit oder die Umwandlung des Fasertyps beeinflussen

und andere Stoffe mit ähnlicher chemischer Struktur oder ähnlicher/n biologischer/n Wirkung(en).

S3. Beta-2-Agonisten

Alle Beta-2-Agonisten (gegebenenfalls auch beide optischen Isomere) sind verboten; hiervon ausgenommen sind Salbutamol (höchstens 1 600 Mikrogramm über 24 Stunden) und Salmeterol, wenn sie jeweils entsprechend den therapeutischen Empfehlungen des Herstellers inhaliert werden.

Ein Salbutamolwert im Urin von mehr als 1 000 Nanogramm/ml wird nicht als beabsichtigte therapeutische Anwendung des Stoffes angesehen und gilt als ein von der Norm abweichendes Analyseergebnis, es sei denn, der Athlet weist anhand einer kontrollierten pharmakokinetischen Studie nach, dass dieses abnorme Ergebnis die Folge der Anwendung einer therapeutischen Dosis (höchstens 1 600 Mikrogramm über 24 Stunden) von inhaliertem Salbutamol war.

S4. Hormon-Antagonisten und -Modulatoren

Die folgenden Klassen sind verboten:

1. Aromatasehemmer; dazu gehören unter anderem Aminoglutethimid, Anastrozol, Androsta-1,4,6-trien-3,17-dion (Androstatriendion), 4-Androsten-3,6,17-trion (6-oxo), Exemestan, Formestan, Letrozol, Testolacton.
2. Selektive Estrogen-Rezeptor-Modulatoren (SERMs); dazu gehören unter anderem Raloxifen, Tamoxifen, Toremifen.

Verbotene Methoden

M1. Erhöhung des Sauerstofftransfers

Folgende Methoden sind verboten:

1. Blutdoping einschließlich der Anwendung von autologem, homologem oder heterologem Blut oder Produkten aus roten Blutkörperchen jeglicher Herkunft.
2. Die künstliche Erhöhung der Aufnahme, des Transports oder der Abgabe von Sauerstoff, unter anderem durch Perfluorchemikalien, Efaproxiral (RSR 13) und veränderte Hämoglobinprodukte (zum Beispiel Blutersatzstoffe auf Hämoglobinsbasis, mikroverkapselte Hämoglobinprodukte), außer ergänzender Sauerstoff.

M2. Chemische und physikalische Manipulation

Es gelten folgende Verbote:

1. Verboten ist die tatsächliche oder versuchte unzulässige Einflussnahme, um die Integrität und Validität der Proben, die während der Dopingkontrolle genommen werden, zu verändern. Hierunter fallen unter anderem die Katheterisierung, der Austausch und/oder die Verfälschung (zum Beispiel mit Proteasen) von Urin.

3. Andere antiestrogene Stoffe; dazu gehören unter anderem Clomifen, Cyclofenil, Fulvestrant.
4. Stoffe, welche die Myostatinfunktion(en) verändern; dazu gehören unter anderem Myostatinhemmer.

S5. Diuretika und andere Maskierungsmittel

Maskierungsmittel sind verboten. Hierzu gehören

Diuretika, Desmopressin, Plasmaexpander (zum Beispiel Glycerol; intravenös verabreichte(s) Albumin, Dextran, Hydroxyethylstärke und Mannitol), Probenecid und andere Stoffe mit ähnlicher/n biologischer/n Wirkung(en).

Zu den Diuretika gehören

Acetazolamid, Amilorid, Bumetanid, Canrenon, Chlortalidon, Etacrynsäure, Furosemid, Indapamid, Metolazon, Spironolacton, Thiazide (zum Beispiel Bendroflumethiazid, Chlorothiazid, Hydrochlorothiazid), Triamteren

und andere Stoffe mit ähnlicher chemischer Struktur oder ähnlicher/n biologischer/n Wirkung(en) (ausgenommen Drospironon, Pamabrom und topisches Dorzolamid und Brinzolamid, die nicht verboten sind).

Für die Verwendung in und gegebenenfalls außerhalb von Wettkämpfen jeglicher Menge eines Stoffes, der Grenzwerten unterliegt (das heißt Salbutamol, Morphin, Cathin, Ephedrin, Methylephedrin und Pseudoephedrin), in Verbindung mit einem Diuretikum oder einem anderen Maskierungsmittel muss neben der Medizinischen Ausnahmegenehmigung für das Diuretikum oder das andere Maskierungsmittel eine gesonderte Medizinische Ausnahmegenehmigung für diesen Stoff vorgelegt werden.

2. Verboten sind intravenöse Infusionen, es sei denn, sie werden rechtmäßig im Zuge von Krankenhauseinweisungen oder klinischen Untersuchungen verabreicht.
3. Verboten sind die sukzessive Entnahme, Manipulation und Reinfusion von Vollblut in das Kreislaufsystem.

M3. Gendoping

Die folgenden Methoden zur möglichen Steigerung der sportlichen Leistung sind verboten:

1. Die Übertragung von Nukleinsäuren oder Nukleinsäuresequenzen;
2. die Anwendung normaler oder genetisch veränderter Zellen;
3. die Anwendung von Stoffen, die sich unmittelbar oder mittelbar auf Funktionen auswirken, von denen bekannt ist, dass sie die Leistung durch Änderung der Genexpression beeinflussen. Zum Beispiel sind PPAR δ (Peroxisome Proliferator Activated Receptor Delta)-Agonisten (zum Beispiel GW 1516) und AMPK (PPAR δ -AMP-activated protein kinase)-Achse-Agonisten (zum Beispiel AICAR – aminoimidazole carboxamide riboside) verboten.

Im Wettkampf verbotene Stoffe und Methoden

Zusätzlich zu den oben beschriebenen Kategorien S0 bis S5 und M1 bis M3 sind im Wettkampf folgende Kategorien verboten:

Verbotene Stoffe

S6. Stimulanzien

Alle Stimulanzien (gegebenenfalls auch beide optischen Isomere) sind verboten; hiervon ausgenommen sind Imidazolderivate für die topische Anwendung und die in das Überwachungsprogramm für 2011*) aufgenommenen Stimulanzien.

Zu den Stimulanzien gehören

- a. Nicht-spezifische Stimulanzien:

Adrafinil, Amfepramon, Amiphenazol, Amphetamin, Amphetaminil, Benfluorex, Benzphetamin, Benzylpiperazin,

Bromantan, Clobenzorex, Cocain, Cropropamid, Crotetamid, Dimethylamphetamin, Etilamphetamin, Famprofazon, Fencamin, Fenetyllin, Fenfluramin, Fenproporex, Furfenorex, Mefenorex, Mephentermin, Mesocarb, Methamphetamin (D-), p-Methylamphetamin, Methylenedioxyamphetamin, Methylenedioxyamphetamin, Modafinil, Norfenfluramin, Phendimetrazin, Phenmetrazin, Phentermin, 4-Phenylpiracetam (Carphedon), Prenylamin, Prolintan.

Stimulanzien, die in diesem Abschnitt nicht ausdrücklich genannt sind, gelten als spezifische Stoffe.

*) Die folgenden in das Überwachungsprogramm für 2011 aufgenommenen Stoffe (Bupropion, Coffein, Phenylephrin, Phenylpropanolamin, Pipradol, Synephrin) gelten nicht als verbotene Stoffe.

b. Spezifische Stimulanzien (Beispiele):

Adrenalin**), Cathin***), Ephedrin****), Etamivan, Etilefrin, Fenbutrazat, Fencamfamin, Heptaminol, Isomethepten, Levmetamphetamin, Meclofenoxat, Methylephedrin****), Methylhexanamin (Dimethylpentylamin), Methylphenidat, Nicethamid, Norfenefrin, Octopamin, Oxilofrin, Parahydroxyamphetamin, Pemolin, Pentetrazol, Phenpromethamin, Propylhexedrin, Pseudoephedrin*****), Selegilin, Sibutramin, Strychnin, Tuaminoheptan

und andere Stoffe mit ähnlicher chemischer Struktur oder ähnlicher/n biologischer/n Wirkung(en).

S7. Narkotika

Die folgenden Narkotika sind verboten:

Buprenorphin, Dextromoramid, Diamorphin (Heroin), Fentanyl und seine Derivate, Hydromorphon, Methadon, Morphin, Oxycodon, Oxymorphon, Pentazocin, Pethidin.

S8. Cannabinoide

Natürliches (zum Beispiel Cannabis, Haschisch, Marihuana) oder synthetisches Delta-9-Tetrahydrocannabinol (THC) und Cannabinomimetika [zum Beispiel „Spice“ (Inhaltsstoffe: JWH018, JWH073), HU-210] sind verboten.

S9. Glucocorticosteroide

Alle Glucocorticosteroide sind verboten, wenn sie oral, intravenös, intramuskulär oder rektal verabreicht werden.

Bei bestimmten Sportarten verbotene Stoffe**P1. Alkohol**

Alkohol (Ethanol) ist in den nachfolgenden Sportarten nur im Wettkampf verboten. Die Feststellung erfolgt durch Atem- und/oder Blutanalyse. Der Grenzwert (Blutwerte), ab dem ein Dopingverstoß vorliegt, beträgt 0,10 g/l.

- Bogenschießen (FITA)
- Karate (WKF)
- Kegeln und Bowling (FIQ)
- Luftsport (FAI)
- Motorbootsport (UIM)
- Motorradsport (FIM)
- Motorsport (FIA)

P2. Betablocker

Wenn nichts anderes bestimmt ist, sind Betablocker in den folgenden Sportarten nur im Wettkampf verboten:

- Billard und Snooker (WCBS)
- Bob und Skeleton (FIBT)
- Bogenschießen (FITA) (auch außerhalb von Wettkämpfen verboten)
- Boule (CMSB)
- Bridge (FMB)
- Curling (WCF)
- Darts (WDF)
- Golf (IGF)
- Kegeln und Bowling (FIQ)
- Luftsport (FAI)
- Moderner Fünfkampf (UIPM) für Disziplinen, bei denen Schießen eingeschlossen ist
- Motorbootsport (UIM)
- Motorradsport (FIM)
- Motorsport (FIA)

**) Die Anwendung von Adrenalin in Verbindung mit einem Lokalanästhetikum oder die lokale Anwendung (zum Beispiel an der Nase, am Auge) ist nicht verboten.

***) Cathin ist verboten, wenn seine Konzentration im Urin 5 Mikrogramm/ml übersteigt.

****) Sowohl Ephedrin als auch Methylephedrin sind verboten, wenn ihre Konzentration im Urin jeweils 10 Mikrogramm/ml übersteigt.

*****) Pseudoephedrin ist verboten, wenn seine Konzentration im Urin 150 Mikrogramm/ml übersteigt.

Herausgeber: Bundesministerium der Justiz
 Postanschrift: 11015 Berlin
 Hausanschrift: Mohrenstraße 37, 10117 Berlin
 Telefon: (0 30) 18 580-0

Redaktion: Bundesamt für Justiz
 Schriftleitungen des Bundesgesetzblatts Teil I und Teil II
 Postanschrift: 53094 Bonn
 Hausanschrift: Adenauerallee 99 – 103, 53113 Bonn
 Telefon: (02 28) 99 410-40

Verlag: Bundesanzeiger Verlagsges.mmbH.
 Postanschrift: Postfach 10 05 34, 50445 Köln
 Hausanschrift: Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln
 Telefon: (02 21) 9 76 68-0

Satz, Druck und buchbinderische Verarbeitung: M. DuMont Schauberg, Köln

Bundesgesetzblatt Teil I enthält Gesetze sowie Verordnungen und sonstige Bekanntmachungen von wesentlicher Bedeutung, soweit sie nicht im Bundesgesetzblatt Teil II zu veröffentlichen sind.

Bundesgesetzblatt Teil II enthält

a) völkerrechtliche Übereinkünfte und die zu ihrer Inkraftsetzung oder Durchsetzung erlassenen Rechtsvorschriften sowie damit zusammenhängende Bekanntmachungen,

b) Zolltarifvorschriften.

Laufender Bezug nur im Verlagsabonnement. Postanschrift für Abonnementsbestellungen sowie Bestellungen bereits erschienener Ausgaben:

Bundesanzeiger Verlagsges.mmbH., Postfach 10 05 34, 50445 Köln

Telefon: (02 21) 9 76 68-2 82, Telefax: (02 21) 9 76 68-2 78

E-Mail: bgbl@bundesanzeiger.de

Internet: www.bundesgesetzblatt.de bzw. www.bgbl.de

Bezugspreis für Teil I und Teil II halbjährlich im Abonnement je 45,00 €.

Bezugspreis dieser Ausgabe: 8,05 € (7,00 € zuzüglich 1,05 € Versandkosten). Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 7 %.

ISSN 0341-1109

Bundesanzeiger Verlagsges.mmbH. · Postfach 10 05 34 · 50445 Köln

Postvertriebsstück · Deutsche Post AG · G 1998 · Entgelt bezahlt

- Ringen (FILA)
- Schießen (ISSF, IPC) (auch außerhalb von Wettkämpfen verboten)
- Segeln (ISAF) nur für Steuermänner beim Match Race (Boot gegen Boot)
- Skifahren/Snowboarding (FIS) Skispringen, Freistil aerials/halfpipe und Snowboard halfpipe/big air

Zu den Betablockern gehören unter anderem

Acebutolol, Alprenolol, Atenolol, Betaxolol, Bisoprolol, Bunolol, Carteolol, Carvedilol, Celiprolol, Esmolol, Labetalol, Levobunolol, Metipranolol, Metoprolol, Nadolol, Oxprenolol, Pindolol, Propranolol, Sotalol, Timolol.